



25.6.83

Krefeld

Dokumentation

Krefeld am 25.6. eine Dokumentation

Inhalt

Zur Herausgabe	S. 2
Krefeld am 25.6.83	S. 4
Isolieren, Festnehmen, Einsperren	S. 9
Deutsch-amerikanisches Einmachfest	S. 12
Vorläufiger Ermittlungsbericht	S. 15
Krefelder Aktionen	
Stellungnahmen Krefelder Initiativen	S. 18ff
Reaktionen auf Krefeld	
Vorlage von Ulrich Frey für die „Bonner Runde“	S. 23
Erklärung der „Bonner Runde“/Mehrheit	S. 24
Erklärung der „Bonner Runde“/Minderheit	S. 25
Interview mit Robert Jungk	S. 28
Stellungnahme Hamburger Autonomer	S. 32
Dokumentation „taz“-Leserbriefe	S. 36
Wuppertaler Verhaftungsaktion	S. 39
Verschärfung des Demorechts	S. 41
Dokumentation: Auszüge aus dem Polizeibericht	S. 43

Herausgeber: Barbara Lukas (BuKo), Sabine Stamer (Frieko Hamburg), Jürgen Jakoby (Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden), Uli Knapp (Infostelle El Salvador), Manfred Kühle (Frieko Hamburg und BBU), Dietrich Schulze-Marmeling (BAF), Werner Raetz (BuKo), alle Mitglieder der „Bonner Runde“ zur Vorbereitung der Herbstaktionen; Ermittlungsausschuß Hamburg, Sanitärergruppe Hamburg, Redaktion Straßenmedizin (Mitteilungsblatt der Sanitärergruppen), Hajo Karbach (GA Göttingen, FÖGA), Graswurzelgruppe Hamburg, Friedenskoordination Hamburg (Frieko), GAL Hamburg, Kommunistischer Bund (KB), Antifagruppe Oldenburg, Sanigruppe Oldenburg, Rechtshilfe Oldenburg, AGIL Göttingen.

Satzherstellung und Verlag:

Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Lindenallee 4 - 2000 Hamburg 19

Druck:

Hein & Co, Lerchenstr. 87, 2000 Hamburg 50

Vertrieb:

Förderverein Umweltschutz Unterelbe e.V.
Bartelsstr. 26 - 2000 Hamburg 6 - Tel. 040/439 86 71
ISBN 3-88876-025-9
Preis DM 5,- + Porto + Verpackung
Bei Abnahme von 5 Stück und mehr 30% Rabatt
Evt. Überschüsse gehen an die Konten der Ermittlungsausschüsse
Auflage: 5000
Erscheinungsdatum: 27.7.83

Bildquellennachweis:

anthrazit, Essen (3); ap (1); argus, Hamburg (8); dpa (2); Uschi Dresing, Bielefeld (1); Hanne und Stefan Horn, Düsseldorf (5); novum, Hannover (5); Thomas Pflaum, Dortmund (7); schwarz-weiss-Verlag, Köln (6).

Titel: Johannes Hartmann, Hamburg

Rückseite: Motiv: Fahne Hamb. Autonomer in Krefeld

***„Seit den Tagen
der Gestapo
hatten wir das
Haus nicht mehr
so voll.“***

(Der stellvertretende Polizeipräsident
von Wuppertal zu der Verhaftung in
Wuppertal, lt. „Stern“, 29/83)

Zwei Erklärungen Zur Herausgabe

Krefeld, 25. Juni 1983. Ausgerechnet in der Stadt, die durch den Krefelder Appell bekannt geworden ist, sollte die offizielle Bundesrepublik mit Kohl und Carstens an der Spitze abgefeiert werden. Einen für sie selbst peinlicheren Anlaß hätten die Herren kaum wählen können: vor 300 Jahren waren Krefelder Quäker, religiöse Kriegsdienstverweigerer, Pazifisten also, nach Amerika ausgewandert, weil sie hofften, dort nicht wegen ihrer politischen Überzeugung verfolgt zu werden.

Gefeierter Star des Tages war George Bush, Vizepräsident der USA und Ex-CIA-Chef. Jener George Bush, der weiß, wie man einen Atomkrieg gewinnen kann: „Man muß die Überlebenschancen des Oberkommandos sichern, die Überlebenschancen eines Industriepotentials, man muß den Schutz einer gewissen Prozentzahl von Bürgern sichern und eine Kapazität an Waffen haben, die der Gegenseite mehr Schaden zufügt, als sie einem selber zufügen kann — das ist genau der Weg, auf dem man einen Sieger in einem Nuklearkrieg hat.“

In Krefeld, so Bush, habe er sich wie zu Hause gefühlt. Rund 50 verletzte und 134 festgenommene Demonstranten, einige sind immer noch inhaftiert, geben die Kulisse für diese heimelige Atmosphäre ab.

Gegen dieses von der Bundesregierung und der US-Regierung inszenierte Spektakel wären gemeinsame Aktionen der Friedensbewegung mit dem Ziel, z.B. die Parade direkt zu stören und die Wagenkolonne zu blockieren, wünschenswert gewesen.

Umso unangemessener ist es, wenn sich einige Vertreter der Friedensbewegung von den Aktionen der „Autonomen“, die die Störung des Geschehens zum Ziel hatten, distanzieren, gleichzeitig nicht ein einziges Wort über die Polizeieinsätze verlieren. Ganz offensichtlich haben bei dieser Distanzierung Vorurteile den Ton angeben und nicht eine konkrete Betrachtung der Vorfälle. Dies wollen wir mit dieser Dokumentation nachgeholt wissen. Wir werfen den vorschnellen Distanzierern vor, sich nicht mit dem politischen Anliegen der „Autonomen“ beschäftigt zu haben, sondern ihre Distanzierung zum Wohlgefallen der Etablierten abgegeben zu haben.

Wir werfen den Distanzierern weiterhin vor, daß sie für sich nicht die Frage aufwerfen, ob die Polizei zielstrebig gegen die „Autonomen“ vorgegangen ist, sondern nur noch die verbale Ausgrenzung der „Autonomen“ thematisieren und dazu auch noch das alte Klischee von den bezahlten Provokateuren bemühen („Wer hat die bezahlt?“).

Die Betroffenen brauchen unsere Solidarität, was eigentlich selbstverständlich ist. Wir unterstützen deshalb die Intention dieser Broschüre, die die Ereignisse in Krefeld aufzeigt und dokumentiert. Dabei werden die Abläufe von uns kritisch gesehen, einige halten sie für

schädlich. Doch unabhängig von unserer Position, unabhängig von der Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung mit den Mitteln, die in Krefeld angewendet worden sind, sagen wir, hier sind Teile der Friedensbewegung verletzt und festgenommen worden, Teile derjenigen, die gegen den US- und NATO-Aufrüstungskurs in Krefeld demonstriert haben. Das erfordert unsere Solidarität, erfordert, daß wir uns nicht distanzieren. Gerade im Hinblick auf den „heißen Herbst“ und die für Dezember geplante Stationierung halten wir es für wichtig, Fragen der Formen und der Effektivität des Widerstandes in der Friedensbewegung breit zu diskutieren.

Barbara Lukas (BUKO)

Sabine Stamer (Frieko Hamburg)

Jürgen Jacoby (Arbeitsgemeinschaft Dritte Welt Läden arbeitet für den BUKO in der Geschäftsführung für die Herbstaktionen)

Uli Knapp (Infostelle El Salvador)

Manfred Kühle (Frieko und Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz)

Dietrich Schulze-Marmeling (Bundeskongress Autonomer Friedensgruppen)

Werner Raetz (BUKO)

(Alle Mitglieder der „Bonner Runde“ zur Vorbereitung der Herbst-Aktionen)

Antimilgruppe Bonn

Buchladen 38 Bonn

Alternative Liste Bremen

Betrieblich Alternative Liste Bremen

Cornelia Habisch (DFG/VK Lüneburg)

Antikriegsplenum Emden

KV Die Grünen Göttingen

Peter Grohmann (ESG)

BI Lauenburg

Kommunistischer Bund (KB)

Hamburger Friedenskoordination

Bürgerinitiativen Niederrhein-Krefeld gegen Atomkraft für Umweltschutz (BINKA)

Gesundheitsladen Bonn

Widerstand als Breitensport, Bonn

Antimiliaktion Münster

AGIL Göttingen

Graswurzelgruppe Hamburg

Friedenskomitee Recklinghausen

Bürgeraktion Umweltschutz Bonn

Redaktion de Schnüß

Friedensgruppe der AL Bremerhaven

Frauen gegen Krieg, Göttingen

Frauen für den Frieden, Göttingen

**Erklärung des Koordinierungsausschusses
der Grün-Alternativen Liste (GAL)/Hamburg
vom 12.7.83
einstimmig angenommen**

Die Ereignisse von Krefeld und ihre Auswertung durch Teile der Friedensbewegung lassen uns befürchten, daß wir den für uns so wichtigen Herbst nicht geschlossen durchstehen können, sondern es den Herrschenden gelingt, uns zu spalten.

Krefeld am 25. Juni 1983 steht für:

Einerseits: Härteste und brutalste Polizeimaßnahmen gegen einen kleinen Teil der Friedensbewegung, der militant und z.T. mit Steinen und Farbbeuteln seine Gegnerschaft zu dem deutsch-amerikanischen Verbrüderungsspektakel ausdrückte.

Andererseits: U.E. gefährliche Distanzierungen von Sprechern aus dem anderen Teil der Friedensbewegung, die an diesem Tage keine Konfrontation mit dem Bush-Spektakel wollte und relativ weit ab ein Friedensfest veranstaltete. Diese Distanzierung war — leider — keine politische Kritik an den Aktionsformen, sondern definierte die „Autonomen“ schlicht ins Lager unserer Gegner („Aufgabe der Friedensbewegung ist es, herauszufinden, wer die Provokateure bezahlt hat“, Robert Jungk). Als besonders beängstigend empfinden wir es, daß der Schwung der Distanzierung offenbar so vehement war, daß die Brutalität der Staatsgewalt aus den Augen geriet. Mit unserer Dokumentation wollen wir dazu beitragen, ein genaueres Bild der wirklichen Verhältnisse zu zeichnen.

Wir befürchten, daß es den Herrschenden gelingen kann, eine von nur wenigen akzeptierte Form des Widerstandes — wie die gewaltsamen Angriffe auf die Wagenkolonne des amerikanischen Vizepräsidenten Bush — zur Offensive gegen die Entwicklung jedweder Arten effektiven Widerstands zu nutzen. Die Menschen sollen dazu gebracht werden, sich ausschließlich auf die vom Staat vorgesehenen Formen des Widerstandes zu beschränken. Gelänge dies, käme das einer Kapitulation der Friedensbewegung gleich, denn nur die massenhafte praktische Aufkündigung der Loyalität gegenüber den Regierenden läßt einen Erfolg der Friedensbewegung aussichtsreich erscheinen.

Andererseits halten wir es für falsch, wenn die Widerstandsvorstellungen von Teilen der autonomen Friedensbewegung zum Maßstab für die Entwicklung des Widerstands im kommenden Herbst genommen wird, die Anwendung von Gegengewalt ist keineswegs ein Kriterium für „Effektivität“. Eine militarisierte Konfrontation kann die Friedensbewegung nicht durchstehen. Sie würde erneut in die Bestandteile zerfallen zwischen denen in jahrelanger Arbeit Brücken geschlagen wurden.

Es ist daher unerlässlich, daß es in den gemeinsamen Aktionen der Friedensbewegung zu Absprachen kommt, die die Verletzung von Menschen von Seiten der Friedensbewegung ausschließt. Dies ist gerade dann notwendig, wenn die Aktionen eine Dimension erhalten, die das staatliche Gewaltmonopol massiv in Frage stellt. Blockaden und Besetzungen von militärischen Einrichtungen erfordern von den Teilnehmer/innen eine gewachsene Widerstandsbereitschaft, die nicht dadurch in Frage gestellt werden darf, daß es zu unvorhergesehenen Aktionen aus den „eigenen Reihen“ kommt.

Wir müssen entschlossen sein, der Gewalt weder zu wei-

chen, noch sie mit Gewalt zu beantworten. Gleichzeitig weisen wir alle Versuche zurück, unseren Widerstand auf appellative und legale Formen einzuengen. Unser Widerstand kann die Übertretung ungerechter Gesetze wie auch die Beseitigung materieller Hindernisse einschließen. Beides muß der jeweiligen Situation angemessen geschehen und stellt keinen Selbstzweck dar. In diesem Sinne verstehen wir die geplanten Aktionen als ungehorsam und gewaltfrei.

Diese Vorstellung kann die unabhängige Friedensbewegung nur dann durchsetzen, wenn sie versucht, Mehrheiten in der Friedensbewegung für ein Konzept des Zivilen Ungehorsams — das vor allem praktisch und nicht ideologisch begründet ist — zu gewinnen.

In der Woche nach Herausgabe der GAL-Erklärung haben sich zur Unterstützung entschieden:

Selbstorganisation der Zivildienstleistenden Bundeszentrale

Barbara Lukas (Nikaragua Komitee /BUKO)

Werner Raetz (BUKO)

Rolf Bräuer (BUKO)

Rolf Behnke (BUKO)

Manfred Kühle (Frieko)

Carl Peter Greis (Wetzlarer Friedensinitiative)

Barbara Greis (Wetzlarer Friedensinitiative)

Ulrike Wohlgemuth (Friedensinitiative Bielefeld)

Andreas Schüßler (Friedensinitiative Bielefeld)

August Haußleitner (Redakteur Wochenzeitung „Die Grünen“)

Ali Schmeißner (Bundeshauptausschuß der Grünen)

Rudolf Boch (Bundeshauptausschuß der Grünen)

Betrieblich Alternative Liste Bremen

Martin Thomas (Sprecher des Landesvorstandes der Grünen Bremen)

Charlotte Garbe (Mitglied der Landtagsfraktion die Grünen Niedersachsen)

Rainer Trampert (Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen)

Klaus Timpe (Bundesvorstand der Grünen)

Dieter Burgmann (MDB)

Gaby Gottwald (MDB)

Annemarie Borgmann (Nachrückerin NRW)

Ludger Vollmer (Nachrücker NRW)

Jürgen Reents (MDB)

Raul Kopania (Fraktionsgemeinschaft der Grünen im Bundestag)

Karin Zeitler (Nachrückerin NRW)

Christian Schmidt (Nachrücker HH)

Informationsstelle Lateinamerika e. V., Bonn

Bunte Liste Bielefeld (Ratsfraktion und Plenumsausschuß)

Hajo Karbach (Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen)

GAL Hochschulgruppe Hamburg

DFG-VK Offenbach

Krefeld, 25.6.1983



„Krieg in Krefeld“, „Knüppel-Angriff auf US-Vize Bush“, „Brutalität wie in Brokdorf“ — „Ich mach dich alle!“ schrie ein Chaot“ — mit solchen Schlagzeilen kommentierte ein Großteil der Presse den heißen Krefelder Samstag. Verantwortlich gemacht für den „Bürgerkrieg“ werden die „von weither angereisten Berufsrandalierer“, zu allem entschlossene Brutalos aus der Westberliner Hausbesetzerszene, Sympathisanten der „anarchistischen Gewaltszene“ oder auch gleich die Kader der Revolutionären Zellen. Sie seien mit „ungeahnter Brutalität“ vorgegangen, berichtet Innenminister Schnoor (SPD). Die CDU und die ihr nahestehende Presse konterten: von „ungeahnt“ könne ja wohl keine Rede sein. Der Krefelder Bürgerkrieg sei vorauszusehen gewesen, nur habe eine schlafmützige und opportunistische SPD-Landesregierung — aufgrund ihres ungeklärten Verhältnisses zur Raketenstationierung, zur Friedensbewegung, zum amerikanischen Verbündeten und überhaupt zu den Werten der westlichen Welt — den Militanten die Straße überlassen und viel zu spät und dann noch zögernd eingegriffen. Das „unwürdige Schauspiel“ von Krefeld (Kohl) erfordere Konsequenzen: nicht nur den Rücktritt des verantwortlichen NRW-Innenministers, sondern vor allem drastische Einschränkungen des Demonstrationsrechts noch vor Beginn des befürchteten „heißen Herbstes“.

„Präventivmaßnahmen“

Die SPD-Landesregierung und die ihr unterstellte Polizeiführung haben ihrerseits auf die Schwere der ihnen übertragenen Aufgabe hingewiesen. Wenn ein Staatsbesuch mit einem Volksfest gekoppelt werde, könne man eben keinen 100%-igen Schutz für die geladene Prominenz garantieren; das sei nur möglich mit weiträumigen Absperrmaßnahmen wie seinerzeit bei Helmut Schmidts Staatsbesuch in Güstrow/DDR, die natürlich alles andere als eine Werbung für den „freien Westen“ darstellen würden.

Zugleich kann der NRW-Innenminister darauf verweisen, daß es sehr wohl schon am Vortag der „Schlacht“ systematische „vorbeugende“ polizeiliche Maßnahmen gegeben hat: die Kennzeichen der Autos, mit denen als „militante Störer“ eingeschätzte Demonstranten aus anderen Bundesländern anreisten, wurden von den dortigen Polizeidienststellen an die Krefelder Einsatzzentrale gemeldet. Nur hätten angeblich — „wie das bei Terroristen seit langem üblich ist“ (FAZ) — diese Demo-Reisenden unterwegs die Fahrzeuge gewechselt. Irgendwelche „Waffen“ (Knüppel, Werkzeuge etc.) wurden jedenfalls bei den Durchsuchungsaktionen nicht gefunden. Auch bei der Öffnung sämtlicher Gepäckschließfächer am Krefelder Hauptbahnhof wurde man nicht fündig. Erst bei einem nächtlichen Überfall auf das Haus einer Wohngemeinschaft, in dem die Polizei ein „Schutzhelmlager“ vermutete, konnten die Helme dreier dort wohnender Mofa-Besitzer erbeutet werden. Insgesamt 23 Leute, die Hausbewohner ebenso wie die z.T. im Garten campierenden Gäste von außerhalb wurden festgenommen, einige nach Duisburg verfrachtet und erst am Samstagabend gegen 20.30 Uhr wieder freigelassen (siehe auch Artikel der „Krefelder Nachrichten“: „Haus war gar nicht besetzt. Verwirrung bei der Polizei.“).

Weitere präventive Festnahmen wurden angeblich durch einen besonders cleveren Schachzug der Militanten vereitelt. Innenminister Schnoor: „Überall in der Stadt gab es versprengte Gruppen von Gewalttätern, die sommerlich und leger gekleidet waren, so daß man ihre Absichten zunächst nicht erkennen konnte.“ Da hätten dann nur massenhafte Filzungen und Leibesvisitationen weiterhelfen können, wie die „Welt“ sie in der Gewißheit forderte, daß der zu Unrecht verdächtige loyale Staatsbürger und Amerikafreund für solcherlei Übergriffe zweifellos Verständnis aufbringen würde. Die „Welt“ erinnert an die Polizeimaßnahmen im Vorfeld des Bonner Rekrutengelöbnisses im Jahre 1980: „Da hatten sich die Sicherheitsbehörden entschlossen, Präventivmaßnahmen zu ergreifen: Beobachtung der anreisenden Gruppen, äußerst penible Visitationen, denen auch mancher harmlose Bürger zum Opfer fiel — und der Verständnis zeigte. Denn es gab nach der Veranstaltung keine Beschwerden von Bürgern, die sich zu Unrecht untersucht gefühlt hatten.“

Der „eindrucksvolle Festakt“

Die Europa-Reise von Bush diente nach seinen eigenen Aussagen dem Zweck, „Beschlonesenes zu erläutern“. In Dänemark werde er über den Widerstand des Parlaments gegen die Stationierung von Mittelstreckenwaffen, in Schweden über die Frage einer atomwaffenfreien Zone in der Ostsee sprechen. Insbesondere auch sei er „mehr als bereit, mit unseren Freunden die amerikanische Politik in Mittelamerika zu erörtern und dabei klarzumachen, daß Washington trotz mancher Fehler und Schwächen von Partnern in Zentralamerika auf Seiten der pluralistischen Demokratie steht“ (FAZ). Der in diese Reise eingebettete „feierliche Akt“ in Krefeld war damit mehr als eine diplomatische Pflichtübung an einem beliebigen Gedenktag. Daß ausgerechnet die 13 Krefelder Leineweberfamilien mennonitischen Glaubens, die vor 300 Jahren nach Amerika ausgewanderten, als erste Wegbereiter deutsch-amerikanischer Waffenbrüderschaft bis in den Tod ausgegeben werden, ist schon makaber. Immerhin war der Grund ihrer Emigration religiös motivierte Kriegsdienstverweigerung und Pazifismus, und sie hätten sich — lebten sie im Jahre 1983 — von den Krefelder Festrednern als antiamerikanische Elemente und Moskaus nützliche Idioten beschimpfen lassen müssen. Der Pazifismus der Krefelder Auswanderer kam denn auch in den Ansprachen von Bush, Kohl und Carstens nicht vor. Gewürdigt wurde ihr Eintreten für die das heutige westliche Bündnis einigenden Grundwerte — „Frieden, Freiheit und Menschenwürde“ — die bekanntlich von der Sowjetunion, laut Ronald Reagan Zentrum des Bösen in der Welt, bedroht würden und notfalls auch mit Atomraketen „verteidigt“ werden müßten — es gibt Wichtigeres als den Frieden (Haig). DPA brachte den Tenor der Festansprachen auf die ebenso knappe wie entlarvende Formel „*Bush und Kohl betonen gleiche Grundwerte und Entschlossenheit zur Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen.*“

Ihrer Verteidigungsbereitschaft waren sich die Festredner so sicher, daß keiner auf die Idee kam, den zweifachen totalen Stromausfall während der Zeremonie etwa als „Wink des Himmels“ zu interpretieren. Sofort war von Sabotage die Rede, ehe die Organisatoren die Sprachregelung „Überlastung des Stromnetzes“ ausgaben. Der nachfolgende zwanzigminütige Zwangsaufenthalt von Kohl und Bush in der Tiefgarage des „Seidenweberhauses“ — die Sicherheit ihrer Fahrtroute mußte noch erkundet werden — gab den strapazierten Staatsmänner-Nerven den Rest: „Kohl kochte vor Wut“, weiß „Bild“ zu berichten! Na immerhin!



Konfetti und Kampfanzüge

Weniger feierlich und würdevoll ging es derweil in den Straßen von Krefeld zu. Der Reporter der „Westdeutschen Allgemeinen“ (WAZ) schildert die „grotesken Kontraste“ rund um den Theaterplatz: „*Neben Stars und Stripes und blau-weiß-roten Luftballons bestimmte am Samstagmorgen vor allem die Einheitsfarbe Grün das Bild Krefelds. Polizei, wohin das Auge blickte. Eine geballte Ladung Staatsmacht, aber auch die Vermittlung eines Gefühls der Sicherheit — nicht nur für die offiziellen Gäste, sondern auch für die Bürger.*“ Ob die Bürger in ihrer Gesamtheit das auch so gesehen haben, muß bezweifelt werden. Immerhin mußte, wer auf dem Theaterplatz bei Freibier den Abmarsch der American Street Pa-





rade unter Führung der US Air Force Band Ramstein miterleben wollte, sich Leibesvisitationen und Taschenkontrollen gefallen lassen.

Schon gegen zehn Uhr kam es am Hauptbahnhof zu ersten Zusammenstößen zwischen der aufmarschierten Staatsmacht und autonomen Friedenskämpfern, die hier ihren Treffpunkt vereinbart hatten. Der Versuch der Autonomen, im geschlossenen Demonstrationszug zum „Seidenweberhaus“ zu marschieren, wurde am Südwall von der Polizei gewaltsam gestoppt; gefesselte und am Boden liegende Festgenommene wurden mit Fußtritten mißhandelt (siehe gesonderten Bericht). Wie es weitergehend schildert der Kriegsberichterstatter aus der Lokalredaktion der „Westdeutschen Zeitung“ (WZ) so: „Nach dem ersten vergeblichen Versuch, durch die Polizeisperren zur offiziellen Kundgebung durchzubrechen — die

Beamten hatten sofort etliche gewalttätige Demonstranten festgenommen —, sickerten kleine Grüppchen der Chaoten durch die Fußgängerzone bis zum Seidenweberhaus durch. Als die dort postierten Polizisten, wohl zur Abschreckung, wie Ritter im Mittelalter mit den Schlagstöcken auf ihre Plastikschilder klopfen, gab es Applaus aus den Reihen der umstehenden Bürger.“ Beifall gab es auch für die Knüppel- und Verhaftungsaktion gegen eine Gruppe von Demonstranten, denen es gelungen war, als Block in die Straßenparade einzudringen. Diverse Presseberichte machen deutlich, daß diese Ausbrüche von Verhetzung weniger mit der angeblichen „Brutalität“ der autonomen Straßenkämpfer zu erklären ist als mit deren bloßer Anwesenheit, die die schöne bunte deutsch-amerikanische Freundschaftsshow durcheinanderbrachte und die angeblich ganz unpolitische Festlichkeit stör-



te. Und störend wirkte auf die deutsch-amerikanische Jubelshow alles an den Autonomen: ihre Ausrüstung, ihre Parolen, ihr ganzer „düsterer, haßerfüllter Demonstrationzug gegen den Kriegstreiber Bush' und das ‚Schweine-System' "; wie der schon zitierte WZ-Lokalredakteur sich entrüstet. So „düster und haßerfüllt" reagierte die freie Presse auf die Störaktionen, daß in ihren teilweise wortgleichen Wutausbrüchen gegen die „Chaoten" sogar die Tatsache, daß alle in Krefeld Verhafteten einen gültigen Personalausweis bei sich trugen, als Beweis für ihre kriminellen Vorsätze herhalten müssen. Auch daß an der anschließenden Rechtshilfe und Ermittlung mehrere Rechtsanwälte teilnahmen, reicht einigen Gazetten für die wutschnaubende Balkenüberschrift „Mit dem Anwalt zur Straßenschlacht" (übereinstimmend in „Bild", „Welt" und „Westdeutscher Zeitung").

Eine organisatorische Panne ermöglichte den Autonomen dann doch noch einen erfolgreichen „Rache-

Feldzug". Nach dem Zwangsaulenthalt der Herren Kohl und Bush in der schon erwähnten Tiefgarage wurde der Konvoi der Staatskarossen gegen 13 Uhr auf eine für unbedenklich erklärte Fahrtroute vorbei am Hauptbahnhof geleitet. Dort kam es dann zu dem „unglaublichen Skandal" („Bild am Sonntag"): „Trotz angeblich ‚äußerster' Sicherheitsvorkehrungen des Innenministers Schnoor (SPD) von Nordrhein-Westfalen konnten bewaffnete Terror-Gruppen aus der Randszene der ‚Friedensbewegung' die Autokolonne des hohen Gastes überfallen." Ergebnis des „Überfalls": Blechschäden am Führungsfahrzeug der Polizei und an dem gepanzerten Gefährt von Mr. Bush, eine zerstörte Windschutzscheibe bei einem weiteren Polizeifahrzeug und eine demolierte Seitenscheibe im Bus mit den amerikanischen Ehrengästen. Inzwischen wurde vom NRW-Innenministerium eine Sonderkommission eingesetzt, die allein die Angreifer auf die Wagenkolonne ermitteln soll.



Die große Panne: Der Bonzen-Konvoi am Hauptbahnhof

Das „offizielle Friedensfest"

Wir dokumentieren Auszüge aus den „Eindrücken einer 300-Jahr Feier", veröffentlicht in der „taz" vom 27.6.. Dieser — zugegeben — „tendenziöse", d.h. parteiliche Kommentar trägt die Überschrift „Blut und Bier — Peace und Power" und ist unterzeichnet mit G.H.:

Gerade erlebte ich noch Menschen, die

ihrem Gefühl von Ohnmacht in hilfloser Gewalt Ausbruch verschafften. Jetzt bin ich umringt von Leuten, die sich ihre Illusion von Stärke auf der grünen Spielwiese erhalten. Männer und Frauen, die nicht wissen, was 500 Meter weiter passiert ist. Die es nicht hören wollen, wenn man zu erzählen beginnt. Sie bewegen sich in dem ihnen vorgegebenen Kreis, erhalten sich so ihre Ungebrochenheit und heilen Köpfe. Sie bringen es fertig, nicht um die nächste Stra-

ßenecke zu gucken, sondern nach ihrer Kundgebung in die andere Richtung zu ziehen. Begleitet von den Liedzeilen: „Hey, wir gehen nach vorn; hey, wir gehen gemeinsam. Wir sind entschlossen, den Kampf zu führen!"

Die Demonstration klappte „reibungslos". Nach den Auftaktkundgebungen an den vier Sammelplätzen setzte sich alles termingerecht in Bewegung, so daß die einzelnen Züge wie geplant zum „Lebenswall" um Krefeld zusammenstießen. Pünktlich um 13 Uhr machte der Zug halt. Die Leute setzten oder legten sich auf den Boden und lauschten der in allen Lautsprecherwagen gleichzeitig abgespielten Tonbandcassette: An Glockengeläute, abrupt von Sirenen und dem Zwischengeräusch einer niedersausenden Bombe unterbrochen, schloß sich die Beschreibung einer Atomkatastrophe im Juni 1986 in Krefeld an. Mit „We shall overcome" auf den Lippen gings dann durch menschenleere Straßen Richtung Spödentalplatz, wo die von vergleichbaren Festen her bekannte Jahrmärktsstimmung herrschte.

Nach Angaben der Veranstalter versammelten sich dort 40.000 Leute. Lockerer auf dem Rasen gelagert, türkische Pizza essend, mit

Sonne in Gesicht und Herzen machte sich unter ihnen alle Widersprüche und Gegensätzlichkeiten erdrückende Peace-Stimmung breit. Sie ermöglichte brausenden Beifall, als eines ihrer Mitglieder an die aktuellen Auseinandersetzungen in Santiago erinnerte und den aktiven Volkswiderstand forderte. Daneben aber auch eine einhellige Beifallskundgebung für Gert Bastian, der sich sofort unumwunden von den Autonomen und ihrer Demonstration distanzierte. „Mit denen haben wir nichts zu tun", versicherte er seinen Wählern und der internationalen Presse. Es spielte auch keine Rolle, wer wen provoziert habe. Robert Jungk ging noch einen Schritt weiter: Wer „Nie wieder Krieg" sage, müsse auch „Nie wieder Bürgerkrieg" sagen. Und Aufgabe der Friedensbewegung sei es, herauszufinden, wer die Provokateure vom Vormittag bezahlt habe. Auch ihm wurde Applaus zuteil. So erübrigt es sich eigentlich zu erwähnen, daß eine Gruppe von Punks und Autonomen, die über die Vorfälle am Bahnhof berichten wollte, von „gewaltfreien" Ordnern daran gehindert wurden zu reden.

Übergriffe im Philadelphiade-Vorfeld?

Haus war gar nicht besetzt Verwirrung bei der Polizei

Am Vorabend der Philadelphiade erlebte Martin Schoster, der einen ganzen Altbau auf der Friedrich-Ebert Straße 205 vor 2 Jahren gemietet und mit Freunden renoviert hatte, in seinem Haus nicht nur eine Invasion von geladenen und ungeladenen Gästen, sondern er bekam darüber hinaus noch unerbetenen Besuch eines starken polizeilichen Durchsuchungskommandos. Unser Mitarbeiter ließ sich von den Betroffenen den Hergang der Aktion schildern; die Darstellung der Polizei veröffentlichen wir anschließend.

Polizeibeamte belinden sich im Garten, dort in Schlafsäcken übernachtende junge Leute werden festgenommen. Martin Schoster zieht sich etwas an, geht in den Garten und verlangt Auskunft. Gleichzeitig weist er darauf hin, daß er als Mieter das Hausrecht besitzt und diese nachtlliche Aktion nicht dulden möchte. Kommentar eines Polizisten: „Halt' Dich da raus, zu Euch kommen wir gleich auch noch 'rein!' Von einem anderen Beamten erhält Schoster eine ähnliche Antwort. Da ergreift ihn Panik — er rennt in den Keller und spritzt ziellos mit einem umherliegenden Gartenschlauch aus dem Kellerfenster. Plötzlich vernimmt er das Kommando „Los jetzt, rein!“, hört das Splittern der eingetretenen Haustüre, die gegen den Stromkasten fliegt. Die Polizisten drohen, den Hund in den Keller zu schicken — Martin Schoster kommt mit erhobenen Händen aus dem Keller heraus. Auf halbem Wege jedoch wird er an den Haaren emporgerissen, von 4-5 Polizisten gepackt und unter Schlägen auf die Straße getrieben. Zum zweiten Male reißt man seinen Kopf hoch, diesmal allerdings, um ihn zu fotografieren. Nach einer Leibesvisitation findet sich Martin Schoster in einem vergitterten VW-Bus wieder.

Angekommen im Polizeipräsidium werden Schoster und ein anderer Mieter in eine Zelle gebracht — es hieß, sie hätten Widerstand geleistet. Die Untermie-

ter und ihre Gäste, die — aus dem Schlaf gerissen — kaum Zeit fanden, sich anzukleiden, blieben über zwei Stunden im Polizeiwagen, der mitten in der Sonne stand. Als einige der so Festgehaltenen gegen die Tür trommelten, weil sie auf die Toilette wollten, wurde — so die Betroffenen — mit Tränengas in das Auto hineingesprüht. Dann wurden sie nach Duisburg gebracht und erst 16 Stunden später, um 20.30 Uhr wieder freigelassen.

Eine Begründung für diese ungewöhnlichen Vorgänge war bisher nicht abgegeben worden. Marion Schreiner, eine weitere Mieterin, die in der Nacht von Freitag auf Samstag nicht zu Hause war, sah gegen 9.30 Uhr, wie ein Polizist durch ein eingeschlagenes Fenster in ihre Wohnung einstieg — die Haustür war zwischenzeitlich mit Brettern vernagelt worden. Als Marion Schreiner eine Erklärung verlangt, hieß es: „Wären sie mal zwei Minuten eher gekommen — das Haus war ja besetzt und ist geräumt worden.“

Marion Schreiner ging verstört ins Haus, sah auch dort Polizisten beim Durchsuchen der Wohnung, hörte immer wieder etwas von einem besetzten Haus — bis es ihr schließlich dämmerte: „Das Haus ist nicht besetzt gewesen, wir haben einen Mietvertrag!“ Total verunsichert fragten sich die — meist jungen Polizisten im Erdgeschoß: „Was jetzt?“ Ein Polizist wollte den Ausweis sehen, kontrollierte ihn aber nicht, ein anderer suchte nach einem Funkgerät. Auch von Zivilbeamten im Obergeschoß war keine Erklärung zu erhalten.

Plötzlich kam der Befehl „Alles abziehen!“ und so plötzlich wie sie gekommen waren, verschwanden die Ordnungshüter auch wieder — ohne Erklärung, ohne Entschuldigung, ohne gesagt zu haben, wer für die Sachschäden aufkommt. Rechtsanwalt Langowski hat inzwischen im Namen der Betroffenen Anzeige wegen Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Sachbeschä-

digung und Körperverletzung gestellt — gegen Unbekannt, denn auf Fragen nach Namen und Dienstnummer hatten die Beamten ja nicht reagiert.

Unverständnis hat sich bei den Betroffenen über die „behördlichen Übergriffe“ breitgemacht. Martin Schoster: „Muß jetzt jeder, vor dessen Haus mehrere Autos mit auswärtigen Kennzeichen angetroffen werden, mit ungesetzlichen Hausdurchsuchungen, Sachbeschädigungen, Körperverletzung und mehrstündiger ungerechtfertigter Festnahme rechnen?“ Bleibt abzuwarten, was das Gericht zu diesen Vorwürfen sagt. st

Der Polizeisprecher erklärte:

„Der Bericht stammt von dem Hausbesitzer, der möglicherweise als Unbetroffener in Mitleidenschaft gezogen wurde.“

Wir sind durch einen Krefelder Bürger, dem wir sehr dankbar sind, in der Nacht um 4.30 Uhr angerufen worden, daß sich dort zahlreiche Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen vor dem Hause befänden. Eine Streife überprüfte daraufhin Fahrzeuge und auch Personen, die sich in den Fahrzeugen befanden.

Dabei wurden eine große und eine kleine Eisenstange und Spraydosen in den Autos gefunden. Es wurde Verstärkung angefordert und alle Fahrzeuge überprüft, dazu noch Personen, die sich auf dem Hof des Hauses befanden. Es handelte sich um insgesamt 24 Personen, davon 12 aus Hamburg.

Ein Berg von Knüppeln wurde gefunden, eine Druckpresse, ein bereits gefertigter Aufruf, endend mit den Worten: »Wir werden siegen«, ein blaues Schild »Polizei«, ein Hammer, Helme, Eisenrohre, eine Augenmaske, Knallkörper usw.

Daraufhin wurden diese Personen in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Gegen Schluß der Aktion erschien Herr Schoster und verwies die Beamten des Grundstücks und bespritzte sie aus dem Keller mit einem Wasserschlauch. Die Beamten ließen sich das nicht gefallen und nahmen ihn mit in Verwahrung.

Danach wurde vermutet, daß sich noch weitere Personen im Haus befinden und es wurde durchsucht. Nachdem feststand, daß die Personen für die Veranstaltung nicht mehr als Randalierer in Frage kommen, wurden sie entlassen.

Das endgültige Urteil wird das Gericht sprechen.“



Isolieren, Festnehmen, Einsperren ...

so lautete der polizeiliche Auftrag am 25.6. in Krefeld zur Sicherung des Spektakels der demonstrativen deutsch-amerikanischen Verbrüderung im Jahre der Stationierung. Dies geht aus dem Polizeibericht zum 25.6. und aus der Rede des Sozialdemokratischen Innenministers Schnoor vor dem nordrhein-westfälischen Landtag hervor.

Ein Viertel Jahr lang hatten das Innenministerium von NRW, die lokale Stadtverwaltung und Polizeibehörden des Landes und des Bundes sich auf diesen Tag vorbereitet. Frühzeitig wurde ein Demonstrationsverbot für den gesamten Innenstadtbereich in der Woche vom 16. - 27. Juni angeregt. Verhandlungen mit den Veranstaltern des „Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen“, ihre Protestveranstaltungen außerhalb der Innenstadt durchzuführen, waren erfolgreich. Entsprechend konnte sich die Polizei in ihren Vorbereitungen voll auf die erwarteten „gewalttätigen Störer“ konzentrieren, die ihren Protest direkt an den Ort des widerlichen Spektakels tragen wollten. Vorrangige Aufgabe des Polizeieinsatzes war — nach eigenen Angaben — „insbesondere den Festakt im Seidenweberhaus zu schützen, die Krawallmacher zu binden und festzunehmen.“ Innenminister Schnoor legte dabei besonderen Wert darauf, daß „erkannte Straftäter“ nicht nur festzunehmen seien, sondern auch für eine „gründliche Beweissicherung“ und eine „zügige Einleitung von Strafverfahren“ zu sorgen sei.

In den Wochen vor dem 25.6. wurden alle Errungenschaften der bundesweiten Zusammenarbeit der Polizeien und Innenministerien geprobt: Auswertung der „Störerkarteien“ des Bundes und der Länder, ständiger Austausch der Innenministerien über den jeweils neuesten „Erkenntnisstand“, ausgehend von einer eigens einge-

richteten „Nachrichtensammel- und Informationsstelle“ in Krefeld.

Der Verfassungsschutz arbeitete auf Grundlage der Bundesdatei über „Landfriedensbruch und artverwandte Straftaten“ und eigener Erkenntnisse einen Bericht über die zu erwartenden Personengruppen aus, aufgrund dessen z.B. die Polizei davon ausging, „daß die potentiellen gewalttätigen Störer nicht mit Waffen anzureisen beabsichtigten, weil sie mit gründlichen polizeilichen Vorkontrollen rechneten.“ Eine „Bewaffnung“ war nach polizeilichen Erkenntnissen erst in Krefeld selbst vorgesehen.

In den Tagen vor der Demonstration wurden Maßnahmen zur „Aufklärung“ und „Voraufsicht“ (Polizeijargon — Anm.) durchgeführt, wie: — Überprüfung aller Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen, und ihre Durchsuchung auf Waffen und gefährliche Gegenstände, — Vorkontrollen an den Grenzübergängen, sowie an allen Abfahrtsorten in anderen Bundesländern, wo Personenüberprüfungen und Durchsuchungen stattfanden. Vom nordrhein-westfälischen Innenministerium waren die anderen Bundesländer ersucht worden, potentielle Störer an der Anreise zu hindern, — Observation von „einschlägig bekannten Objekten“ in Krefeld, — Durchsuchung aller Schließfächer im Krefelder Hbf in der Nacht zum 25. etc.

Aus der Tatsache, daß diese Maßnahmen nicht den erwünschten Erfolg, sprich Waffenfunde etc. erbrachten, schließt die Polizei, die Störer seien „verdeckt“ ange-reist. Die „FAZ“ wußte sogar zu berichten, daß die Krawallanten in terroristischer Manier auf der Anreise nach Krefeld die Fahrzeuge gewechselt hätten ...



Ecke Südwall/Breite Straße: Ein einzelner Polizist versucht, der Spitze das Transparent zu entreißen



Weitere Beamte kommen hinzu. Hinter den ersten zwei Reihen entsteht eine Lücke

ISOLIEREN ...

Zum Einsatzleiter der gesamten Polizeiaktion wurde Anfang Juni der Schutzpolizeidirektor Zacharias bestellt, dessen Erfahrungen mit Großeinsätzen in Kaikar erprobt sind. Im Gegensatz zu den Notstandsmanövern anlässlich der Großdemonstration in Kaikar stand die Polizei in Krefeld jedoch vor dem Problem, die 100.000 schaulustigen Bürger, die das „Bürgerfest“ „Philadelphia“, die „American Street Parade“ oder einfach nur die extra verkaufsoffenen Innenstadtgeschäfte besuchen wollten von den über 20.000 erwarteten Teilnehmern der Demonstrationen des Arbeitskreis „Krefelder Friedenswochen“ und den mit ca. 1.000 geschätzten sogenannten Gewalttätern zu unterscheiden. Die größte Sorge der Polizei war eine mögliche Vermischung der unterschiedlichen Personengruppen, durch die Störaktionen nicht zu verhindern gewesen wären. Diese Überforderung der Polizeikräfte hätte bei einem entsprechenden Vorgehen der Demonstranten ausgenutzt werden können. Weiträumige Absperrungen, massenhafte Identitäts- und Taschenkontrollen sollten vermieden werden, um den Bürgern nicht den Eindruck eines Polizeistaates zu vermitteln. Für den Straßeneinsatz waren 2.733 Polizeibeamte der Schutzpolizei sowie aus Sonderreinsatzkommandos vorgesehen, im „Innendienst“ waren weitere zahlreiche Beamte eingesetzt. Während zum „Schutz“ der Festaktivitäten und der Demonstrationen des Arbeitskreises hemdsärmelige Beamte in geringer Zahl eingesetzt wurden, konzentrierte sich das Aufgebot der Schutzpolizisten und Sonderkommandos auf die Autonomen und Antiimperialisten und den Schutz des Seidenweberhauses, wo Bush und Carstens ihre Rüstungsansprachen hielten.

Am Sammelpunkt der Demonstranten, dem Hauptbahnhof, wo sich auch Teilnehmer der Arbeitskreis-Demo sammelten, kamen die Polizeibeamten nicht zum Einsatz, „um u.a. ein Untertauchen der Störer in der Menschenmenge und einen Solidarisierungseffekt bei friedlichen Demonstranten zu vermeiden“. Positiv vermerkt der Polizeibericht, daß durch Aufforderungen aus dem Spektrum des Arbeitskreises „ca. 80 Personen aus der unfriedlichen Szene zwischen 9.00 und 11.00 Uhr für

eine Teilnahme an den friedlichen Aktionen“ gewonnen werden konnten. Die Absicht der Polizei, die Demonstration der Autonomen als isolierten Block in angemessener Entfernung von feiernden Bürgern und „friedlichen Demonstranten“ zu zerschlagen, gelang schon 20 Minuten nach Abmarsch der Demo in Richtung Innenstadt. Entsprechend der Vorbereitungen war der Innenstadtbereich an vier Wällen (Nord-, West-, Süd- und Ostwall) abgesperrt, am Südwall/Ecke Ostwall stand die erste Polizeisperre — weiter sollte die Demo nicht kommen. Als die über 1.000 Demonstranten in den Südwall einbogen, stellten sich ihnen an der Ecke Breite Straße Polizisten entgegen.

... FESTNEHMEN

Nach Polizeiangaben befanden sich im Gebiet der Absperrung am Süd- und Ostwall drei Hundertschaften und ein Spezialeinsatzkommando, zwei Reserveeinheiten standen zur Verstärkung bereit.

Im Zeitraum von einer Viertelstunde, zwischen 10.20 Uhr und 10.35 Uhr wurde die Demonstration aufgelöst und ca. 100 Menschen festgenommen. Das massive und brutale Vorgehen der Polizei gegenüber der zu diesem Zeitpunkt noch geschlossenen Demonstration bewirkte die ersten Steinwürfe. Doch die Polizei hatte sich nicht umsonst (psychologisch) wochenlang auf eine Schlacht vorbereitet: Die auf den folgenden Seiten dokumentierten Szenen der Körperverletzungen, Mißhandlungen und die Siegerposen der Beamten finden sich in keinem offiziellen Polizeibericht. Dort heißt es lapidar: „Um 10.35 Uhr war der Block der Störer auf dem Südwall und dessen Umgebung aufgelöst“. Und weiter: „Um 10.52 Uhr war die Lage auf dem Südwall und den angrenzenden Nebenstraßen weitgehend beruhigt“.

Danach lobte Innenminister Schnoor den Einsatz vor dem Landtag: „Nachdem sich die offensichtlich gewaltbereiten Störer aber deutlich von der großen Masse der friedlichen Demonstranten abgesetzt hatte, ging die Polizei gegen diese Störer in Höhe des Südwalls vor...“



Die ersten zwei Reihen drängen zwischen den VW-Bussen durch. Ca. 15 Beamte formieren sich zum Angriff.

... EINSPERREN

Nach der Auflösung des Demozuges war bis in den Nachmittag hinein die Situation für die Polizeitaktik nicht nur günstig. Die befürchtete Vermischung der Demonstranten mit den „Bürgern“ machte verschiedene Protestaktionen in der Innenstadt und gegenüber den Fahrzeugkolonnen der Herren Bush und Carstens möglich, wobei auch weiterhin wahllose Festnahmen und Prügeleien stattfanden. Zur Untersuchung der Störung der Fahrzeugkolonne wurde inzwischen eine „Sonderkommission“ des Landeskriminalamtes eingerichtet, die herausfinden soll, wer an den Störungen beteiligt war, zu deren „Angriffsmittel“ wie „Erdklumpen, Steine, Holzknüppel, Cola-Dosen, Kleidungsstücke, Flaschen, Plastikbeutel, Umhängetaschen, Fußtritte“ und „Fausthiebe“ gehörten. Was sind diese Mittel, die zu gefährlichen „Angriffshandlungen“ eingesetzt wurden, zu deren Aufklärung extra eine Soko bestellt wird, gegen die Stationierung, gegen alle Pläne, einen auf Europa bezogenen Atomkrieg führbar und gewinnbar zu machen?

NRW-Innenminister Schnoor bezeichnete vor dem nordrhein-westfälischen Landtag die „Beweissituation“ als Hauptproblem des Demonstrationsrechtes. Von den 138 am 25.6. in Krefeld festgenommenen Personen stellt sich nach Angaben der Polizei die Beweissituation wie folgt dar: 118 Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet (Stand 2. Juli 1983). Davon besteht bei 39 Verfahren „Aussicht auf Erfolg“, bei 44 Verfahren „scheint ein Erfolg möglich“ und bei 35 Verfahren besteht „keine Aussicht auf Erfolg“.

Dabei rühmte der Innenminister, nicht nur „kleine Fische“ seien fest genommen worden, man will sogar „6 Personen aus dem terroristischen Umfeld und zahlreiche bekannte Sympathisanten“ unter den Festgenommenen ausgemacht haben. Da tut auch wenig zur Sache, daß laut Polizeibericht „einige Schaufensterscheiben“ als gesamter entstandener Sachschaden zu verzeichnen waren. Die Demonstranten und Festgenommenen müssen dafür erhalten, im politischen Kalkül der NRW-SPD zu Exempeln in Sachen Demonstrationsstrafrecht gemacht zu werden, die in Hinblick auf den heißen Herbst



Es folgen Festnahmen auf dem Südwall.

der CDU/CSU Entschlossenheit und Durchgreifen demonstrieren will. Das Demonstrationsrecht bleibt dabei notwendigerweise auf der Strecke.

Alle Zitate aus:

„Bericht über den Polizeieinsatz am 25. Juni 1983 in Krefeld“ und „Rede von Innenminister Dr. Herbert Schnoor in der Sondersitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen am 6. Juli 1983 zur Ansprache über Ursachen und Verlauf der Ausschreitungen in Krefeld am 25. Juni 1983 und Folgerungen daraus für die Behandlung künftiger gewalttätiger Demonstrationen“

Die abgedrängte Spitze wird in der Breite Straße eingekreist und festgenommen.



Deutsch-amerikanisches Einmachfest

— Bilanz der körperlichen Folgen eines Staatsbesuches —

Ein Holzknüppel gewinnt im Sprachgebrauch mitunter unterschiedlichen Charakter.

Bei Demonstrationen beispielsweise erreicht er im offiziellen Sprachgebrauch geradezu staatsphilosophische Qualitäten: In der Faust eines Demonstranten ist er eine brutale mörderische Schlagwaffe, in der Hand eines Polizeibeamten dagegen ein „Hilfsmittel des unmittelbaren Zwangs“ oder auch eine „harmlose Waffe zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung“.

Wer sich auf diese Art Sprachregelung einläßt, der wird auch bei der Bezeichnung der körperlichen Folgen eines Knüppels stark gegensätzliche Begriffe wählen müssen. Der Schlag eines Demonstranten gegen einen Polizeischild erfüllt den Straftatbestand der versuchten schweren Körperverletzung — der Knüppelhieb auf einen Demonstrantenkopf hingegen dient der unmittelbaren Abwehr einer Gefahr für das Leben des schlagenden Beamten und verursacht im schlimmsten Fall leichte, selbstzuverantwortende Blessuren.

In Krefeld muß an jenem Samstag Vormittag die Gefahr für den bundesrepublikanischen Staat groß gewesen sein. Jedenfalls schlug die polizeiliche Gefahrenabwehr im Südwahl innerhalb von gerade fünf bis zehn Minuten alle uns bislang bekannten Rekorde: Im Handumdrehen waren rund 50 Menschen reif für eine medizinische Versorgung. Ein Augenzeugenbericht von A.: „Die B. kamen auf uns zugelaufen, wir ab in die Seitenstraße. Dort

standen Bullis auf dem Bürgersteig. Wir blieben wie gelähmt stehen. Die B. kamen mit erhobenem Knüppel auf uns zugelaufen. Auf alle, die da standen, wurde eingeknüttelt. Ich versuchte, meinen Kopf mit dem Arm zu schützen, bekam trotzdem einen Schlag ab, hockte mich hin, stützte mich an der Hauswand ab. Währenddessen wurde weiter auf mich eingeschlagen. Dann wurde ich im Polizeigriff gezwungen, mich auf den Bauch zu legen. Ich hörte einen Sani, der versuchte durchzukommen, aber nicht gelassen wurde. Inzwischen hatte ich bemerkt, daß ich am Kopf blutete. Eine Demosanitäterin hat mir dann provisorisch den Kopf verbunden. Sie sagte, ich hätte einen Schock und müsse auf den Rücken gelegt werden. Sie bettete meinen Kopf in ihren Schoß, eine andere Frau hob die Beine an. Zwei Helfer des Malteser-Hilfsdienstes (MHD) legten mich dann auf eine Trage und brachten mich zum Wagen.“

Nach der Versorgung im Krankenhaus wurde A. ins Polizeipräsidium gebracht und dort trotz heftiger Kopfschmerzen erst nach erkenntnisdienstlicher Behandlung im Laufe des Abends auf freien Fuß gesetzt.

So wie A. erging es rund zwei Dutzend Teilnehmern und Teilnehmerinnen an der Demonstration autonomer und antiimperialistischer Gruppen. Andere konnten durch tatkräftige Hilfe freundlicher Mitmenschen den Umweg über das Polizeipräsidium vermeiden und suchten in Eigenverantwortung direkt eine ärztliche Behandlung auf.

Ein weiterer Augenzeugenbericht: „Ich stellte mich an eine Hauswand. Zwei B. kamen auf mich zu, ich hielt

Nach kurzem Aufeinanderprall treiben SEK's und Bereitschaftspolizei



die Hände über den Kopf. Die zwei B. knüppelten los, ich sackte runter, mir wurde schwarz vor den Augen. Ein Demosani schleifte mich um die Ecke, legte mir einen Verband an. Um uns herum lauter B., mir wurde schlecht. Als der Rettungstransportwagen kam, setzte ich mich rein. Auf einer Trage wurde eine verletzte Person hereingetragen; sie hatte keine äußerlichen Verletzungen, war aber kreidebleich und völlig fertig mit der Welt."

re Menschen verletzt. Die Gesamtzahl der in Krefeld verletzten Kriegsgegner/innen liegt also (ohne Dunkelziffer) bei mindestens 60 Menschen.

„Offizielle“ ...

Das Verhalten der eingesetzten und von der Polizei vorab angeforderten MHD-Helfer wird überwiegend als korrekt bezeichnet, wobei zu erwähnen ist, daß seitens der Polizei auch dem MHD für mindestens zehn Minuten der Zutritt zu den Festgenommenen und offensichtlich Verletzten an der Ecke Gerberstraße/Südwall verwehrt wurde und sich die eingesetzten MHD-Kräfte nach den uns vorliegenden Berichten auch nicht nachdrücklich für eine sofortige Erstversorgung einsetzten. Es stimmt merkwürdig, daß bei der Gefangenensammelstelle Grotenburgkampfbahn auch ein MHD-Zelt aufgebaut war, eine Einrichtung, die der Polizei in mehreren Fällen medizinisch notwendige aber zeitlich wohl lästige Umwege mit verletzten Festgenommenen über die zuständige Ambulanz ersparte. Daß seitens des MHD die Verletzten eher als festgenommene Rechtsbrecher denn als rasch erstzuversorgende und in Behandlung zu transportierende Patienten angesehen wurden, zeigte sich auch darin, daß Freunden grundsätzlich eine Begleitung verwehrt wurde.

... und „inoffizielle“ Hilfe

Von den gekennzeichneten Demonstrationssanitäter/innen wird von heftigen Behinderungen seitens der Polizei berichtet: In einem Fall wurde ein am Boden hockender, gerade mit dem Anlegen eines Verbandes beschäftigter Sani tödlich angegriffen und mit dem Satz: „*Du bist ein Scheiß-Sani!*“ versucht abzudrängen. Ein Krefelder Arzt, der zufällig am Schauplatz des Geschehens vorbeikam, erhielt trotz vorgezeigten Arztausweises keinen Zutritt, später sollte er dann noch seine Approbation vorzeigen.

Festgenommene und Verletzte werden mit Plastikriemen gefesselt



... rund 250 Demonstranten in die Gerberstraße

Eine erste Bilanz des Polizeieinsatzes am Südwall (Stand 11. Juli 1983) ergibt auf der Grundlage von rund 50 uns bekanntgewordenen Verletzten eine nicht ungewöhnliche Aufzählung typischer Verletzungen infolge polizeilicher „Zwangsmaßnahmen“: mindestens 20 Platzwunden, deren überwiegende Lokalisation am Hinterkopf auf verursachende Schläge von hinten und/oder oben hindeuten, ein gebrochener Unterkiefer, schwere Prellungen an gut einem Dutzend Unterarme, die vornehmlich beim Schützen des Kopfes getroffen wurden, mindestens zwei Fälle eines beginnenden Schocks, eine schwere Prellung des Unterbauchs infolge eines Stiefortritts, sowie eine ganze Reihe Prellungen an den Rippen, Schultern und Oberarmen. Mindestens vier Verletzte mußten stationär behandelt werden, andere sind z.T. noch jetzt in hausärztlicher Behandlung.

Doch auch die Festgenommenen waren nicht sicher vor weiteren Übergriffen. Einer am Boden liegenden Frau wurde ein Knüppel mit Wucht in den Mund gestoßen, anderen wurde kräftig in die Rippen oder Nieren getreten (auch von aufgebrachten Passanten!) und zwei der mit Plastikriemen Gefesselten werden noch einige Wochen mit Taubheitsgefühl im Daumen herumlaufen (Auswirkung einer Nervenquetschung). In einen Gefangenentransporter entluden eingesetzte Bereitschaftspolizisten eine kräftige Ladung CN, bereits am Morgen war bei einer Razzia die heimgesuchte Wohnung eingenebelt worden. Angesichts der von einigen Einsatzkommandos geschwungenen Holzknüppel, die an den Enden leicht verdünnt zulaufen und mit ungeheurer Elastizität und Härte auftreffen, ist es überraschend, daß nicht noch mehr und noch schwerere Verletzungen auftraten.

Im Verlauf der späteren Kleinaktionen an mehreren Punkten der Krefelder Innenstadt wurden bei Festnahmen im Bereich des Hauptbahnhofes, der Parade und bei anderen Zwischenfällen noch mindestens zehn weite-



Zahlenspiele...

Die maßvolle Polizei, so lautet ein ungeschriebenes Gesetz offizieller Demonstrationsberichterstattung, schützt das Demonstrationsrecht, ersatzweise auch die öffentliche Sicherheit gegen gewalttätige Chaoten — ergo: die Zahl verletzter Polizisten muß bei der Endabrechnung für die Presse in jedem Fall höher liegen als die Anzahl verletzter Demonstranten. Eine Kostprobe aus Krefeld: 25.6., dpa-Meldung 93, 11.09 Uhr:

„Zahlreiche Demonstranten wurden verletzt.“

dpa-Meldung 132, 14.07 Uhr:

„Sechs Polizisten und eine bisher unbekannt Zahl von Demonstranten wurden nach Angaben der Einsatzleitstelle der Polizei verletzt.“

dpa-Meldung 258, 19.51 Uhr:

„Die Zahl der verletzten Demonstranten wurde ohne nähere Ausführungen mit mehr als 40 angegeben. Die 32 im Einsatz verletzten Polizeibeamten konnten bis auf 2 nach ambulanter Behandlung das Krankenhaus wieder verlassen.“

Westdeutsche Zeitung (WZ), Krefeld, 27.6.:

„Der Sanitäter hat alle Hände voll zu tun. Über 20 Minuten dauert es, bis Krankenwagen eintreffen... Die Stadt war dicht... Ein Beamter hat einen Stein in die Nierengegend bekommen, ein anderer mußte am Bein genäht werden. 30 weitere Angehörige auswärtiger Bereitschaftspolizei und SEK's erleiden leichte Verletzungen.“

Die Zahl der verletzten Demonstranten beträgt über 40, erfährt die Presse.“

Bild, 27.6.:

„... 34 verletzte Polizisten, 30 verletzte Chaoten.“

Die endgültig geglättete Bilanz legt dann der Bericht des NRW-Innenministeriums über die Krefelder Ereignisse vor: „4.1 Verletzte Polizeibeamte: 43 Polizeibeamte wurden verletzt. 34 der Beamten waren im Abschnitt Raumschutz eingesetzt.“

Die gegenüber ersten Darstellungen erhöhte Zahl Verletzter ist darauf zurückzuführen, daß einige Beamte ihre Verletzungen erst nach Einsatzende in ihren Standorten angaben.

4.2 Verletzte Störer oder Unbeteiligte:

Über verletzte Störer oder Unbeteiligte liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Es war bekannt, daß die Störer eigene Sanitätsdienste einrichten wollten, um sich Personenfeststellungen zu entziehen...“

... und ein Hammer

Da der Öffentlichkeit jedoch keine spektakuläre Verletzung eines Polizeibeamten präsentiert werden konnte, griff die Einsatzleitung tief in die propagandistische Requisitenkiste:

Trick 1: „In der Uerdinger Straße gab es ein Beispiel für die Brutalität der Chaoten: Einer schlug einem Beamten hinterrücks eine Eisenstange ins Kreuz. Der Polizist brach zusammen. Der Notarzt rückte an.“ (Bild am Sonntag, 26. Juni 1983)

Trick 2: Die taz (27.6.83) berichtet, daß am Samstagabend der Einsatzleiter, Polizeioffizier eines SEK, der Presse u.a. einen Zimmermannshammer zusammen mit einem zerschlagenen Helm präsentierte. Der Helm habe in der Gerberstraße gelegen. Der dazugehörige Beamte sei ihm bekannt.

Trick 3: „Besonders betrübt zeigt sich Schnoor, daß 33 Polizeibeamte zum Teil schwer verletzt worden sind. Er sagte, die Demonstranten hätten, mit faustgroßen Steinen in die Gesichter der Beamten geworfen. Das sah schrecklich aus.“ (Welt, 28.6.83)

Auf Nachfragen konnte keine dieser Meldungen bewiesen, geschweige denn die verletzten Polizeibeamten präsentiert werden. Für die Aufhetzung der Öffentlichkeit und zum Anheizen der Diskussion um eine Verschärfung des Demonstrationsrechts hatten diese Geschichten allerdings ihren Zweck erfüllt. Mehr war auch nicht beabsichtigt.

Sanitätergruppe Hamburg





Vorläufiger Ermittlungsbericht

Gegen 10 Uhr vormittags versammeln sich am Krefelder Hauptbahnhof ca. 1.500 Menschen zur Demonstration. Zwischen 10.07-10.10 Uhr verläßt die relativ geschlossene Demonstration den Bahnhofsvorplatz und geht über den Ostwall in Richtung Seidenweberhaus. Bereits auf dem Ostwall wird der vorderte Teil der Demo links auf dem Mittelstreifen durch einen SEK-Trupp von etwa 15-20 Mann begleitet.

An der Ecke Ostwall/Schwertstraße biegt die Demo in den Südwall ab, weil weiter vorne im Ostwall starke Polizeikräfte konzentriert sind. Wie auf dem Ostwall bewegt sich die Demonstration auch auf dem Südwall ausschließlich auf der rechten Straßenseite.

Die Spitze der Demonstration erreicht unbehelligt die Kreuzung Südwall/Breite Straße. Es ist jetzt etwa 10.20 Uhr. Etwa 20 Reihen stehen nun am Südwall/Ecke Breite Straße und reichen vielleicht 30 Meter weit zurück. Dahinter kommt ein Loch in der Demo, wahrscheinlich weil von hinten „Halt“ gerufen wurde. Der Rest der De-

mo reicht von der Ecke Südwall/Gerberstraße bis zur Ecke Hochstraße/Fußgängerzone. Am Ende stehen zu diesem Zeitpunkt drei bis vier vollbesetzte „Grüne Minnas“ mit normaler Bereitschaftspolizei.

Vorne, vor der Demo-Spitze, hat sich eine lockere Kette von 10-15 Polizisten zusammengezogen, die weder Schilde noch Knüppel tragen. Links von der Demo ist immer noch der Trupp SEK'ler. Rechts an der Einmündung Breite Straße stehen zwei leere VW-Bullis und ein Polizeiwagen. Ein Polizist, wahrscheinlich der Truppführer, entreißt den vorne Stehenden das Transparent, und es kommt zu einer Rangelei. Einen Anlaß für diesen Einsatz hat es nicht gegeben, und auch keine Aufforderung der Polizei, die Demonstration aufzulösen. Rund 10 Leute werden in die Breite Straße abgedrängt — oder gehen zwischen den VW-Bussen in diese Richtung. Sie werden fast alle festgenommen, mindestens ein SEK'ler ist daran beteiligt.



Gegen 10.21 Uhr laufen die Polizisten, die in der Kette standen, vor. Die Demo flüchtet zurück (genauer Grund unklar). Und fast gleichzeitig, aber schon nach dem Beginn der Flucht, knüppelt das SEK in Höhe der zehnten Reihe in die Demo und trennt dadurch die vorderen Reihen ab. Die Leute versuchen nun einzeln durch das SEK zurückzukommen. Dabei kommt es zu Hauereien und weiteren Festnahmen.

Der Rest der Demo-Spitze läuft zurück zur Kreuzung Südwall/Gerberstraße. Auf der Südseite des Südwalls wird ein PKW quergestellt, und auf der Kreuzung werden weitere Vorbereitungen für einen eventuellen Polizei-Angriff getroffen. Gegen 10.25 Uhr versuchen etwa 200-500 Leute in der Gerberstraße erneut eine Demo zu formieren. Währenddessen tröpfeln kleine Gruppen über die Südseite des Südwalls zurück in Richtung Fußgängerzone. 30-40 Leute setzen sich über den Scheutenwall in Richtung Innenstadt ab. Zum selben Zeitpunkt werden die Polizisten hinten an der Ecke Südwall/Fußgängerzone durch zehn weitere Polizeifahrzeuge (Ford Transit) verstärkt. Die Mannschaften steigen aus und riegeln den Südwall in Richtung Ostwall ab, dabei bleibt die Kreuzung erst einmal frei. Gegen 10.27 Uhr erfolgt hinten auf der nördlichen Seite des Südwalls dann der Angriff der Polizei. Die Leute werden nach vorne zur Gerberstraße getrieben. Ein Teil — ca. 150 — flüchtet in die Neusser Straße (eine Fußgängerzone südlich des Südwalls) und wird nicht weiter verfolgt.

Kurzzeitig steht in der Einmündung Neusser Straße/Südwall eine einzelne Polizeikette. Später ist die Kreuzung wieder frei. Die Polizei riegelt zusätzlich den Südwall zwischen Fußgängerzone und Gerberstraße mit einer dreifach gestaffelten Kette ab. Dann stürmt zwischen 10.28-10.30 Uhr eine Hundertschaft aus Richtung Breite Straße kommend in Richtung Kreuzung Südwall/Gerberstraße. Die Leute flüchten in die Gerberstraße. Aber die, die nicht mehr rechtzeitig wegkommen, sind auf der Kreuzung und dem Südwall von der Polizei eingekesselt. Hier werden zwischen 30 und 50 Leute verhaftet und zum Teil zusammengeschlagen. Jetzt werden auch die in die Gerberstraße Geflüchteten verfolgt, nicht nur von der Polizei, auch von einem Trupp SEK'ler. Im oberen Teil der Gerberstraße werden erneut Leute festgenommen, allein an einem parkenden Mercedes mindestens acht bis zehn, die zum Teil übel zusammengeschlagen werden.

Etwa in der Mitte der Gerberstraße flüchtet ein Trupp durch einen Hofeingang zum Freibad, läuft (in voller Montur) da durch, wieder zurück zur Gerberstraße und entkommt unbehelligt. Kurze Zeit später nehmen abermals Flüchtende diesen Weg, verstecken sich zum Teil in den Kabinen, werden aber verfolgt und dort zusammengeschlagen und festgenommen. Ein anderer Teil rennt zurück zur Gerberstraße, flieht weiter über mindestens ein Dach, durch Hinterhöfe zum Südwall und wird dann dort direkt von der Polizei in Empfang genommen und verhaftet. Bei dieser Flucht verletzt sich mindestens einer beim Sprung vom Dach an der Hand. Die Zahl der Festnahmen in diesem Zusammenhang ist unbekannt.

Der Rest der Demonstration flieht die Gerberstraße runter in Richtung Lewerentzstraße. Die meisten biegen vom Südwall aus gesehen links in die Lewerentzstraße ein. Einige laufen geradeaus die Gerberstraße weiter.



An der Ecke Lewerentzstraße/Gladbacher Straße teilt sich der Rest erneut. Ein großer Teil läuft rechts die Gladbacher runter und erst als die Polizei anfängt, rechts abzusperren, läuft der Rest links hoch in Richtung Fußgängerzone.

Ab diesem Zeitpunkt bleiben die Reste der Demonstration unbehelligt. Was dann im weiteren Verlauf des Tages in der Stadt noch passiert ist, läßt sich nicht detailliert darstellen.

Die Bilanz der Polizeieinsätze:
134 Festnahmen, davon sitzen immer noch fünf Menschen im Gefängnis, ein Haftbefehl ist ausgesetzt, und ein Jugendlicher ist wieder ins Heim gekommen.



Ermittlungsausschuß Hamburg



Zu den Bildern auf diesen Seiten: Ein Demo-Sani versorgt einen Verletzten. Ein SEK-Beamter tritt hinzu und präsentiert dem Verletzten ein „Beweisstück“. Der Sani wird ebenfalls niedergeschlagen und festgenommen. Der Verletzte wird von einer weiteren Demo-Sanitäterin weiterversorgt.

Großkundgebung oder Störaktion?

Auseinandersetzung im Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen

Die ganze Sache hat damit angefangen, daß im März/April 1983 im Lokalteil der „Westdeutschen Zeitung“ stand, daß Bush angesichts des Krefeld Besuchs eine andere Art von Krefelder Appell initiieren wolle. Das war der Anlaß für den Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen, was zu tun. Während eine Minderheit (BINKA, gewaltfreie Friedensinitiative, Teile der Grünen und von der DFG/VK) im Koordinationsausschuß (sprich: Demoleitung) möglichst viele Aktionen in der Stadt machen wollte, trat eine Mehrheit (DKP, Christen, SPD, Jusos und Grüne) für das altbewährte Muster Großkundgebung und Demo ein. Entscheidend war dann, daß zu dieser Mehrheit die ganze Organisationsmaschinerie des „Krefelder Appells“ hinzutrat (z.B. mit einem Flugblatt: „Nach Krefeld kommen, Unterschriften sammeln“). Wichtig ist auch noch, daß ich im Koordinationsausschuß der einzige war, der für direktere Aktionen in der Stadt eintrat, während die anderen Ko-Ausschuß-Mitglieder alle dem bewährten Konzept der Großdemo plus Kundgebung anhingen. Den ersten Knatsch gab es dann, als wir unseren Aufruf zu phantasievollen Aktionen vorlegten. Darin hieß es bezüglich der Feiern zum 300sten Jahrestag: „Wir glauben, daß wir wie viele Leute Lust haben, mit phantasievollen Beiträgen am Ort über die Hintergründe dieser Feierlichkeiten aufzuklären und den festlichen Rahmen zu beleben. Zu den Themenbereichen

- Indianer
- Lateinamerika
- american way of life
- Pershing

Störaktion am Seidenweberhaus

- Rassendiskriminierung
 - Multis und Hunger
- fällt euch bestimmt viel ein. Denkbar wäre
- Moritatengesang
 - Sketsche/Theater/Musik
 - Lärminstrumente usw.

Aktionen dieser Art sind überall in der Innenstadt möglich. Als gemeinsame Aktion auf dem Theaterplatz während der Bush-Rede stellen wir uns vor: wenn Bush anfängt zu reden, fallen wir alle um oder machen einen Höllenlärm."

Nun störte sich die Ko-Mehrheit an den „Lärminstrumenten“ und der Aussage „Wir machen einen Höllenlärm“, das mußten wir durch „akustische Signale“ ersetzen. Insgesamt hatte ich immer den Eindruck, daß man uns die Spielchen in der Innenstadt lassen wollte, während die eigentlich große Sache als Demo und Kundgebung laufen sollte. Erst ganz spät, ca. eine Woche vor der Demo, nahm die Mehrheit des Arbeitskreises die unangemeldete Demo der Anti-Impis wahr, als nämlich eine Taz-Frau aus Bochum beim Plenum war und anschließend darüber einen Artikel geschrieben hat. Zwei Menschen des Ko-Ausschusses (ein Christ und ein DKPler) fuhren darauf nach Düsseldorf, um die Anti-Impis von ihrer Demo abzuhalten, natürlich ohne Erfolg. Im Ko-Ausschuß wurde anschließend gegen meinen Widerstand ernsthaft überlegt, wir man Hilfe von der Polizei erhalten könne, um einen Zusammenstoß von „friedlichen“ und „unfriedlichen Demonstranten“ zu verhindern!

Man beschränkte sich dann jedoch darauf, einen Lautsprecherwagen vor dem Bahnhof aufzustellen. Nach der Demo hatte der Obermensch des AK Friedenswochen,



Aufruf des Arbeitskreises Krefelder Friedenswochen

Gemeinsam mit dem besseren Amerika — Nein zu neuen US-Atomraketen in unserem Land



Die Stadt Krefeld erwartet am 25. Juni einen hohen Besucher: den Vizepräsidenten der USA, George Bush. Genau auf den Tag vor 300 Jahren verließen 13 Krefelder Familien ihre Heimat und gingen nach Amerika. Zurück ließen sie die Engstirnigkeit gegenüber religiös Andersgläubigen. Sie errichteten am Delaware-Fluß die erste deutsche Siedlung und machten ~ so heißt es - ihr Glück.

Mit der Einwanderung aus Europa begann aber auch die brutale Unterdrückung und Ausrottung der nordamerikanischen Indianer, die bis heute andauert.

Der Besucher aus den USA präsentiert nicht jenes Arbeit, Toleranz und Demokratie versprechende Amerika, das vor 300 Jahren Europäer in die Neue Welt aufbrechen ließ. Für George Bush ist auch im Zeitalter nuklearer Massenvernichtungsmittel der Krieg ein legitimes Mittel der Politik. Er äußerte klare Vorstellungen über die Führbarkeit eines Atomkrieges. Selbst ein Sieg im Atomkrieg erscheint ihm möglich, falls man militärisches Oberkommando, Industrie und eine gewisse Prozentzahl von Bürgern schützt.

Allein der Besuch von Georg Bush ist eine Provokation, gilt er doch einem Land, das von seiner Regierung als nukleares Schlachtfeld verplant ist. Mehr noch: Bush will sich bei seinem Besuch politisch äußern. Dabei will er sich gegen jene Friedensinitiative wenden, die von Krefeld ausging und den Namen unserer Stadt weiterhin zum Symbol der politischen Vernunft und Zuversicht werden ließ, den Krefelder Appell. Dieser Appell, inzwischen von vier Millionen Deutschen

**Demonstration und Kundgebung finden statt in Zusammenarbeit mit der KREFELDER INITIATIVE
„Der Atomtod bedroht uns alle - Keine Atomraketen in Europa“**

Heinz Fuhrmann (Christ), nichts Besseres zu tun, als sich bei der Polizei zu bedanken, während wir uns von der BINKA erst mal um die Verletzten gekümmert haben, die noch im Krankenhaus lagen.

Der Gipfel war dann, als von Herrn Fuhrmann in der Nachbesprechung der Ereignisse, in der ich u.a. meine Bedenken gegenüber der Rolle des Krefelder Appells im Ko-Ausschuß vortrug, hervorgehoben wurde, daß möglicherweise die Aktionen des Arbeitskreises Phantasievolle Aktionen in der Stadt (siehe gesonderten Bericht) die Antiimperialistischen Gruppen eingeladen habe. Bei der Nachbesprechung im Plenum ging es dann heiß her, weil sich doch sehr viele gegen die Distanzierungen, die wiederum von den Oberhäuptlingen des Ko-Ausschusses an die Presse gegeben worden waren (siehe Kasten), aus-

unterzeichnet, verlangt von der Bundesregierung, Ihre Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper zurückzuziehen.

Wir unterstützen diesen Appell und befinden uns damit an der Seite des amerikanischen Volkes, das ebenfalls mehrheitlich einen Stopp der nuklearen Aufrüstung fordert.

Unsere Freundschaft mit dem amerikanischen Volk läßt uns entschieden jene US-Wahnsinnspolitik zurückweisen, für die der Name Georg Bush steht.

Wir wollen an diesem Tag ein großes Fest des Friedens feiern, mit Demonstration, Großkundgebung und vielfältigen phantasievollen Aktionen.

Gemeinsam mit dem besseren Amerika treten wir ein U für Toleranz gegenüber religiös Andersgläubigen und politisch Andersdenkenden

• für die Rechte unserer ausländischen Mitbürger

U für Frieden und Freundschaft unter den Völkern

U für den Krefelder Appell, der die Bundesregierung auffordert, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern zurückzuziehen.

Dazu laden wir die Krefelder Bevölkerung und die Friedensbewegung herzlich ein.

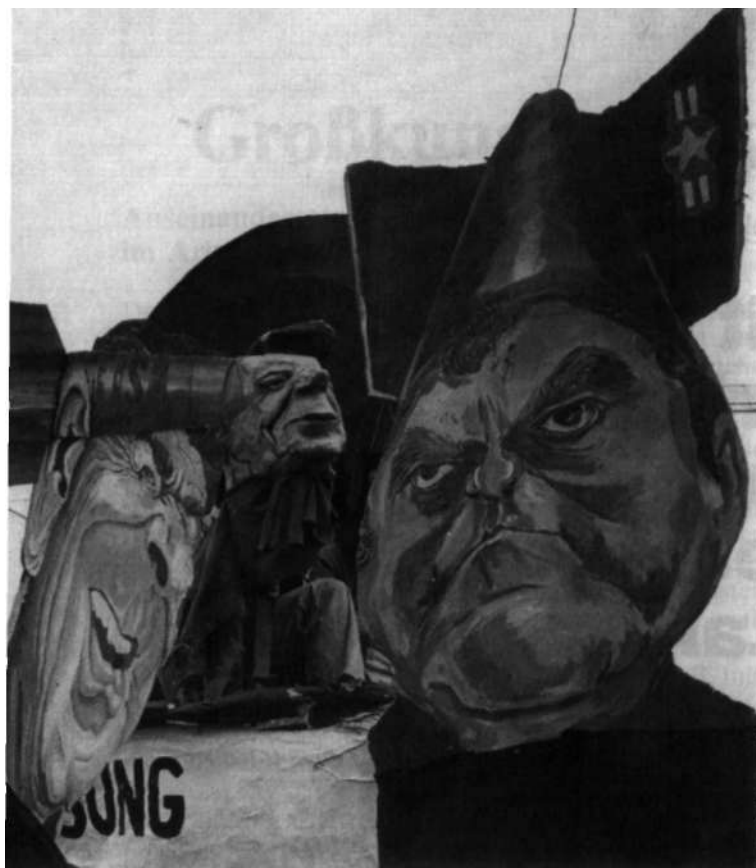
sprachen. Zu Beschlüssen über diese Distanzierungen kam es aber nicht.

Festzuhalten bleibt:

1) Dem ungeheuren Einfluß und der Macht des Krefelder Appells konnten wir nichts entgegensetzen.

2) Viele Anhänger der Aktionen in der Stadt hatten keinen Bock, sich mit dem etablierten Friedensspektrum (sprich DKP und andere) herumzuärgern, so daß es zu einer Quasi-Arbeitsteilung: einmal Demo und Kundgebung, auf der anderen Seite phantasievolle Aktionen, kam.

**J.B., BINKA
(Bürgerinitiative Niederrhein/Krefeld
gegen Atomkraft für Umweltschutz)**



Bush mit dem Krefelder Appell beeindruckten

Gunnar Matthiessen vom Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) schreibt in einem Rundbrief am 7.6.83, also vor dem Bush-Besuch, worauf es ankommt: „Durch eine eindrucksvolle und politisch wirksame Manifestation müssen wir als Friedensbewegung auch gegenüber der amerikanischen Öffentlichkeit deutlich machen, daß unser Widerstand nicht nachgelassen hat, sondern breiter und entschiedener geworden ist.“

Zehntausende Teilnehmer am ‚deutsch-amerikanischen Friedensfest‘ am 25. Juni in Krefeld (Sprödenalplatz, 14 Uhr) müssen Vizepräsident Bush den Eindruck und die Erkenntnis mit nach Hause in die USA geben, daß der Krefelder Appell in der Friedensbewegung politisch stärker lebt denn je und daß infolge der anwachsenden Friedensbewegung die NA TO-Regierungen noch besorgter in ihre Stationierungszukunft schauen müssen als bisher.“

Phantasievolle Aktionen in der Krefelder Innenstadt

Umstritten waren sie von Anfang an, die „phantasievollen Aktionen“ in der Krefelder Innenstadt. Während die einen am liebsten ein noch größeres deutsch-amerikanisches Friedensfest als die offizielle Jubelfeier auf dem Sprödenalplatz feiern wollten und ihre Kooperation mit der Polizei durch die Planung von Aktionen in der Innenstadt gefährdet sahen, reichten den antiimperialistischen Gruppen „Gegenkulturveranstaltungen“ in der Stadt angesichts des Besuchs von Kriegstreiber Bush nicht aus.

Trotz dieser Schwierigkeiten hielt der Arbeitskreis „Phantasievolle Aktionen“ an seinem Konzept fest, durch Straßentheater, Musik und andere Aktionen den Krefelder Bürger über die Hintergründe der Auswanderung angeblich Krefelder Familien nach Amerika vor 300 Jahren zu informieren. Gleichzeitig wollte man auch auf die Zusammenhänge mit der geplanten „Nach“-rüstung mit Erstschlagswaffen im Herbst aufmerksam machen. Grundüberlegung dieser Konzeption war es demnach, dem Krefelder Bürger die Auseinandersetzung mit den politischen und historischen Hintergründen dieser 300-Jahr-Feier nicht zu ersparen.

Schon am Vortage der Jubelfeier zog deshalb ein größerer Zug durch Krefelds Innenstadt, der durch Pappatruppen auf die Zusammenhänge der Jubelfeier mit der geplanten Stationierung neuer Atomwaffen hinwies. „Ein amerikanisches Ehepaar“ besuchte, ein Amerikafähnchen in der Hand schwenkend, zum letzten Male das von einem begrenzten Nuklearkrieg bedrohte Europa und war entzückt von den Konsummöglichkeiten dieses untergehenden Kontinentes. Ein Stoff wurm, der sich durch die Stadt schlängelte, forderte gleichzeitig unmißverständlich: Bush blieb tohus.

Am 25.6., dem eigentlichen Jubeltag, war die Stadt schon morgens mit sieben, an großen Ballons schweben-

den Transparenten geschmückt, auf denen Herr Bush noch einmal aufgefordert wurde, zu Hause zu bleiben. Daß er dieser Aufforderung nicht nachgekommen war, wurde spätestens dann deutlich, als die um zahlreiche Sympathisanten verstärkte Arbeitsgruppe am streng gesicherten Seidenweberhaus sich genauen Taschenkontrollen unterziehen mußte und es nur mühsam gelang, kleinere Transparente durch diese Sicherheitskontrollen durchzubekommen. Entgegen allen Erwartungen wurde aber dann der Festakt im hermetisch abgeriegelten Seidenweberhaus nicht fürs Volk per Fernsehen auf den Platz übertragen, trotzdem wurden die geplanten Aktionen — „die in“, Hochhalten von Transparenten, Pfliffe beim Auftritt einer Band der US-air-force — wie geplant ohne Störung durch die Polizei durchgeführt. Beim Verlassen des Seidenweberplatzes kam es allerdings dann doch zu Polizeiübergriffen. Polizeibeamte starteten richtige Verfolgungsjagden gegen einige Demonstranten, die gerade den Seidenweberplatz verlassen wollten.

Insgesamt blieb die Presseresonanz auf die „phantasievollen Aktionen“ angesichts der militanten Auseinandersetzungen in der Innenstadt und des Friedensfestes auf dem Sprödenalplatz äußerst gering. Hervorzuheben bleibt jedoch abschließend, daß die Aktionen am Seidenweberhaus vom Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen getragen wurde, auch wenn diese Tatsache von manchen „Friedensfreunden“ gerne ignoriert würde und man sich vorschnell von alten Aktionen in der Innenstadt distanziert.

Jonny Bönders
**(Bürgerinitiative Niederrhein/
 Krefeld gegen Atomkraftwerke
 und Atomraketen, kurz: BINKA)**



Der Bush-Besuch — wie wir ihn sehen

Eigentlich waren wir von Anfang gegen eine Großdemo, auch wollten wir uns nicht von der Polizei aufreiben lassen. Dementsprechend haben wir auch schon frühzeitig (d.h. vor Beschließung einer Großdemo) zu den sog. phantasievollen Aktionen am 25.6. in der Innenstadt aufgerufen. Wir wollten da sein, wo auch der Bush ist, um mit vielfältigen Aktionsformen zu den Themen Lateinamerika, Nato, Nachrüstung, American Way of life, Hiroshima, Vietnam usw. zu zeigen, was wir von alledem halten. Das sollte vor Beginn der Jubelfeier im Seidenweberhaus passieren. Ab 11 Uhr hatten wir vor, auf den Theaterplatz zu kommen, in kleinen Gruppen, mit versteckten Transparenten und Lärminstrumenten, um das Jubelfest zu stören.

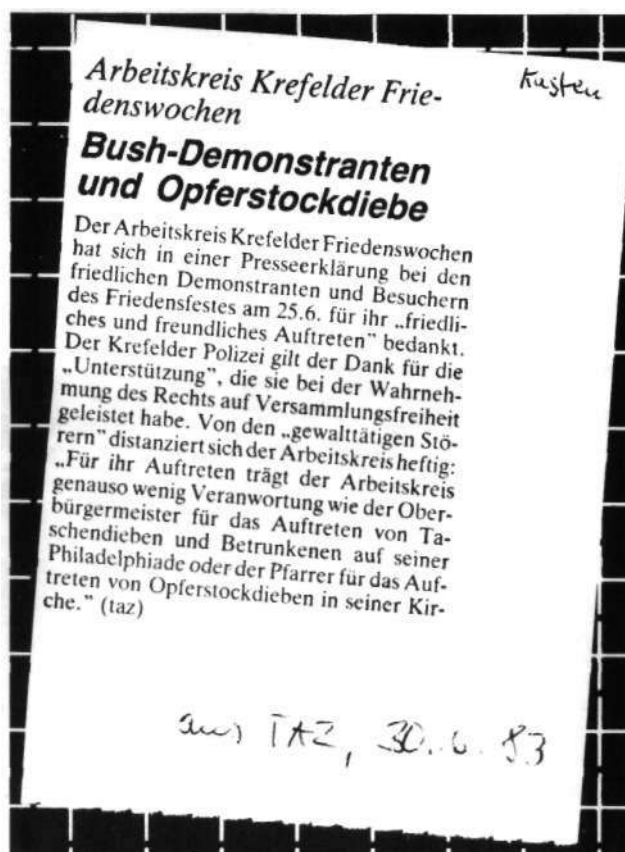
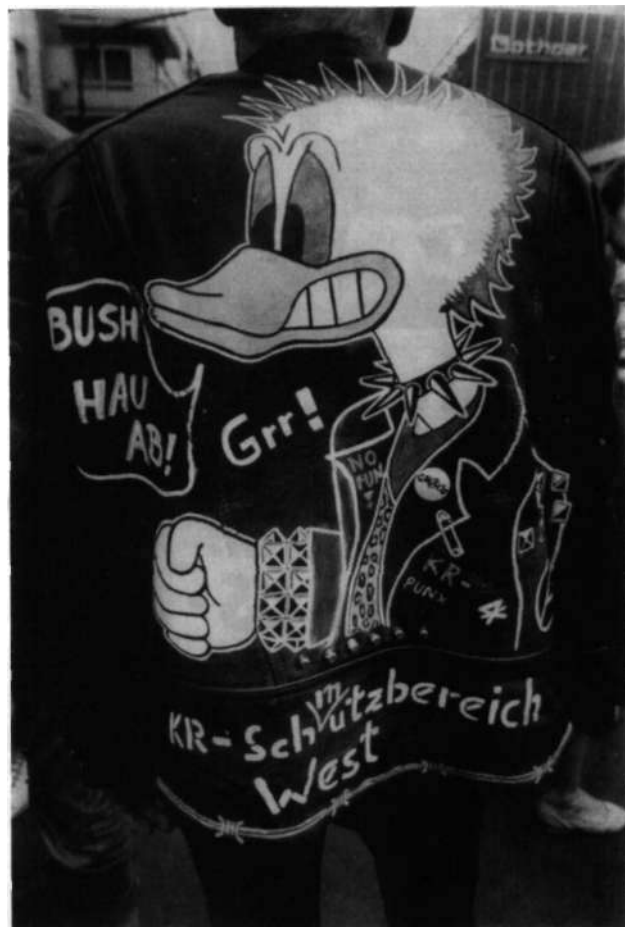
Doch dann sind wir in der Folgezeit zwischen zwei Demos geraten. Einerseits die Demo mit Festcharakter und andererseits die Autonomedemo in Street-Fighting-Manner. Die Resonanz auf unseren Aufruf blieb dann auch gering, obwohl in Krefeld daraufhin eine größere Gruppe unter dem Namen „Phantasievolle Aktionen“ entstand, die auch heute noch weiter macht. Dieser Kreis hat schon vorher, d.h. einen Monat lang fast täglich Veranstaltungen zu den erwähnten Themen und in den Tagen vor dem 25.6. verschiedene Aktionen in der Innenstadt gemacht. Die Gruppe „Phantasievolle Aktionen“ versteht sich als Gegengewicht im Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen, nicht nur was den Bush-Besuch, sondern auch was die Vorbereitungen auf den Herbst betrifft.

Wir gehören nicht zu den Distanzierern — weder von der einen noch von der anderen Demo. Zu dem Ablauf in der Innenstadt meinen wir, daß es ein Erfolg war. Das „Volksfest“ auf dem Theaterplatz mit geplanter Bush-Einlage fiel ins Wasser oder besser durch unübersehbare Polizei-Präsenz und unser lautstarkes Erscheinen mit Transparenten und Trillerpfeifen peinlich für die Veranstalter. Die Folge war, daß die Bush-Rede nicht wie geplant, nach draußen übertragen wurde. Vor dem Seidenweberhaus waren wir etwa 300 Leute. Als es dann nichts mehr zu übertönen gab, wollten wir mit einer kleinen Demo durch die Innenstadt zur Hansawache für die Freilassung der vielen Verhafteten demonstrieren (und nicht die Hansawache stürmen, wie später in der Presse stand). Doch nach einem kleinen Schlenker hinter dem Theater wurden wir dann an der Ecke Ostwall-Rheinstr. oft auseinander getrieben. Zusammen mit einem Teil der Autonomen lungerten wir vor der Sperre rum, bis wir dann in kleinen Gruppen, die bald eine kleine Demo bildeten, weiter zur Hansawache gingen. (Von da an gab es auch kein einheitliches Bild, alles war versprengt, ein paar Autonome, ein paar phantasievolle Aktionisten und sonst wer.) Später, als wir schon an der Hansawache waren, haben wir erfahren, daß so 1.500 Leute zum Südwall gegangen sind. Und dann kam zuerst der Carstens und dann Bush halsbrecherisch an uns vorbei. Es ist schon ein gutes Gefühl, daß man nicht nur ohnmächtig gegen Mauern und Absperrgitter anlaufen kann, sondern auch diesen Typen peinlich Angst machen kann.

Und zu dem Friedens-Fest auf dem Sprödenalplatz bleibt nur zu sagen, daß die meisten von uns nach den Eindrücken von der Innenstadt mehr eine Frieden-Frust-Stimmung hatten und da wieder abgehauen sind. Vor allem nach den üblen Distanzierungen von Bastian und

Jun^sk

Die BINKA-Krefeld



Reaktion auf Krefeld

Die Ergebnisse in Krefeld haben zu einer kontroversen Diskussion in der Bonner Runde, einem Gremium, in dem 26 Organisationen der Friedensbewegung die Herbstaktivitäten koordinieren, geführt. Diskussionsvorlage für die Sitzung am 27.6. war ein Papier von Ulrich Frey (Arbeitsgemeinschaft Dienst für den Frieden, ADGF). Dieser Text wurde mit inhaltlichen Abschwächungen und Ergänzungen mehrheitlich als Erklärung zu den Ereignissen verabschiedet. Fünf Gruppenvertreter, die sich nicht distanzieren wollten, haben ein Gegenpapier vorgelegt. Alle drei Texte dokumentieren wir im folgenden im Wortlaut.

Entwurf für eine Erklärung der Friedensbewegung zu den Krefelder Krawallen

vorgelegt von Ulrich Frey (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, ADGF)
am 27.6. für die „Frühstücksrunde“

Gruppen der Friedensbewegung der Bundesrepublik erklären aus Anlaß der Krefelder Ausschreitungen von „Autonomen“ und „Anti-Imperialisten“ beim Besuch des US-Vizepräsidenten in Krefeld am 25.6.1983:

1. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist und bleibt gewaltfrei. Gewalt zerstört in einer demokratischen Gesellschaft das Vertrauen, das erforderlich ist, um in Lebensfragen der Nation zwischen den Anhängern verschiedener Gruppen eine offene und verbindliche Auseinandersetzung zu führen. Wer Gewalt anwendet, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung.
2. Die Krefelder Veranstaltungen der Friedensbewegung (Demonstration und Friedensfest) sind absolut gewaltfrei verlaufen. Das wurde den Veranstaltern vom Krefelder Polizeipräsidenten bestätigt. Die Ausschreitungen der „Autonomen“ und „Anti-Imperialisten“ konnten von den Veranstaltern der Friedensbewegung nicht verhindert werden, trotz mehrfacher und verschiedenartiger Versuche der Einflußnahme seitens der Krefelder Friedensgruppen.
3. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik tritt ebenso wie die amerikanische Friedensbewegung für eine andere Friedenspolitik ein, als die, die gegenwärtig in dem Konzept der Abschreckung und der evtl. bevorstehenden Stationierung von Pershing II und Cruise Missile zum Ausdruck kommt. Die Friedensbewegung will diese Stationierung mit politischen
4. Mitteln verhindern. Sie lehnt eine Personalisierung der politischen Probleme, wie z.B. durch verbale oder tätliche Angriffe auf einzelne Repräsentanten dieser Politik ab.
5. Die Friedensbewegung legt außerordentlich großen Wert darauf, daß die Polizei nicht in Auseinandersetzungen um politische Fragen hineingezogen wird, für die sie nicht verantwortlich ist. Die Polizei ist deshalb kein Gegner der Friedensbewegung.
6. Die Friedensbewegung fordert die für die Polizei verantwortlichen Minister der Länder und des Bundes auf, bei der Vorbereitung auf die für den Herbst 1983 geplanten Versammlungen,
— den Kontakt mit den veranstaltenden Gruppen zu suchen, um die Basis für mehr Vertrauen herzustellen. Die Gruppen der Friedensbewegung sind zu solchen Gesprächen bereit.
— Konzepte möglichst gewaltfreier Konfliktlösung durchzuhalten. Diese Konzepte haben in kritischen Situationen sowohl polizeiliches Handeln als auch eine De-Eskalation ermöglicht. Dieses Konzept hat sich bei den bisher größten Demonstrationen seit Bestehen der Bundesrepublik in Bonn bewährt.
7. Die Friedensbewegung lehnt eine Verschärfung des Demonstrationsrechts ab.

**Ulrich Frey,
vorgelegt in der Bonner Runde**

Bonner Runde: Die Mehrheit ...

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF)
Anstiftung der Frauen für den Frieden
Bundeskongreß Entwicklungspolitischer
Aktionsgruppen (BUKO)
Bundesverband
Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU)
Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte
Kriegsdienstgegner (DFG/VK)
Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS)

Bonn, den 28. Juni 1983

Die Friedensbewegung erklärt nach der Sitzung des Koordinierungsausschusses für die Herbstaktionen in Bonn:

- 1. Die Friedensbewegung ist und bleibt gewaltfrei**
- 2. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung vor einer Kampagne der Verleumdung und Diffamierung**

Die Erklärung von Bundeskanzler Kohl in Krefeld, daß nur noch „Ein Wunder in Genf“ die Stationierung neuer Atomwaffen verhindern könne, zeigt nach Ansicht der Friedensbewegung die Entschlossenheit der NATO und der Bundesregierung, „auf alle Fälle“ Ende dieses Jahres Pershing II und Cruise Missiles in Europa zu stationieren. Der Bundesregierung muß klar sein, daß die Mehrheit der Bundesbürger/innen neue Atomwaffen ablehnt und eine Politik der atomaren Aufrüstung mit den größten und vielfältigsten Widerstandsaktionen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beantwortet wird.

1. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung eindringlich vor einer Kampagne der Verleumdung und Diffamierung im Vorfeld der Herbstaktionen gegen die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Die Erklärungen der Bundesminister Geißler und Wörner, der Pazifismus würde die Kriegsgefahr vergrößern, sind nach Ansicht der Friedensbewegung keine Ausrutscher, sondern der sorgfältig vorbereitete Startschuß einer Serie von Angriffen auf die Friedensbewegung. Es ist uns bekannt, daß die Bundesregierung für die Sommermonate eine Multi-Media-Kampagne gegen die Friedensbewegung starten will. Mit Geschichtsfälschungen und Lügenkampagnen versucht die Bundesregierung offensichtlich, von der Diskussion über die wachsende atomare Bedrohung

und der Angst vieler Bürger vor einem Atomkrieg abzulenken.

2. Die Friedensbewegung warnt die Bundesregierung davor, die Auseinandersetzungen kleiner Gruppen mit der Polizei am Rande des Krefelder Bush-Besuchs und der friedlichen Großdemonstration Krefelder Friedensinitiativen **zu einer durchsichtigen Hetzkampagne auszunutzen, um ein Klima der Hysterie und Gewalt für den Herbst '83 herbeizureden.**

Die Friedensbewegung erklärt klar und deutlich, daß ihre Aktionen nur mit gewaltfreien Mitteln durchgeführt werden. Wer Gewalt anwendet, stellt sich außerhalb der Friedensbewegung und schadet ihren Zielsetzungen.

Auch die Veranstaltung der Friedensbewegung in Krefeld ist absolut gewaltfrei verlaufen. Dies bestätigen die Berichte des Krefelder Polizeipräsidenten und des nordrheinwestfälischen Innenministers Schnoor. Die Polizei ist nicht der Gegner der Friedensbewegung. Die Friedensbewegung legt außerordentlich großen Wert darauf, daß Fehlentscheidungen der Politiker nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden. Die Angriffe aus CDU-Kreisen auf den nordrheinwestfälischen Innenminister Schnoor verfolgen das durchsichtige Ziel, den von der Bundesregierung gewünschten Konfrontationskurs gegen die Friedensbewegung in allen Bundesländern einheitlich durchzusetzen.

Die Verschärfung des Demonstrationsrechts und der Einsatz neuartiger Polizeiwaffen (z.B. CS-Gas, Gummigeschosse) können jedoch die fehlende moralische und politische Glaubwürdigkeit einer Politik der atomaren Aufrüstung nicht wiederherstellen. Die Friedensbewegung erneuert ihre Aufforderung an die Bundes- und Landesregierungen für die im Herbst geplanten Widerstandsaktionen auch ihrerseits Konzepte gewaltfreier Konfliktlösungen auszuarbeiten und durchzuhalten. **Die Friedensbewegung wirft insbesondere den für die Stationierung vorgesehenen Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg vor, für den Herbst '83 polizeistaatliche Vorkehrungen zu treffen, um den Bürgerprotest gegen neue Atomwaffen zu ersticken.**

Um falsche Frontstellungen zu vermeiden, wird die Friedensbewegung Gespräche mit der Polizei und Angehörigen der Bundeswehr über die geplanten Widerstandsaktionen suchen.

Koordinierungsausschuß für die Herbstaktionen
Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/67 82 31/32

... und die Minderheit

Am 28.6. wurde der Presse eine Erklärung im Namen des Koordinationsausschusses für die Herbstaktionen der Friedensbewegung übergeben, zu der wir als Mitarbeiter von im KA vertretenen Organisationen folgendes erklären:

Unbeschadet der Tatsache, daß wir die Hauptaussage der Erklärung des KA vom 28.6. teilen, halten wir es für notwendig, eine Klarstellung einiger Punkte auch öffentlich vorzunehmen:

Selbstverständlich tragen wir den von der Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 16./17.4. in Köln beschlossenen Aufruf „Es ist an der Zeit: Sagt Nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!“ In diesem Aufruf haben wir gesagt, daß unsere Aktionen im Herbst gewaltfrei sein werden. Das heißt, daß wir die Verletzung von Personen ausschließen; gleiches gilt für die Beschädigung oder Zerstörung von Sachen, soweit sie nicht militärischen Zwecken dienen (die Zerstörung eines Raketensprengkopfes durch die Brüder Barrigan in den USA war nach unserem Verständnis eine gewaltfreie Aktion) oder die Durchführung einer gewaltfreien Aktion unmittelbar verhindern.

Insofern haben wir eine andere Vorstellung über die Aktionsformen der Friedensbewegung im Stationierungsjahr 83 als die Menschen, die am 25.6. in Krefeld u.a. die Wagenkolonne des US-Vizepräsidenten Bush mit Steinen, Farbbeuteln u.a. angegriffen haben. Wir haben diese Differenz in der Vergangenheit deutlich benannt und werden das auch weiterhin tun.

Aber wir halten die Hysterie seitens der Stationierungsbefürworter um die Krefelder Vorgänge für heuchlerisch. Die Diskussion über die „Gewalt“ seitens der Friedensbewegung ist für sie lediglich ein Vorwand, um von der tatsächlichen Gewalt abzulenken. (Insoweit ist auch eine Beteiligung von Provokateuren an den Vorfällen in Krefeld nicht auszuschließen). Tagtäglich wird von den Herrschenden Gewalt ausgeübt in Form von Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, in Form von Hunger, Folter, Mord und offener Kriege und Interventionen in der 3. Welt, in Form von Vergewaltigung und Un-

terdrückung von Frauen, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Auch für George Bush ist der Krieg ein legitimes Mittel der Politik. Selbst ein Sieg im Atomkrieg scheint ihm möglich, falls man militärisches Oberkommando, Industrie und eine gewisse Prozentzahl von Bürgern schützt. Angesichts dieser Gewalt verblässen Steine, Farbbeutel und Holzknüppel. Gegenüber den Kriminalisierungsversuchen der Herrschenden bedürfen auch diejenigen unserer Solidarität, mit deren Aktionsvorstellungen wir im Einzelfall nicht übereinstimmen.

Wir sprechen jedermann das Recht ab, zu definieren, wer oder was in diesem Land die Friedensbewegung ist. Auch der Koordinationsausschuß für die Herbstaktionen kann nur für die dort vertretenen Organisationen, nicht aber für die Friedensbewegung sprechen. Dies entspricht klaren Absprachen, die die Mehrheit des KA mit ihrer Erklärung vom 28.6. gebrochen hat.

Arbeitsgrundlage des KA ist der o.g. Aufruf, der die Basis der Zusammenarbeit bis zum Herbst 83 darstellt. Eine Festlegung über den Herbst 83 hinaus oder für Einzelaktionen einer oder mehrerer Organisationen in eigener Verantwortung ist damit nicht erfolgt. Wer diesen Aufruf nicht als Grundlage akzeptiert, hat sicher ein anderes Verständnis von den Aufgaben und Bündnismöglichkeiten der Friedensbewegung als wir und der gesamte KA. Aber es steht niemandem an, ihn deshalb aus der Friedensbewegung hinauszudefinieren.

Rolf Bräuer (Bundeskongreß developmentpolitischer Aktionsgruppen); Hajo Karbach (Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen); Ulli Knapp (Informationsstelle El Salvador); Manfred Kühle (Hamburger Friedenskoordination); Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz); Barabar Luca (Informationsbüro Nicaragua); Werner Ratz (Mittelamerikakomitee Bonn); Dietrich Schulze-Marmeling (Bundeskongress Autonomer Friedensinitiativen); Sabine Stamer (Hamburger Friedenskoordination)

Die Angaben der Organisationen dienen lediglich der Information.

Unmut über Distanzierung aus: taz, 13.7.83

**An die
Bundestagsfraktion
der GRÜNEN**

Liebe Freunde

das Verhalten zweier Mitglieder Eurer Fraktion, Petra Kelly und Gerd Bastian, anlässlich des Besuches von US-Vizepräsident Bush in Krefeld am 25.6. 1983, hat bei uns einigen Unmut hervorgerufen, den wir nicht für uns behalten wollen.

Wir können weder verstehen noch akzeptieren, daß Petra Kelly es für sinnvoll erachtet hat, als Vertreterin der Grünen an dem offiziellen Festakt im Seidenweberhaus und dem anschließenden Essen teilzunehmen. Was haben wir gemein mit den Herren Kohl, Carstens, Bush und all den anderen Vertretern aus Wirtschaft und Politik, die dort „würdevoll“, in dunkles Tuch gehüllt, mit Flaggen und Nationalhymnen

ihrer unwürdigen, menschenverachtenden „Ideengemeinschaft“ der Stationierung neuer Mittelstreckenraketen, des Wirtschaftsliberalismus, der Ausbeutung

der „Dritten Welt“, der Zerstörung unserer Umwelt, huldigen?

Wir meinen, absolut gar nichts- und dieser Tatsache sollten auch Vertreter der Grünen-Bundestagsfraktion dadurch Ausdruck verleihen, daß sie sich von solchen schmierigen Freundschaftsbekundungen fernhalten.

Wir sind absolut nicht einverstanden mit der Distanzierung, die Gerd Bastian auf der Abschlußkundgebung des Krefelder deutsch-amerikanischen Friedensfestes vorgenommen hat gegen diejenigen, die ihren Protest gegen die amerikanische Kriegspolitik auch durch Farbbeutel, Stinkbomben und vereinzelt Steine zum Ausdruck gebracht haben.

Auch wer die in Krefeld praktizierten Formen des Widerstandes nicht in allen Ausprägungen gutheißen kann, sollte sich in

seinem Verhalten auch gegenüber dem „militanteren“ Teil der Bewegung von der tJi'Hii'insamkiMtdcs/iclts leiten lassen. Aus diesem Grund gilt unsere Solidarität auch all denen, die in Krefeld verhaftet wurden und denen noch ein Gerichtsverfahren ins Haus steht. Wir kritisieren in diesem Zusammenhang auch, daß Sprecher der Grünen auf der Abschlußkundgebung auf die Veranstalter nicht dahingehend eingewirkt haben, daß Betroffenen Gelegenheit gegeben wurde, von den „Vorfällen“ am Bahnhof zu berichten.

Gerade auch angesichts der noch zu erwartenden schärferen Angriffe gegen die Friedensbewegung im Herbst erwarten wir von Euch eine ernsthafte Diskussion der von uns kritisierten Verhaltensweisen.

Mit freundlichen Grüßen,

Mitglieder der GAL-Hamburg-Altona

Grüne klar gegen Gewalt

DIE GRÜNEN erklären nachdrücklich, daß die in Krefeld geworfenen Steine kein geeignetes Mittel der politischen Auseinandersetzung sind. Sie bekräftigen ihre im Programm festgeschriebene Ablehnung von Gewalt. Ausdruck der Politik der GRÜNEN ist vielmehr die Friedenskette unbewaffneter Menschen um die Innenstadt von Krefeld.

DIE GRÜNEN bekräftigten allerdings das verfassungsmäßige Widerstandsrecht der Bürger zum Schutz des Lebens, zur Abwehr der Vernichtung aller Bürger durch weitere atomare Aufrüstung. Die Gewalt der Atomraketen ist viele tausend mal schlimmer und gefährlicher als Steine, Stinkbomben und Farbbeutel. Das verschweigen die heuchlerischen Politiker der Reagan-Regierung und Kohl, der in Moskau kein eigenes Wort zur Abrüstung sagen will, obwohl wir Deutschen doch die ersten Opfer eines Atomkrieges wären. Wenn Vize-Präsident Bush von „bezahlten Elementen“ spricht, so sollte bei den eigenen und fremden Geheimdiensten nachprüfen, wieviel Geld ausgegeben wurde, um die Friedensbewegung durch Provokateure in Mißkredit zu bringen. Die Friedensbewegung hat damit nichts zu tun.

Wilhelm Knabe

(Sprecher im Bundesvorstand)

27.6.1983

Pressemitteilung der Grünen

US Senat bestätigt ungewollt die Notwendigkeit der Krefelder Proteste. Der US Senat hat zwei folgenschwere Fehlentscheidungen getroffen. Mit knapper Mehrheit entschied er sich für die Produktion von Neutronenbomben und Nervengas, zwei neue Bausteine in der Pyramide des Schreckens.

Vizepräsident Bush selbst, der von der Regierung Kohl gefeierte Gast, hat mit seiner Stimme im Senat ein Patt verhindert und damit voll alle Bedenken der Friedensbewegung gegen seinen Besuch in Krefeld bestätigt.

Makaber wirkt in diesem Zusammenhang das Fehlen von Protesten von CDU/CSU und FDP Kreisen, die sich so empörend über Steinwürfe und Farbbeutel erregt hatten, aber gegen diese menschenvernichtenden Waffen nichts einzuwenden haben.

Die Grünen sind gegen jede Form von Gewalt, aber wir fordern eine der tatsächlichen Bedrohung angemessene Einstufung und Wertung. Wir wenden uns gegen die Verteufelung von Demonstranten bei gleichzeitiger Ehrerbietung vor den Strategen des Untergangs der Menschheit.

Wilhelm Knabe
Manon-Maren Griesebach
Rainer Trampert
Die 3 Sprecher des Bundesvorstandes der Grünen

15.7.83



G. Bastian, U. Ranke-Heinemann, J. Weber und J. Beuys



Gerberstraße



Erklärung des Sprecherrates der Grünen, Kreisverband Köln zur Krefelder Demonstration

Rudolf Bahro

Gehören die Streetfighter zur Friedensbewegung

Die gewaltfreien Demonstranten **sind** von den anderen distanziert, sodaß sie sich — nach meiner Meinung — das Ritual ersparen könnten, das die manipulierte Öffentlichkeit erwartet. Die herrschenden Zustände, die in der nuklearen Rüstung gipfeln, erzeugen eben ein konteraggressives Potential, und es ist objektiv unvermeidlich, daß es sich auch die Gelegenheit zum Ausbruch nimmt. Wenigstens wir müssen in der Lage bleiben, mit den „Autonomen“ zu reden, damit die Straßenkämpfe Randerscheinung bleiben.

Was immer sich die „Autonomen“ **denken**, kann nicht primär die Frucht der Reflexion sein, wenn es sich in Strategien äußert, die den Exterminismus noch trainieren.

Der Haß auf diese Weise militanter Minoritäten arbeitet aus der abhängigen Position mit der Tendenz zum totalitären Militär- und Polizeistaat zusammen. Die geliebten „direkten Störaktionen“ sind nur geeignet, den Drachen zu stärken.

Ich hoffe nach wie vor, die meisten „Autonomen“ werden noch begreifen, daß unsere Aufgabe darin besteht, in der Rüstungsfrage eine Mehrheitsentscheidung gegen die Machteliten zu erreichen, und daß daher alle unsere Schritte daraufhin bedacht sein wollen, wie wir die Leute nicht gegen uns, sondern gegen die exterministischen Apparate aufbringen können. Gehören die Streetfighter wirklich zur Friedensbewegung? Sie sehen der herrschenden selbstzerstörerischen Kultur verzweifelt ähnlich. Sie sind keine Alternative. Der Exterminismus kann nur durch eine Friedenskultur besiegt werden.

Rudolf Bahro

Gert Bastian am 25. Juni in Krefeld:

Aber eines muß auch gesagt werden: Alle diese Provokationen, wie berechtigten Zorn sie auch bei uns allen hervorgerufen, dürfen nicht dazu führen, daß unser Protest auf das Prinzip der Gewaltfreiheit verzichtet, denn nur in dem Prinzip der absoluten Gewaltfreiheit, in der Würde des gewaltfreien Protestes liegt die Chance auf den Erfolg, liegt die Chance dafür, immer mehr Bürger überzeugen und für uns gewinnen zu können und sich nicht durch eine vordergründige Propaganda der Gegenseite den Mantel des Rechtsbruchs umhängen lassen zu müssen. Und deshalb haben diejenigen, die heute früh in Krefeld von diesem Prinzip abgewichen sind — aus welchen Gründen immer, wir wissen es nicht; wir wissen zu wenig, um darüber urteilen zu können — aber auch wenn sie provoziert worden sind oder provozieren wollten: sie haben uns keinen Gefallen getan, sie haben mit uns nichts zu tun — Und ich sage es noch einmal:

Unser Protest, wenn er Erfolg haben soll — und das hoffen wir ja, das wünschen wir, und das glauben wir — muß von der Würde der Gewaltfreiheit begleitet sein. So wie die Protestbewegungen in den Vereinigten Staaten es waren, die die Rassendiskriminierung beiseite gefegt, die den Vietnamkrieg beendet haben — nur mit den Mitteln der Gewaltfreiheit ist das möglich gewesen.

Wir sind erschreckt über die leichtfertige Nachbereitung der Demonstrationen in Krefeld durch große Teile der Friedensbewegung, eingeschlossen Die Grünen. Massenhafte Distanzierung von der Demonstration der Autonomen (wie gleich in Krefeld durch Bastian) wird den aufgetretenen Problemen nicht gerecht.

Wir halten eine Abgrenzung grüner Friedenspolitik von direkter Gewalt gegen Personen anlässlich der Krefelder Demonstration für richtig. Aber gleichzeitig weisen wir daraufhin, daß die wirklichen Differenzen über die Aktionsformen der Friedensbewegung nicht zwischen sogenannten Gewaltfreien und sogenannten Gewalttätigen verlaufen. Die Hauptdifferenz besteht zwischen denen, die sich auf Friedensmärsche beschränken wollen und denen, die zusätzlich auf direkte gewaltfreie Aktionen drängen, damit die Nachrüstung wirklich verhindert werden kann. Die Absicht großer Teile der Autonomen Demonstration in Krefeld bestand genau darin, direkt am Ort der Provokation der deutschen und amerikanischen Militaristen gewaltfrei aufzutreten und zu stören. Davon distanzieren wir uns ausdrücklich nicht!

Über ihre voreilige Ausgrenzung der Teilnehmer der Autonomen Demonstration vergessen Teile der Friedensbewegung, daß das brutale Eingreifen der Polizei in Krefeld eine Generalprobe für die polizeilichen Gewaltmaßnahmen im Herbst waren und in erster Linie für die Schlägereien verantwortlich gewesen sind. In diese Richtung geht bekanntlich auch die geplante Verschärfung des Demonstrationsrechts.

In diesem Zusammenhang verhehlen wir auch nicht unsere Verwunderung über die Anwesenheit von Petra Kelly auf dem Jubelbankett der Militaristen und Friedensheuchler. Oder hatte sie eine unterstützende Aktion für die Friedensbewegung im Sinne!?

Wir sind also für eine inhaltliche Diskussion der Krefelder Aktionen und für eine Unterstützung aller Kräfte, die mit gewaltfreien direkten Aktionen die Nachrüstung und den Militarismus bekämpfen wollen. Von Provokationen der Polizei und der Medien dürfen wir uns nicht ins Bockshorn von nutzlosen Trauermärschen jagen lassen.

„Herrgott, mußten da Steine fliegen?“

Robert Jungk hatte sich auf der Kundgebung der „Krefelder Friedenswochen“ in sehr scharfer Form von den Teilnehmern der autonomen Demonstration distanziert, diese als nicht zur Friedensbewegung zugehörig bezeichnet und ihre Gewalt mit der der Militärs und Kriegspolitiker auf eine Stufe gestellt. Dazu haben wir ihm einige Fragen gestellt. Doku.Red.

Frage: Herr Jungk, Sie sind am Samstag mittag in Krefeld eingetroffen und dann direkt zur Kundgebung hingefahren. Was haben Sie von den zu dieser Zeit bereits stattgefundenen Ereignissen und Auseinandersetzungen am Südwall mitbekommen?

Robert Jungk: Es hat mir einer der Veranstalter, während der Bastian sprach, davon erzählt und mich um eine Stellungnahme dazu gebeten. Da ich seit langem weiß, daß von Seiten der Bundesregierung geplant wird zu provozieren, hab ich verstanden, worum es da geht. Ich hab nachher mit einigen derjenigen, die an der Demonstration teilgenommen haben, gesprochen. Eine junge Frau, die am Wall war, hat mir gesagt, wir haben nicht provoziert, wir sind geschlagen worden, und man hat uns brutal behandelt, Sie müßten richtigstellen, daß viele von uns gar nicht die Absicht hatten, Gewalt auszuüben. Daraufhin bin ich zu einem der Veranstalter gegangen und habe gesagt, ich möchte gern noch einmal sprechen. Das ging nicht, aber er hat mich dann zusammengeführt mit einer Gruppe von Autonomen, mit denen ich ziemlich lange gesprochen habe. Nach diesem Gespräch sind mir noch zwei Leute nachgekommen, und die haben mir gesagt, wir haben bei den Steinewerfern Leute gesehen, die überhaupt nicht zu uns gehören und haben mir meine Vermutung bestätigt. Denn ich hatte ja die Vermutung ausgesprochen, daß es nicht nur unbezahlte Provokateure gäbe, sondern auch angestellte, die nicht zu diesen Gruppen gehört haben.

Frage: Nun ist es sehr schwierig zu wissen, wer nun eigentlich zu den Gruppen gehört und wer nicht, weil das ab einer bestimmten Größenordnung auch von den Vorbereitenden nicht zu übersehen ist.

R.Jungk: Naja, aber die sagten mir beide, da sind Leute gewesen, die wir einfach nicht kennen und die auch nicht verummumt waren. Und wir nehmen an, daß die von einer interessierten Seite eingeschmuggelt worden sind.

Frage: Das heißt, Ihnen ist von den Ereignissen am Vormittag erzählt worden und später haben Sie dann noch mit einzelnen gesprochen . . .

R.Jungk: Ja, und zwar von zwei Seiten; einmal von Leuten, die sagten, wir haben keine Gewalt ausgeübt, sondern wir sind sehr brutal behandelt worden. Und zweitens war da ein Hausbesetzer aus Berlin, den ich schon länger kenne, der mir gesagt hat: ‚Du, ich hab das lange gewaltlos probiert, die ‚da oben‘ hören nicht und wir werden einfach dazu gezwungen.‘

Frage: Herr Jungk, Sie haben in ihrer Rede gesagt, daß eine Friedensbewegung oder eine Antikriegsbewegung sich notwendigerweise auch gegen den Bürgerkrieg aussprechen muß. War das im Zusammenhang mit dieser Demonstration gesagt, oder stand das im Zusammenhang mit aktuellen Konflikten in Zentralamerika oder woanders?

R.Jungk: Ich meine, daß sich das nicht auf die Dritte Welt bezieht. Ich würde in der Dritten Welt viel eher — obwohl auch ungern — die Möglichkeit der gewaltsamen Revolution offenhalten. Nur, hätte ich das vor zwei, drei Jahren noch viel einschränkungsloser gesagt, inzwischen

ist ja die moderne Unterdrückungstechnologie weitgehend in die Dritte Welt mit exportiert worden, so daß auch dort die Grenzen zwischen Bürgerkrieg und Krieg immer mehr verfließen. Verstehen Sie, ich sag das nicht nur aus einer ethischen Ablehnung des Kriegs und des Bürgerkriegs, sondern auch deswegen, weil heute die Waffentechnik so geworden ist, daß interne Auseinandersetzungen sehr leicht in kriegerische Auseinandersetzungen übergehen. Und da ist die Grenze sehr fließend geworden. Das heißt, die inneren Auseinandersetzungen gleichen immer mehr in dem Grad der Gewaltanwendung äußeren Auseinandersetzungen, so daß heute z.B. mit Barrikaden-Bauen kaum mehr etwas zu erreichen ist — das wird einfach niedergewalzt.

Frage: Sie sprachen davon, daß Sie mit einem Hausbesetzer Gespräche geführt haben, der Ihnen sagte, er selbst hätte sehr lange mit gewaltfreien Methoden versucht, auf die ganze Problematik aufmerksam zu machen. Ganz flotzig ausgedrückt: Ohne die Steine in Kreuzberg wäre das Problem der Innenstadtsanierung, des Mietwuchers und Bodenspekulation vermutlich nicht in die Öffentlichkeit gekommen.

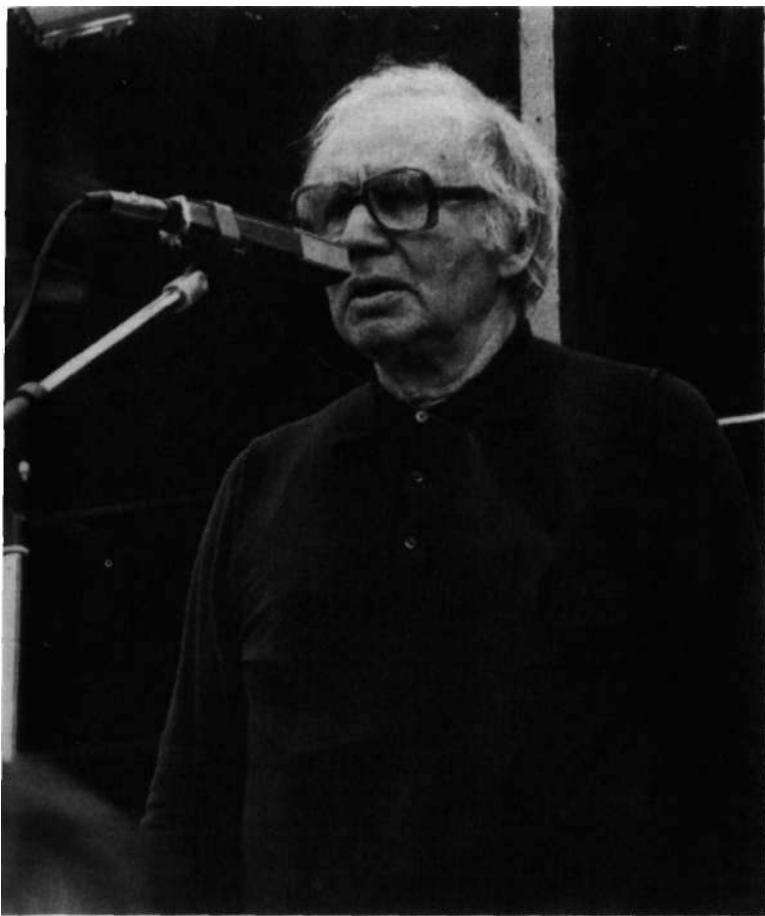
R.Jungk: Ja, da ist etwas dran. Nur fragt sich, ob da Steine das Richtige sind, es können phantasievolle Aktionen sein, wie z.B. jetzt die Gorleben-Aktion, die eben ohne Steinewerfen auskommt, denn was soll mit diesem Steinewerfen erzielt werden? Es sollen die Medien gezwungen werden, sich mit den Dingen zu beschäftigen. In Wirklichkeit gibt es hier, meiner Meinung nach, eine ‚Mitschuld‘ der Medien, die nur aufhorchen, wenn etwas Gewalttames passiert. Nur dann bringen sie ausführliche Meldungen. Man muß also versuchen, Ereignisse zu schaffen, die die Aufmerksamkeit der Medien herbeizwingt. Dazu ist die Gewalt, der Steinwurf, das primitivste Mittel. Und mir hat gerade in dieser Diskussion in Krefeld jemand gesagt, Du wirst sehen, euer ganzes Geseich hier, von dem wird morgen niemand was schreiben, aber von dem, was wir versucht haben, davon werden alle schreiben. Dem habe ich aus langjähriger Medienerfahrung leider rechtgeben müssen.

Frage: Nun ist auf der anderen Seite, um bei Krefeld zu bleiben, auch die Kritik an dieser Veranstaltung außerhalb der Bannmeile geäußert worden, daß gerade dort nicht mehr versucht worden ist, auch mit gewaltfreien Methoden die Provokation am Ort des Geschehens auf die Spitze zu treiben.

R.Jungk: Ja, das find' ich auch. Mir war das auch zu gemächlich, das ist völlig richtig.

Frage: Gemächlich? Das ist ein deutsches Wort für gezwungene Ungezwungenheit . . .

R.Jungk: Ja, das ist ein deutsches Wort. Also ich hätte mir viele energischere Aktionen vorstellen können. Ich hätte mir z.B. vorstellen können, daß man an verschiedenen Stellen 100 warnende Leuchtfeuer entzündet, wie es die Schweizer in ihren Protesten gegen den geplanten Waffenübungsplatz Rothenturm getan haben; oder daß z.B. diese Tausenden Menschen zusammen schweigen; Steinwürfe halte ich für eine sehr phantasielose und gefährliche Form des Protestes. Man muß doch bei Aktionen wie bei einem Schachspiel bedenken: Was ist der Gegenzug? Und ich bin der Ansicht, daß den Leuten, die heute die Friedensbewegung verketzern, überhaupt



nichts Besseres geliefert werden konnte, als diese unüberlegten Gewaltakte. Sie sehen's ja, wie sie diese Sache aufmotzen, wie das in den Medien hochgetrieben wird. Die haben direkt darauf gewartet, und diejenigen, die das gemacht haben, haben -j- zumeist wohl unwissentlich — das Spiel der anderen Seite gespielt. Und dagegen hab' ich spontan reagiert, damit man sozusagen uns nicht alle in einen Topf wirft.

Ich versteh' durchaus die Motive der Leute, ich habe durchaus Verständnis für ihre Wut und Verzweiflung, das kannst Du in den Protokollen der Haager Schriftstellerkonferenz (aus dem Luchterhand-Verlag) nachlesen.

Frage: Ist das dann Deiner Meinung nach ein Ausdruck von Hilflosigkeit?

R.Jungk: Es ist ein Ausdruck von ‚Wir müssen doch irgendwie gegen diese Gleichgültigkeit, gegen dieses Wegsehen und -hören reagieren, und es gibt ja diesen schrecklichen Satz in Bonn, ich weiß nicht, ob Du das schon gehört hast, daß die ‚da oben‘ sagen: ‚Die Hunde kläffen — die Karawane zieht vorbei‘. Ja, wenn man die Hunde nicht kläffen hört, dann werden sie beißen. Das ist doch logisch!

Frage: Sie erinnern sich an die Rekrutenvereidigung in Bremen im Jahre 1980 im Weserstadion. Ungewollt war das der Startschuß der Friedensbewegung . . .

R.Jungk: In mancher Hinsicht ja . . .

Frage: Das genau war aber nur möglich mit diesem — sag' ich mal — wichtigen Auftreten, daß da Steine flogen und die ganze Szenerie vor dunklen Rauchwolken stattfand. Sollte man nicht vielmehr an der Fragestellung entlang diskutieren, was tatsächlich Effekt hat, daß eben nach Bremen für zwei Jahre keine derartige Vereidigung mehr stattfinden konnte?

R.Jungk: Aber ist das nicht auch eigentlich gerade eine typische Haltung der Aufrüster, daß man nur noch an den Effekt denkt und nicht an die Folgen des Effektes? Und inwieweit man dabei seine eigne grundsätzliche Haltung negiert.

Frage: Aber die Bremer Ereignisse haben doch für die Friedensbewegung einen gewaltigen Schub bewirkt . . .

R.Jungk: Ja, das ist richtig, aber wäre das nicht auch möglich gewesen durch das Protestschreien und durch die Massierung der Leute? Mußten da Steine fliegen? Für mich ist die Grenze der Gewalt dort überschritten, wo Verletzungen von Menschen stattfinden.

Frage: Was ist mit Gewalt gegen Sachen?

R.Jungk: Ich bin durchaus, wenn es nicht anders geht, auch für Gewalt gegen Sachen, wobei man allerdings genau differenzieren muß. Wenn ich einen Hochspannungsmast umlege und u.U. dann ein Spital kein Licht hat, keine Energieversorgung mehr kriegt, dann könnte dadurch auch Leben gefährdet werden. Für mich ist stets die Gefährdung von Leben die Grenze der Gewaltanwendung.

Frage: Herr Jungk, die Frage der Gewaltfreiheit in der Friedensbewegung berührt auch das Verhältnis zur Polizei. Es ist immer wieder in Aufrufen davon die Rede gewesen, die Polizei sei in der Frage der Stationierung und Kriegsvorbereitung nicht unser Gegner. Jetzt ist nun im Zusammenhang mit den Reaktionen auf Krefeld die Rede davon, daß die Friedensbewegung die Rolle der Polizei bei Demonstrationen akzeptiere. Das hat sehr böses Blut gegeben, gerade im Zusammenhang mit Krefeld, wo inzwischen ziemlich klar ist, daß die Polizei da eine eiskalte Falle vorbereitet hatte, in die der Zug direkt reintappte. Heißt das jetzt, daß die Gutheißung der polizeilichen Rolle bedeutet, daß die Polizei unser Freund ist?

R.Jungk: Ich würde sagen, daß die Friedensbewegung alles tun muß, um die einzelnen Polizisten zu beeinflussen. Denn die Polizisten sind auch potentielle Betroffene. Und so wie seinerzeit die Antikriegsbewegung gesagt hat, die Soldaten muß man dafür gewinnen, daß sie die Waffen umkehren und niederlegen, so muß man versuchen, möglichst viele Polizisten zu gewinnen, was gewiß sehr schwer ist. Trotzdem meine ich, daß man im Gegensatz zu denen, die die Polizei befehlen, den einzelnen Polizisten als Menschen sehen muß, der eben nicht unbedingt seiner Formation hundertprozentig zuzurechnen ist. Ich würde auf die Möglichkeit der allmählichen Beeinflussung des einzelnen Polizisten setzen.

Frage: Wie stehen Sie zu Übergriffen der Polizei wie jetzt z.B. in Krefeld?

R.Jungk: Ich halte diese Übergriffe für Gewaltverbrechen, sozusagen legalisierte Gewalt verbrechen. Ich halte die Polizisten, wenn sie diese Dinge tun, für Gewaltverbrecher, die disziplinarisch geahndet werden müssen. Und ich trete sehr dafür ein, daß wir, wie's Klaus Vack ja schon probiert hat, Beobachtergruppen haben, um solche Übergriffe festzustellen, sie zur Anklage zu bringen, daß wir das Instrumentarium des Rechtsstaates, der fast nur noch auf dem Papier und immer seltener in der Praxis besteht, voll auszunutzen und eben gegen solche Übergriffe ganz massiv Klage erheben.

Frage: Herr Jungk; es sind 134 Menschen festgenommen worden, das innerhalb eines Zeitraumes von knapp 10 Minuten, ein paar Dutzend der Demonstranten und Beobachter wurden verletzt, z.T. durchaus schwer; fünf der Festgenommenen haben Haftbefehle und sitzen ein.

Nach einigen Demoteilnehmern bzw. Demoteilnehmerinnen ist die Fahndung ausgeschrieben, und auf der Versammlung der Freunde einzelner Untersuchungshäftlinge ist noch jemand gleich verhaftet worden. Fühlen Sie sich mit diesen Menschen trotz unterschiedlicher politischer Ansichten und trotz unterschiedlicher Beantwortung der Frage ‚Gewalt — Ja oder Nein?‘ solidarisch?

R.Jungk: Ja, durchaus! Weil ich meine, daß die meisten dieser Leute, die zu Steinen greifen, nicht etwa brutale Rowdies sind, sondern Verzweifelte, daß es Leute sind, die einfach keinen anderen Weg mehr sehen, die man systematisch in diese Verzweiflung hineingetrieben hat. Was ich von Begegnungen mit Menschen, die zu dieser Taktik greifen, gelernt habe, ist, daß das sehr oft die Empfindlichsten sind, die es innerhalb dieser Friedensbewegung gibt, Menschen, die es einfach nicht mehr aushalten.

Es gab einmal einen Roman von Franz Werfel, ‚Nicht der Mörder, der Ermordete ist schuld‘. Auf diesen Fall angewendet, heißt das, ‚Nicht der Steinwerfer ist schuld, sondern der, der diesen Steinwurf provoziert hat‘.

Frage: Herr Bastian hat auf der gleichen Veranstaltung gesagt, er habe mit diesen Menschen nichts zu tun . . .

R.Jungk: Das würde ich nicht unterschreiben. Ich bin der Ansicht, daß das die entschiedensten Rüstungsgegner sind, daß das die Leute sind, die am meisten Risiken auf sich nehmen. Ich meine nur, daß sie eine falsche Taktik betreiben und, ohne es zu wissen, der Reaktion in die Hände arbeiten. Meine größte Angst ist, daß sich im ‚Gegenschlag‘ zu solchen Zwischenfällen eine Art von Technofaschismus entwickelt, für den dann diese Verzweifelten die eigentlichen Auslöser waren.

Frage: Für Sie sind diese Gruppen aber trotzdem weiterhin Teil der Friedensbewegung?

R.Jungk: . . . mit denen ich nicht nur im Gespräch bleiben werde, sondern die ich auch versuchen werde zu

überzeugen, daß ihre ‚Opfergänge‘ unserer *gemeinsamen* Sache schaden. Es sind ja diejenigen, die am meisten riskieren, aber es sind meiner Ansicht nach sinnlose Risiken.

Ich weiß nicht, wer von den Rednern in Krefeld so lange mit ihnen gesprochen hat, wie ich. Aber das sind ja meine — allerdings politisch unerfahrenen — Brüder. Ich habe ihnen sagen müssen, was ihr da macht, dient nicht uns, sondern den anderen. Das hab‘ ich gemeint mit meiner Äußerung von den ‚unbezahlten Provokateuren‘. Ich hab nicht gesagt, alle Gewalttätigen sind in den selben Topf zu werfen, sondern manche wissen nicht, was sie da tun und wie weit sie da in das Kalkül der anderen Seite hineinpassen. Ich verstehe auch das Argument, durch solche Aktionen komme etwas in Bewegung. Nur müßte ich dazu sagen, auch die Gewalt braucht sich ab. Ich spreche jetzt als jemand, der Medien Erfahrung hat: Was in Bremen passiert ist und das, was in Krefeld passiert ist, waren noch ‚Neuigkeiten‘. Doch wenn das Steinwerfen zur Routine wird, dann wird auch diese Klinge stumpf. Man muß sich andere spektakuläre Aktionen einfallen lassen. Nur dann wird berichtet werden. Sobald es als selbstverständlich angesehen wird, daß Steine fliegen, wird das kaum mehr berichtet werden. Dann wird nur noch summarisch gesagt, diesmal seien soundsoviel verhaftet worden. Das wird Routine, es fehlt dann für die Medien der Neuigkeitswert. Und dieser Neuigkeitswert ist eigentlich die einzige Prämie, die man bisher für die primitive Gewaltanwendung bekommen hat.

Willy Brandt: „Aktiv abgrenzen!“

Für die Krefelder „Ausschreitungen“ und die Steinwürfe auf die Wagenkolonne von US-Vizepräsident Bush hat sich der SPD-Vorsitzende Willy Brandt öffentlich bei der US-Regierung entschuldigt. Auf dem Duisburger Parteitag der nordrhein-westfälischen SPD sagte Brandt, bei allem, was ihn von den Positionen der Reagan-Regierung trenne, entschuldige er sich *„im Namen der deutschen Sozialdemokratie für die, die unser Land in Verruf bringen“* (dpa, 25.6.).

Nach einer Sitzung des Parteivorstandes bezeichnete Brandt es gegenüber der Presse als Aufgabe von Sozialdemokraten, die sich an den Herbstaktionen der Friedensbewegung beteiligen wollen, auch aktiv gegen solche Demonstranten vorzugehen, *„die Quatsch machen wollen“* (WAZ, 29.6.). Die WAZ kommentiert: *„Woher kommt es, daß Besuche von amerikanischen Staatsmännern früher Jubelfeste waren, heute aber nicht mehr ohne randalierende Störenfriede ablaufen? Die Antwort liegt nicht nur beim Fernsehen, das die Rabauken ebenso anzieht wie es ihre Aktionen vielfach verstärkt. Sie liegt auch im gleichgültigen, passiven Verhalten der Mehrzahl der Bürger. Willy Brandt hat darauf aufmerksam gemacht, als er seinen Parteifreunden, die mit der Friedensbewegung demonstrieren wollen, empfahl, sich die Krawallmacher aktiv vom Hals zu halten. Dazu bedarf es freilich auch einer scharfen und klaren Abgrenzung gegen die Gewalt. Was da bei Grünen und Alternativen an Definitionskunststückchen ausgeheckt wird, kann nur Verwirrung stiften. Auch der Unterschied zwischen Rechtsbruch und bloßen ‚Regelverletzungen‘ darf nicht*

strapaziert werden, wenn wir den inneren Frieden erhalten, dem Respekt vor der Verfassungsordnung Geltung verschaffen wollen.“

Freimut Duve: „Das ‚Geschenk‘ der Krefelder Steinwerfer für Kanzler Helmut Kohl“

Freimut Duve, Hamburger Bundestagsabgeordneter, der allgemein dem linken Flügel der Sozialdemokratie zugerechnet wird, sieht nach den Krefelder Ereignissen zwei gleich gefährliche Feinde der Friedensbewegung: Die Kohl-Regierung und die Steinwerfer. In einem Kommentar auf der ersten Seite der „Hamburger Rundschau“ (30.6.), einem linksliberalen Blatt, schreibt Duve u.a.: *„Welch kostbares Geschenk haben die Steinwerfer von Krefeld der Kohl-Regierung beschert. Für die Propagandisten des jetzt schon von Zimmermann und anderen so-genannten ‚Heißen Herbstes‘ ist jeder geworfene Stein mehr wert als halbseitige Anzeigen des Boenisch-Amtes“* (...) *„Schützen wir die Friedensbewegung und die Polizisten vor Kohl und den Steinwerfern von Krefeld“* (...).

„Außerparlamentarische Aktionsformen und parlamentarische Verhalten schließen einander nicht aus. Gespräche mit der Polizei und den Polizisten über Ziele und Aktionen der Friedensbewegung gehören ebenso in unsere Demokratie wie das strikte moralische Verbot für alle, Stimmungen anzuheizen und Feindgruppen zu bestimmen. Es steht dem Bundeskanzler nicht zu, den innergesellschaftlichen Krieg zu erklären. Es steht keinem Provokateur zu, die Friedensbewegung in kriegsähnliche Konfrontationen hineinzutricksen.“



Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen

Hrsg. Sanigruppen
40 Seiten
Preis: 2, 50 DM + Porto
Bestell-Nr. 5

Ruhe oder Chaos

2. Auflage!

Der aktuelle Reader über Polizeientwicklung, innere Aufrüstung, CS und Gummigeschosse, Demonstrationsrecht u.a.

Beiträge von 13 Autoren und Autorengruppen, u.a. Fabig, Scharmer, Schrepf, Werkentin, KB, Ökoinstitut, Sanitärgruppen, WISK

Hrsg.: Gesundheitsladen Hamburg



136 Seiten, 48 Abb
Format Din A5
ISBN 3-923496-00-1
Preis: 8,50 DM (einschl. Porto)

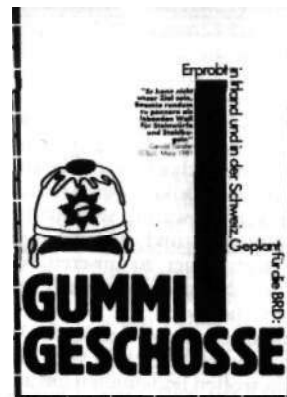
Zu beziehen über:
Bürgerinitiative Umweltschutz
Untereibe/Hamburg
Bartelsstr. 26 2000 Hamburg 6
Tel.: 040/439 86 71

Selbstschutz und Erste Hilfe bei Demonstrationen

(eine Anleitung für jedefrau und jedermann)

Vor zwei Jahren kam die erste Auflage heraus, inzwischen ist die Broschüre ein heimlicher Bestseller für Demonstranten, Hausbesetzer u.a. Aktionisten geworden. Egal ob unser Widerstand „friedlich“ oder „militant“ ist — Polizeiknüppel kennen diesen Unterschied nicht.

Ausrüstung und Verhalten vor, während und nach Demos; Rechtshilfetips; die „Chemische Keule“; die häufigsten Verletzungen auf Demos und deren Versorgung; Transport und Lagerung; Akupressur gegen Kopfschmerzen nach Tränengaseinsatz; Krankenversicherung und Lohnfortzahlung bei Demoverletzungen; Checklisten u.v.a.m.



Es ist gewiß kein Zufall, daß Baden-Württemberg nach der unlängst erfolgten Einführung eines Gebührentarifs für Polizeieinsätze bei Demonstrationen auch in Sachen Gummigeschosse eine Vorreiterrolle spielt. Die Einführung von Gummigeschossen gerade in Deutsch-Süd-West macht zudem auf eindrucksvolle Weise den Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Aufrüstung deutlich — ausgerechnet das Bundesland, in dem ab Herbst 1983 der Großteil amerikanischer Pershing 2-Raketen stationiert werden soll, schließt auch im Polizeibereich als erstes die „Lücke im Mittelstreckenbereich“.

Inhalt

Vorwort:	„Mit Festigkeit auf Herausforderungen reagieren“	S. 3
Die Debatte um eine Distanzwaffe:	„Man vernehme die Sprüche und tiefen Sätze...“	S. 4
Entwicklung und Technik von Gummigeschossen:	„Schlagstock mit größerer Reichweite“	S. 9
Zur Sprachakrobatik der Hersteller und Befürworter:	„Humane Waffen“ mit „gebremster Gewalt“	S. 14
Gummigeschosse als polizeiliches Repressionsmittel in der Schweiz:	„Die Bewegung, die in die Kälte kam“	S. 16
Die körperlichen Folgen von Gummischrot:	„Das Lebenssymbol auslösen“	S. 21
Gummi- und Plastikgeschosse in Englands letzter Kolonie:	„Testfeld Nordland“	S. 26
Die körperlichen Folgen von Gummi- und Plastikgeschossen:	„Größte Gefährdung bei Kopfverletzungen“	S. 30
Lehrer starten Kampagne gegen Plastikgeschosse:	„Offener Brief“	S. 35

36 Seiten ca. 50 Abb.
ISBN 3-88876-024-0
Format DIN A 4
Verkaufspreis 3,—DM
Versandpreis 4,—DM

"WENN MILITANT SEIN HEISST
DASS ICH ALLE MÖGLICHKEITEN NUTZE
DASS ICH NUR JEDEN MÖGLICHEN SCHRITT TUE
UND ALLE NUR MÖGLICHEN AKTIONEN
UM EIN FÜR ALLEMAL
DIE NATÜRLICHE LEBENSWEISE DES MENSCHEN
WIEDER EINZUFÜHREN
WENN DASS MILITANT IST
DANN BITTE ICH MEINEN VATER SONNE,
UND MEINE MUTTER ERDE
DASS SIE MIR LEBEN UND STÄRKE GEBEN
UM VON ALLEN
DER MILITANTESTE ZU SEIN."
< EIN MEDIZINMANN >

**Bush-Meiber**

Zu dieser Doku ...

Einige Leute vom KB hatten die Idee, eine Dokumentation von den Nicht-Distanzierern zu Krefeld zu machen. Das Konzept, welches auch als Vorwort gedacht war, wurde bereits fix und fertig an uns herangetragen, so daß wir auf die inhaltliche Bestimmung der Dokumentation keinen Einfluß mehr nehmen konnten. In diesem Zusammenhang sehen wir es als einen machtpolitischen Schachzug der GAL an, im Nachhinein ein zweites Vorwort zu dieser "Doku" durchzudrücken. Beim Lesen dieses Beitrages wird klar werden, warum wir eine Festlegung der Friedensbewegung auf Gewaltfreiheit und zivilen Ungehorsam ablehnen. Dennoch finden wir es richtig, hier zu unseren Aktionen in Krefeld Stellung zu beziehen, um den "Nicht-Distanzierern" eine Auseinandersetzung mit uns möglich zu machen.

Allerdings standen wir unter extremen Zeitdruck. Wir waren von den Wuppertaler Festnahmen, den Haftbefehlen vom 25. 6. 83 und anderen Repressionen des Staates betroffen und mußten uns auch damit auseinandersetzen. Außerdem zeichnet sich das "Hamburger Plenum autonomer und antiimperialistischer Gruppen" dadurch aus, daß wir als Schritt in unserem Kampf für ein selbstbestimmtes Leben versuchen, gleichberechtigt unsere Standpunkte und Aktionen zu entwickeln. Hierarchische und institutionell Organisationen haben es sicher leichter, sofort eine Stellungnahme der Führungskader den Mitgliedern vorzusetzen.

Da bei uns der Diskussionprozeß über Krefeld nicht abgeschlossen ist, ist der folgende Artikel nur eine - vorläufige - Stellungnahme von einigen Autonomen, die überwiegend schon während der Vorbereitungen Widersprüche auch zu der autonomen Demo hatten.

Wir entschuldigen uns nicht

Das Jahr 83, das Stationierungsjahr, soll das "Jahr der deutsch-amerikanischen Freundschaft" sein. Dazu werden bundesweit in den Städten Veranstaltungen oder Feste organisiert. Als Höhepunkt fand am 25. 6. 83 im Krefelder Seidenweberhaus ein "deutsch-amerikanisches Freundschaftsfest" statt, mit dem Bush, Kohl und Carstens mit 1000 geladenen Bonzen ihre Komplizenschaft feiern wollten. Im Mittelpunkt stand George Bush, US-Vize-Präsident, Ex-CIA-Chef, Vertreter der trilateralen Kommission, ehemaliger Wirtschaftsboss (z. B. Direktor des US-Multis Texas-Gulf) und momentan Koordinator der US-Außen- und -Sicherheitspolitik in Krisenzeiten, der in seiner Grundsatzrede einen "alternativen" Appell für das "transatlantische Verständnis" imitierte wollte.

Diese Rede wurde live übertragen, während um das Seidenweberhaus und in der Krefelder Innenstadt ein Volksfest vorbereitet war, mit dem sie weltweit demonstrieren wollten, daß die westdeutsche Bevölkerung hinter der NATO-Politik steht. Das Volksfest sollte aber auch ein "Kampf um die Herzen und Hirne" (Wehrkundentag München) der Menschen sein, ähnlich wie die Rekrutenvereidigungen, Kriegsschiffbesichtigungen und Tage der offenen Tür bei der Bundeswehr, die hier in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen ablaufen. Sie wollten versuchen, die Köpfe und Herzen mit einem Werbefeldzug a la Coca Cola zuzumatschen.

Als Koordinator der US-Außenpolitik ist Bush maßgeblich verantwortlich z. B. für den Verlauf der Interventionen der USA in Mittelamerika und Nahen Osten. CIA-Direktor William J. Casey und Thomas O. Enders, der für inneramerikanische Beziehungen zuständige Abteilungsleiter des Außenministeriums, sehen gute Chancen zur Niederwerfung der sandinistischen Regierung noch in diesem Jahr (FR, 24.5.83).

Die USA und ihre NATO-Verbündeten setzen alles in Bewegung, das vom US-Imperialismus befreite Nicaragua wieder unter die Vorherrschaft der USA zubringen. So werden die Ex-Somozisten, die die sandinistische Regierung in Nicaragua militärisch angegriffen, von 50 US-Militärberatern in Honduras ausgebildet und finanziell und materiell mit Waffen aus NATO-Beständen unterstützt. Auch das NATO-Mitglied BRD liefert Waffen an Militärdiktaturen, z. B. Türkei und Chile. Schon während der SPD-Regierung stiegen die Waffenexporte der BRD, von denen 70% in Entwicklungsländer gehen, von 50 Mil. auf 2 Mrd. DM.

Wir sehen die Aktionen gegen die in Krefeld geplante Kriegspropaganda-Show als einen Schritt im Kampf gegen die NATO und ihre wesentlichen Projekte. Gegen viele dieser Projekte hat sich in den letzten Jahren unser Protest und Widerstand entwickelt.

Z. B.: - am 6. 5. 80 in Bremen bei der Feier "25 Jahre Bundeswehr in der NATO"

- bei den darauffolgenden öffentlichen Rekrutenvereidigungen

- bei dem NATO-Gipfel 82 in Bonn und Reagan in Berlin

- bei der NATO-Startbahn-West

- bei den Munitionstransporten

- gegen den Justiz- und Knastapparat.

Die Menschen auf der ganzen Welt haben gesehen, daß die Propaganda für dieses transatlantische Verständnis gegen unseren Widerstand durchgesetzt werden muß. Der weltweite Druck, profitable Produktionsmöglichkeiten zu schaffen, und aus diesem Grund einen nuklearen Angriffskrieg zu planen, stößt auf den Widerstand der um Befreiung kämpfenden Menschen in aller Welt.

Hier in Hamburg ist ziemlich spät zu uns durchgedrungen, daß zum Bush-Besuch in Krefeld eine nationale Demo geplant ist, weil anfangs nur eine regionale Mobilisierung in NRW geplant gewesen ist. So hat sich erst ca. 3 Wochen vor dem Demo-Termin eine Vorbereitungsgruppe zusammengesetzt. Während der Diskussion stellte sich dann heraus, daß wir uns darüber einig waren, daß es richtig sei, unseren Widerstand gegen Bush-Besuch und Kriegsvorbereitungen in Krefeld und auf dem Platz am Seidenweberhaus direkt auszudrücken. Es reichte uns nicht, nur an die Herrschenden zu appellieren, indem wir uns der todstellenden Menschenwall-Demo zum Sprödenhalplatz anschließen, sondern wir wollten die Propagandashow durch praktischen und direkten Widerstand verhindern. Doch an der Frage "Wie?" schieden sich die Geister. Es gab 2 Konzepte: Demo ab Bahnhofsplatz zum Seidenweberhaus oder in kleinen Gruppen in die Bannmeile einzusickern, um dort die Propagandashow direkt zu stören.

Die einen fanden es richtig, trotz Zeitdruck und obwohl andere Gruppen aus der Friedensbewegung sich nicht beteiligen wollten, für eine Demo zu mobilisieren. Das Ziel sollte sein, mit Transparenten und Parolen geschlossen zum Ort des Geschehens vorzudringen. Es sollte in den Medien in der BRD und auch international nicht zu übersehen sein, daß hier Leute gegen die NATO-Kriegspolitik Widerstand leisten. Ein Beispiel dafür war der 11. 6. 82, wo der Bericht über die Ereignisse sogar Nicaragua erreichte und dort gefeiert wurde. Es war ihnen klar, daß die Polizei versuchen würde, sie daran zu hindern. Dieses Risiko waren sie bereit einzugehen. Beim Einsickern befürchteten sie, daß Teile der Bürger auf dem Volksfest dies als Angriff gegen sich selbst begreifen würden und es

dadurch zu Auseinandersetzungen kommen könnte. Außerdem dachten sie, daß die Gruppen, die einsickern würden, aufgrund von Kontrollen ihre Behinderungsmaterialien verlieren würden und so effektiv nichts ausrichten könnten. Die Route der Demo sollte die des "Menschenwalls" nicht kreuzen, weil sie diesem keine Konfrontation mit der Polizei aufzwingen wollten.

Andere von uns hatten jedoch Schwierigkeiten damit, für eine Demo zu mobilisieren, da sie inhaltliche und praktische Kritik an den bis dahin gelaufenen Vorbereitungen hatten. Hauptkritikpunkt war, daß nicht einmal in NRW Auseinandersetzungen mit denen aus der Friedensbewegung gelaufen waren, die Widersprüche dazu hatten, eine Protestdemo am Rande von Krefeld zu machen. Es war aber zu spät, um mit diesen Auseinandersetzungen noch zu beginnen. Aufgrund der ungenügenden Vordiskussion sei die inhaltliche Bestimmung der Demo unzureichend. Zum einen ging aus den Aufrufblättern nicht klar genug hervor, welches Interesse die BRD als imperialistisches Land an den Kriegsvorbereitungen hat und was das für uns hier konkret bedeutet, und zum anderen war nicht genau begründet, warum eine direkt zum Seidenweberhaus gehende Demo richtig sei. Es sei auch zuspät, für eine Mobilisierung in Hamburg, die sich auf genaue Diskussionen mit vielen Gruppen hätte stützen können, um dann gemeinsam zu überlegen, welche Aktionen sinnvoll sind. Problematisch fanden sie auch unsere nicht vorhandene Verankerung in Krefeld selbst, im Gegensatz zu Berlin, wo die Vorbereitungen zum Reagan-Besuch am 11.6.82 von der Häuserkampf- und Kampfbewegung mitgetragen wurde, die auch Auseinandersetzungen mit der AL führte, woraufhin diese auch mit zu der Demo aufgerufen hatte. Aufgrund dieser Bedenken kam die «Einsicker-Fraktion» zu der Einschätzung, daß die Demo auf tönernen Füßen stand, zu einer «Kamikaze-Aktion» werden würde und daß es angesichts des momentanen Kräfteverhältnisses sinnvoller sei, zu versuchen, in kleinen Gruppen auf den Platz am Seidenweberhaus zu gelangen. Konkret sah es am 25.6. dann so aus, daß einige von uns auf die Demo gingen und nachdem die Demo zerschlagen wurde in Gruppen in die Stadt; daß andere sich vorbereitet hatten und fein rausputzten, um «mal zu schauen», was es in Krefeld für Möglichkeiten gibt, den reibungslosen Ablauf des Propagandaspektakels zu stören; und daß einige zu Hause blieben, weil sie überhaupt nicht mehr wußten, wie sie die Situation einschätzen sollten.

Wir wollen den Erfolg von allem was an dem Tag in Krefeld gelaufen ist, nicht an den Schlagzeilen in den Medien messen; am meisten haben sich die Gemüter über den Angriff auf den Konvoi erhitzt. Die Bullen haben Fehler gemacht und ein schwerer Fehler war es, den Konvoi auf diesem Weg durch die Innenstadt zu leiten

Es war auch kein Zufall, daß Leute von uns

WEST GERMANY

Bush Motorcade

The heat is on



Sprengstoffanschlag auf US-Basis Ramstein (1981)



TRANSIT-AUTONOM

da waren und bereit, einen Stein in die Hand zu nehmen, und es freut uns wirklich, daß wer Kohl, Bush und Konsorten auch mal direkt getroffen haben. Genauso wichtig war es aber, daß eine halbe Stunde lang der Konvoi nicht losfahren konnte, da die unübersichtliche Situation in der Stadt die Aufklärungsarbeiten der Bullen erschwerten, daß die Parade gestört wurde, und daß so viele Demonstranten - auch von verschiedenen Friedensgruppen mit Transparenten und Trillerpfeifen auf dem Platz am Seidenweberhaus waren, so daß die Medien beim schlechtesten Willen kein Jubelfest für Bush mehr vorweisen konnten.

Wir sehen den Erfolg am 25.6. im Zusammenkommen all dieser Aktionen, Demo und Angriffe, durch die den Kriegstreibern ihre Propagandashow auf die Füße gefallen ist. Wir haben es in Krefeld geschafft, durch alles was dort gelaufen ist, eine Situation herbeizuführen, in der die Bullen teilweise die Kontrolle verloren haben, wodurch sie Fehler machten, die wir für uns nutzen konnten.

Durch die Mobilisierung zur Demo hat sich eine Diskussion zu dem Bush-Besuch entwickelt, die Voraussetzung dafür war, daß Leute von uns überhaupt nach Krefeld fuhren. Wir sehen es aber als groben politischen Fehler an, daß die Vorbereitungen der Demo nicht zum Anlaß genommen worden sind, die Auseinandersetzungen mit Teilen der Friedensbewegung voranzutreiben, um ein Zusammenkommen, wenn auch punktuell zu erreichen. Die Gelegenheit zu dieser Notwendigkeit haben wir verpaßt. Im Nachhinein sehen wir, daß die Demo deshalb politisch isoliert war, und zwar nicht nur innerhalb der Friedensbewegung, sondern auch unter den Autonomen. Diese Tatsache machte es der Polizei leicht, die Demo ziemlich schnell auseinanderzuknüppeln, wobei es sehr viele Festnahmen und Verletzte gab. Wir werden es nicht verhindern können, daß bei militanten Demos oder Aktionen Freunde und Genossen festgenommen werden oder sogar einfahren. Aber militant sein heißt für uns nicht, uns einer militärischen Konfrontation mit der Polizei zu stellen, wenn wir dazu nicht in der Lage sind. Militant sein heißt, entschlossen unseren Widerstand auszudrücken gegen das, was den Staat BRD ausdrückt und stützt - seien es Kriegsvorbereitungen, AKWs, WAAs, Knast oder der Häuserkampf usw. - und auch gegen den US-Imperialismus, der weltweit seine schmutzigen Finger im Spiel hat und an der Spitze der Nato die Kriegsvorbereitungen hier vorantreibt. Militant sein heißt für uns, jede Möglichkeit zum praktischen Widerstand zu nutzen. Das heißt aber auch, militante Demos oder Aktionen verantwortungsvoll vorzubereiten und genau einzuschätzen, was in der jeweiligen Situation durchführbar ist. Daß dies bei der Bush-Demo nicht gelaufen ist, haben sich alle von uns zuzuschreiben, sowohl die, die die Demo vorbereitet haben, als auch die, die ihre Bedenken nicht ausdauernd genug in die Diskussion getragen haben.

Stoned in Germany
Bush Motorcade
Sabotage



Zu den Distanzungen . . .

Vertreter der offiziellen Friedensbewegung haben sich eiligst in die Hetze gegen uns eingereiht. «Aufgabe der Friedensbewegung ist es herauszufinden, wer die Provokateure vom Vormittag bezahlt hat» (Jungk, 25.6. zitiert nach TAZ 27.6.). Möge Herr Jungk sich an die Bildzeitung wenden, dort haben wir schon unsere Kontonr. hinterlegt. «Wer nie wieder Krieg sagt, muß auch nie wieder Bürgerkrieg sagen» (TAZ 27.6. ders.) und «Diejenigen, die Steine werfen, gehören nicht zu uns - wir lassen uns nicht in die terroristische Ecke drängen» (ders., zit. nach Westf. Rundschau 27.6.) offenbart etwas über das Selbstverständnis des Sprechers. Terroristisch sind nach unserem Verständnis die Herrschenden von Schmidt, Kohl bis Bush, deren Vokabular und Einordnung hier übernommen wurde, niemals aber Menschen, die gegen die NATO-Kriegspolitik kämpfen. (Von entschlossenen Friedensstreikern bis zur Guerilla). Nun könnte Mensch denken, diese Äußerungen seien vorschnell (siehe Einleitung dieser Doku). Es fällt aber auf, daß sich Bastian ähnlich geäußert hat, während Petra Kelly sogar am Diner zu Ehren Bush's- placiert neben Hupka - teilnahm. Beim Betrachten der offiziellen Erklärungen der «Bonner Runde» (in dieser Doku abgedruckt) wird deutlich, daß eine politische Linie dahinter steckt. So wird der NATO-Doppelbeschluß aiseine Fehlentscheidung der Politiker charakterisiert und damit verschwiegen, daß er Teil einer Erpressungspolitik gegenüber der Sowjetunion, mit dem Ziel, die Vormachtstellung der NATO in der dritten Welt aufrecht zuerhalten. Zu dieser Link gehören auch, die Rüstungsexporte der BRD, die ökonomischen Strategien des IWF und der Multis, um andere Länder finanziell zu ruinieren; die Asylpolitik, durch die Türken und Ausländer anderer Nationalitäten in ihren Ländern der Folter ausgesetzt werden und alle anderen Faktoren, die zu Kriegen in Vietnam, Libanon, El Salvador und anderswo führten zu verschweigen. Genauso wird aber auch die soziale Realität hier verdeckt - Automatisierung und Streichung der Sozialausgaben, gleichzeitiger Ausbau von Polizei und Knästen und alles andere, was die Unterdrückung hier für immer mehr Menschen spürbar macht.

Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen in diesem Zusammenhang kann aber nur dann effektiv sein, wenn er sich nicht auf «berechenbare Aktionsformen» festlegen läßt und die Praxis die Konsequenz aus der Erkenntnis ist, daß das kapitalistische System keine Fehler macht, sondern der Fehler an sich ist.

Wir sehen in der Friedensbewegung Ansätze einer Entwicklung wie in der Startbahnbewegung, wo sich ein Protest gegen Zerstörung der Landschaft und Umweltbelastung hin zu einem grundsätzlichen Widerstand gegen das hier herrschende System entwickelt hat, denn über die Stationierung der Mittelstreckenraketen ist einigen schon klar geworden, daß Nachrüstungsbeschluß und Stationierung nur Teile einer menschenverachtenden Politik sind, die sich an den Interessen des (internationalen) Kapitals orientiert. Der Versuch der Festlegung auf Gewaltfreiheit beinhaltet eine Distanzierung von denen, deren Widerstand sich grundlegend gegen das bestehende System richtet und soll verhindern, daß noch mehr Menschen sich zum revolutionären Widerstand entwickeln können.

Diese Distanzierungspolitik hat die Funktion, uns innerhalb der Friedensbewegung zu isolieren, um es so den Herrschenden zu ermöglichen, uns abzuräumen (gerade im Hinblick auf den Herbst), ohne mit einer Radikalisierung der Mehrheit der Friedensbewegung rechnen zu müssen. Es geht darum, uns als politische Kraft innerhalb der Friedensbewegung auszuschalten. Bisher sind nach der Demo 9 Haftbefehle ausgestellt worden (7 Genoss/inn/en sitzen bereits im Knast). Das nationale Nachbereitungstreffen am 10.7. in Wuppertal ist vollständig im dortigen Jugendzentrum festgenommen worden. Alle 104 Menschen wurden ED behandelt, um auch im Nachhinein Leute identifizierbar zu machen, die an Aktionen in Krefeld beteiligt gewesen sein könnten. Zudem wird allen die öffentliche Aufforderung zu Straftaten (§111 StGB) vorgeworfen. Weiterhin war die Wuppertaler Bullenaktion möglicherweise ein Test, wie die BRD-Öffentlichkeit auf so eine (vorübergehende) Masseninternierung reagiert und ist auch eine materielle Voraussetzung für eine Internierungspraxis im Herbst, indem dort nämlich Daten von uns gesammelt worden sind. So sehen wir in der Entwicklung der staatlichen Repression (Massenverhaftungen und Verfolgung von nicht integrierbarem Widerstand) den Versuch, unsere - ohnehin im Moment nicht so einheitlichen und starken Strukturen - greifbar zu machen und so letzten Endes zu zerschlagen.

Und zwar gerade zu einem Zeitpunkt, an dem bei uns die Diskussionen dahin laufen, uns wieder breiter mit der Basis der Friedensbewegung auseinanderzusetzen.

Dies haben wir in der letzten Zeit versäumt. Wir wollen uns aber nicht auf die Machtpolitik und Taktereien der Spitzen von SPD, DGB, DFG/VK, DKP, KB, Friko und Grünen und anderen bürokratischen Organisationen einlassen, da wir betrügerische Formen und Stellvertreterpolitik grundsätzlich ablehnen.

In die gleiche Kerbe wie diese Integrationspolitik und die Distanzierungen schlägt das Klausurgespräch, zu dem die ev. Akademie Loccum mit der persönlichen Unterstützung von US-Botschafter Arthur Burns am 23./24.9. eingeladen hat. Dort soll während die US-Army ihre Soldaten bereits Handhabung und Abschluß von Pershing II und cruise missiles üben läßt, der Dialog mit ausgewählten Teilen der Friedensbewegung beginnen. Die Teilnehmer, die prüfen sollen, wie die Gefahren einer Auseinandersetzung um die Stationierung verringert werden können, sind: Leister und Heidemann (Staatssekretäre der Innenministerien von NRW und Niedersachsen), Stümper und Saer (Polizeichefs BaWü und Rheinl. Pfalz), Peitz (Leiter der Polizeiführungsakademie Hiltrup), Schröder (Vorsitzender der GdP), Hirsch (FDP MdB), Gruber und Rudolph (Tagesthemen und Heute-Journal), Rohrmann (Bundespressekonferenz), Simon (Verfassungsrechtler), Jo Leinen (BBU), Karbach (Föderation gewaltfreier Aktionsgr.) Koschel (Pax Christi), Büro (SB), Dehle (Friko HH) Greune (DFG/VK).

Freiheit und Glück für alle Gefangenen

Jo Leinen sagt, «Wir wollen uns mit der Polizei darüber verständigen, daß die Aktionen beider Seiten gewaltfrei ablaufen. Ziel einer gewaltfreien Aktion ist es ja auch, daß sie berechenbar ist». Günther Schröder wünscht sich eine Zusammenarbeit mit den Gewaltfreien gegen die Autonomen. SPD und DGB wollen, daß ihre Mitglieder nur an den Aktionen der Friedensbewegung teilnehmen, die in diesem Sinne gewaltfrei sind.

Wir meinen, daß auch Protest nicht berechenbar sein darf. Werden selbst Protestaktionen mit denen abgesprochen, an die sie sich richten, stellen sie nicht einmal eine ernstzunehmende Öffentlichkeitsarbeit dar. Es ist der blanke Hohn, wenn ausgerechnet Burns so ein Treffen mitinitiiert. Allein daran müßte klar werden, daß es einzig und allein dem Interesse der Herrschenden dienen kann, die Stationierung der Mittelstreckenraketen reibungslos durchzuführen. Sich auf solche Gespräche einzulassen, ist ein eindeutiger Widerspruch zu dem Ziel, die Stationierung hier zu verhindern. Dort können auch keine Polizeistrategien entlarvt werden - dieses Treffen muß boykottiert werden.

Und wie geht es weiter? Ein Schwerpunkt der antimilitaristischen Arbeit ist im Moment die anstehende Stationierung im Herbst. Wichtig wird auf jeden Fall die Aktionswoche im Herbst und die Demo in Bremerhaven sein. Wir stehen allerdings in den Diskussionen erst am Anfang, wie wir uns dazu genau verhalten werden. In letzter Zeit haben sich auch schon einige Ansätze entwickelt, die sich nicht nur auf den Widerstand gegen die Raketen selbst beziehen, wie zum Beispiel die Blockaden von Kasernen und Munitionstransporten. Wir finden es wichtig, weiter zu überlegen, an welchen Punkten wir hier eine politische

Kontinuität in der Anti-Kriegsarbeit entwickeln können, damit nicht mit der Stationierung im Herbst aller Widerstand verpufft. Das heißt, daß wir hier in Hamburg konkret z.B. eine Arbeit zu Firmen, die Präzisionselektronik für Waffen herstellen (z.B. Eichweber), zu der Waffenproduktion im Hamburger Hafen (Blohm u. Voss) oder zu Einrichtungen wie die Führungsakademie zu entwickeln. Wir finden es auch wichtig, unsere Aktionen gegen US/BRD-Kriegspropaganda nicht auf einen Bush, Reagan oder Haig-Besuch zu beschränken. Ansätze dafür sind zum Beispiel Tage der offenen Tür auf Kriegsschiffen im Hafen oder in Kasernen.

Wichtig ist es auf jeden Fall wegzukommen von einer Kampagnen-Politik, die sich nur an einzelnen Anlässen festmacht - und dann oft noch weit entfernt von uns. Es gilt, die Machenschaften der Kriegsstrategen vor unserer Haustür zu entlarven und breit und offensiv dagegen anzugehen.

Einige Hamburger Autonome



Kämpft Freunde



Leserbrief-Diskussion in der „taz“

Aus Platzgründen können wir nicht sämtliche Leserbriefe dokumentieren, die zum Thema Krefeld in der „taz“ veröffentlicht worden sind. Wir haben uns bei unserer Auswahl aber darum bemüht, keine Position zu unterschlagen. Grob unterteilt, lassen sich die Beiträge in drei „Kategorien“ einteilen:

— Distanzierungen, in denen den Autonomen der Vorwurf gemacht wird, sie hätten mit ihren Steinwürfen den Aufrüstern in die Hände gearbeitet;

— Versuche, das politische Anliegen der Autonomen zu erklären und ihre Störaktionen dem friedlichen „Händchenhalten“ der „offiziellen“ Friedensbewegung gegenüberzustellen;

— Stellungnahmen, teilweise aus gewaltfreier Sicht, welche die Alternative „Steinwerfen“ oder Friedensfest fernab vom Geschehen ablehnen und sowohl die Aktionen der Autonomen als auch die „Latschdemo“ kritisieren.

Krefelder Appell IL taz, 5.7.83

„Mit denen haben wir nichts zu tun. Es spielt auch keine Rolle, wer wen provoziert hat.“ (Gerd Bastian)

„Aufgabe der Friedensbewegung ist es, herauszufinden, wer die Provokateure bezahlt hat.“ (Robert Junkg)

„Wer von Frieden spricht, muß vor allem für den inneren Frieden sein.“ (Helmut Kohl)

Was ist eigentlich in Krefeld passiert?

Da gab es den Skandal der Propagandareise des Vize-Repräsentanten der amerikanischen Unterdrückungs- und Kriegspolitik (wo bleibt Petra Kellys Erklärung zu ihrer Teilnahme am offiziellen Empfang?).

Da gab es ein massenhaftes, geschmackloses Jubelfest für die deutsch-amerikanische Waffenbrüderschaft, ein Friedensfest, von 40.000 - und einen Haufen isolierter aber unerschrockener Akteure, die vielseitig zusammengeprägt wurden und denen ein Auto zufällig in die Quere kam. Wie unterschiedlich das Geschehen in Krefeld auch bewertet werden kann, für uns steht fest:

Ohne die Peinlichkeit einer ramponierten Staatskarosse wäre das Jubelbild der deutsch-amerikanischen Verbrüderung trotz 10.000er von Demonstranten bruchlos geblieben. Ohne die Peinlichkeit einer ramponierten Staatskarosse wäre die Erinnerung an die notwendige, oder auch - je nach Position - unbequeme Verknüpfung von Massenprotest und radikalem Widerstand - wie er sich am 6.5. in Bremen, am 11.11. in Hannover gezeigt hat, und an der Startbahn-West auch heute noch zeigt - weiterhin verschüttet und verdrängt. Die Krefelder Ereignisse werden offenkundig von Befürwortern wie auch Kritikern des Nachrüstungsbeschlusses funktionalisiert:

Geht es dem herrschenden Block (einschließlich der SPD) um die Durchsetzung des neuen Demorechts, um die Zerschlagung und Einschüchterung von Widerstand und auch um das Reinlotsen von Teilen der Friedensbewegung in den Hafen der Staatsloyalität, so **nutzen** die selbsternannten Friedensführer der Bewegung Krefeld auf ihre Weise.

Ein unbequemer Faktor in der Friedensbewegung soll endlich ausgegrenzt und zum Abschluß freigegeben werden. Man knüpelt geistig den militanten Flügel zusammen und meint das differenzierte Spektrum all derer, die den kalkulierbaren Protest im Herbst nicht für ausreichend halten und die notwendige politische Eskalation, die Überwindung von Appellationen wollen. Mit der kalkulierten Distanzierung nach Krefeld soll der

Bruch in der Friedensbewegung vorangetrieben werden soll einer offenen (und das heißt auch, für beide Seiten unbequemen) Auseinandersetzung aus dem Weg gegangen werden. Letztlich sollen die zaghaft ins Wanken geratenen Reihen wieder geschlossen werden.

Wer sich größere Sorgen macht um seine Wählbarkeit und Hoffähigkeit, als der Organisation gemeinsamen Widerstands, wer einen Monopolanspruch erhebt auf die Lösung anstehender Fragen, der hat entweder nichts begriffen von den Verwertungsgrenzen des nationalen und internationalen Kapitals, das Europa ein drittes Mal in diesem Jahrhundert zur Schlachtbank führen will, oder der träumt tatsächlich davon, Brandt oder Epplerdie Friedenskokarde an die Brust heften zu dürfen.

Egal, wie man zum Widerstand, der sich nicht auf Gewaltfreiheit festlegen läßt, steht, egal, wie sinnvoll oder sinnloser in konkreten Situationen sein mag: Er ist eine Strömung in der aktuellen Friedensbewegung. Wer sich gemeinsam mit dem Kanzler auf diesen Teil der Bewegung stürzt, muß sich fragen lassen, auf welcher Seite er steht.

Wir meinen nicht, daß Massenproteste beim Versuch der Verhinderung der „Nach“-Rüstung eine untergeordnete Rolle spielen werden. Wir ordnen aber allerdings der Frage der Verbreiterung der Bewegung auch die Frage der notwendigen Radikalisierung zu. Das eine ohne das andere führt in die Sackgasse. Wir fordern und arbeiten für die Verbindung von Aufklärung und Aktion. Nur durch die politische Einheit unterschiedlicher Bewegungsformen kann die notwendige Sprengkraft für den Herbst hergestellt werden.

Unser Ziel ist die politische Konfrontation im Herbst gegenüber denjenigen, die die NATO-Nachrüstung vorantreiben, bzw. zu verantworten haben.

Der Innere Friede, den es zu bewahren gilt, das ist die Ruhe, die Kohl, Zimmermann usw. brauchen, um die Aufrüstung und damit den Krieg vorzubereiten. Der Landfriede wird im Herbst von dieser Seite gebrochen werden. Wer sich gemeinsam mit ihnen Sorge um den inneren Frieden macht, der zieht der Friedensbewegung die Zähne.

Wir fordern die Distanziererauf, sich von den Distanzierungen zu distanzieren. Wir fordern die Basis der Friedensbewegung auf, den notwendigen Druck zu schaffen, um das Krefelder Distanzierungs-Karussell zu stoppen.

Wir verlangen die solidarische Auseinandersetzung innerhalb der Anti-Kriegs-Bewegung zu suchen.

Lindener unabhängige Initiative. Hannover

„taz“, 4.7.83

Gewaltfreiheit gefordert!

Betr.: Bush-Besuch in Krefeld/Demos/ taz v. 27.6.

Am Ende der Titelseitenberichterstattung über die Auseinandersetzungen in Krefeld zu konstatieren, daß wir der Friedensbewegung, denen, die zu Steinen statt zu treffenden Argumenten greifen, zu verdanken hätten, daß nunmehr keine deutsch-amerikanischen Feste à la Krefeld stattfinden könnten, ist verantwortungslos.

Der „Erfolg“ der Aktivitäten der 2000 Autonomen ist nicht der Friedensbewegung nützlich, sondern den Kohls und Zimmermanns. Endlich ist den Herren der Akt geliefert worden, mit dem sie ihre Herbstoffensive gegen die Friedensbewegung starten könne. Dabei geht es dann nicht mehr um Inhalte, sondern um gewalttätige Linksradikale und Autonome. Damit kann die Verschärfung des Demonstrationsrechtes bestens begründet durchgesetzt werden. Innenminister Schnoor als einer

der entschiedensten Gegner der Verschärfung des Demorechtes kann beginnend mit den Krefelder Ereignissen problemlos abgesetzt und durch jemanden „auf Linie“ ersetzt werden. Die überlebenswichtigen Kontakte und Zusammenarbeit mit der amerikanischen und europäischen Friedensbewegung treten in den Hintergrund - platter Antiamerikanismus gepaart mit revolutionsromantischer „Frontberichterstattung“ in dertaz verschweigt eine inhaltliche Darstellung und politische Einordnung der Demonstration der 40.000. Das ist so ähnlich wie in der BILD-Zeitung, nur die konzentriert sich auf platten Pro-Amerikanismus und revolutionsablehnende „Frontberichterstattung“. Die Beschimpfung der Demoteilnehmer als lasch, friedlich und unverständlich gegenüber unseren wahren Helden und „Opfern der Staatsgewalt“ zeugt vom politischen Unverstand der Berichterstatte/innen - und von ihrer Verantwortungslosigkeit.

Selbst auf die Gefahr hin, es zu wiederholen:

Die Friedensbewegung muß sich verbreiten und mehrheitsfähig werden... immer noch.

Sie ist gewaltfrei, weil Mittel und Ziel übereinstimmen, Dezentralität, Phantasie und Gewaltfreiheit sind ihre mächtigsten Widerstandsformen, weil das nicht zusammengeknüppelt und durch gängigen Sprachgebrauch in den bürgerlichen Medien neutralisiert werden kann.

Falsche Fronten?

Betr.: Bush-Besuch / Demonstrationen am 25.6. in Krefeld

Die taz-Berichterstattung zu Krefeld verstärkt meines Erachtens, ähnlich wie schon Artikel zur Kölner Aktionskonferenz und den „Herbstaktionen“, den Aufbau falscher Fronten in der Friedensbewegung: Hier legalistische Friedensmarschierer, die fröhlich ihre Runde weitab der Innenstadt drehten, sich für die Vorfälle dort überhaupt nicht interessierten bzw. sich nur von den „Gewalttatern“ distanzieren - da die „Autonomen“, die bewußt stören wollten und die offene Konfrontation mit dem Staatsapparat suchten. In dieser Darstellung fehlt total, was ich in meiner unmittelbaren Umgebung erlebte: Sowohl bei der ersten Gruppe als auch bei denen, die in der Innenstadt waren (ich war's auch), gibt es sehr viele, die mit den herkömmlichen, legalistischen und bürokratisch vorgeplanten Aktionsformen der Friedensbewegung nicht mehr zufrieden sind, die aber auch keinen Sinn darin sehen - zumindest nicht in der gegenwärtigen Situation - sich mit dem Staatsapparat auf militärische Konfrontation einzulassen.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Ich behaupte nicht wie die bürgerliche Presse, daß die „Aus-schreitungen“ von den Autonomen ausgingen, auch ich habe mich wahnsinnig über die Distanzierungen von Robert Jungk und Gerd Bastian geärgert und ich verurteile zuallererst mal die Gewalttätigkeit der Herrschenden, von der die brutale Vorgehensweise der Polizei ja nur ein Ausdruck ist. Hierin stimme ich

Wer gewalttätig ist, gehört nicht zur Friedensbewegung, das gilt für die „streetfighters“ wie für die Bundeswehr. Solidarität - liebe taz-Macher/innen - hieße das nicht vielleicht eher, ein Gespräch über die politischen Folgen der Krefelder Randalie für die Wirksamkeit der Friedensbewegung und die Notwendigkeiten für einen aussichtsreichen, „Kampf“ in diesem System mit denen zu führen, die die hilflose, selbstzerstörerische „letzte Schlacht“ auf der Straße austragen, anstatt die machtlose und nur den Mächtigen dienende Gewalt zu verherrlichen?

Eva Michels

Krefeld '83

„Ein bißchen Frieden - ein bißchen Freude“, schien die Parole zu sein, die die Friedensbewegung am 25.6. in Krefeld ausgegeben hatte.

Unter den Klängen von „We shall overcome“ und „Was wollen wir trinken“ (wir war's mit einer „Friedens-Cola“ für 2,50 DM) zogen die unentwegt Friedensbewegten an jenem schönen Tag völlig losgelöst im großen Bogen um die Realität.

übrigens mit vielen, die mehr oder weniger unzufrieden die Demo außerhalb der Innenstadt mitmachten, überein. Ich lasse mich dadurch aber nicht abhalten, auch die Taktik derjenigen Autonomen zu kritisieren, die meinten, sie müßten in Krefeld genau die Konfrontation suchen, die vom Staatsapparat erwartet wurde. Das hat viele der unzufriedenen „friedlichen Marschierer“ davon abgehalten, auch in die Innenstadt zu kommen. Und es hat bei der Krefelder Bevölkerung, die man absolut nicht durchgängig als „Jubelbürger“ bezeichnen kann, genau das Gegenteil von dem bewirkt, was wir erreichen müssen und können: Den Herrschenden zeigen, daß sie sich lächerlich machen mit ihren Inszenierungen, daß ihre Demonstrationen von Macht nicht mehr möglich sind, weil die Mehrheit der Bevölkerung nicht mitspielt, und daß ihnen so nur noch die Alternative bleibt, sie auszusperrn. (...) Was mit ein gutes Gefühl gab nach den Aktionen in Krefeld war nicht vor allem die Tatsache, daß Bushs Auto ein paar Beulen abbekam (so sehr ich mich irgendwie auch darüber gefreut hab). (...) Aber die Feststellung der Frankfurter Rundschau: „Vielleicht sind Mottos wie 'I Love America' hierzulande momentan einfach nicht en vogue“, ist meines Erachtens ein Erfolgsbeweis für diejenigen Teile der Friedensbewegung, die sich auf die Alternative: Legalismus oder offene (militärische) Konfrontation nicht einlassen...

Conni aus Köln

Während zur gleichen Zeit reihenweise die Gegner des nächsten und des tagtäglichen Krieges von den sattem bekannten Düsseldorf SEK-Schlägern in der City „erlegt“ wurden, hatten die selbsternannten Führer der Friedensbewegung nichts besseres zu tun, als sich in eiligen Distanzierungen zu ergehen und ihrer Jämmerlichkeit ins „Klugheiten“ wie: „Na was glaubt ihr, wieviele Provokateure hier unter uns sitzen“. Ausdruck zu verleihen.

Und ihr Fußvolk, auf die Schlächtereien in der City aufmerksam gemacht, konnte sich über ein peaciges Lächeln, und „Ach herrje - die Chaoten“ oder „Laßt uns doch in FRIEDEN (sie!)“ hinaus nicht dazu bequemem, seinen friedensbewegten Arsch von der Straße zu erheben und sein prophetisches „Die-in“ in der Innenstadt zu veranstalten. Wer läßt sich schon bei „Wochenend und Sonnenschein“ aus dem Lautsprecher (Nee, ist kein Witz!) gerne seine friedensbewegten Kreise stören?

„So fiel denn, bei so viel Frieden, der ansonsten als Inkarnation der Moral durch die Lande schwebeneden Petra Kelly nichts besseres ein, als im „Krefelder Hof“ mit ex CIA- und Hardliner Bush, sowie einigen Dutzend anderer Zombies aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften zu dinieren. Ob sie bei Champagner, Hummer und Kaviar versuchte, diesem illustren Kreise die Prinzipien des gewaltfreien Widerstandes gegen Befreiungsbewegungen nahezubringen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wenn dieses traurige Spektakel in Krefeld wirklich der Auftakt für den Stationierungserbst sein sollte, werden wir diese sanften Geister wohl eher beim 45. Kongreß der „Brillenträger für den Frieden“ oder beim 137. Aufguß einer Großdemo in Bonn (543.767 - auch ich war dabei!) bewundern dürfen, als dort, wo es wirklich zur Sache geht.

NIE WIEDER FRIEDEN!
VENCEREMOS!

Woger aus Berlin

Unkritisch und doof

Betr.: Bush-Besuch In Krefeld / Demos / tazv. 27.6.

Die unkritische Auseinandersetzung mit den „Autonomen“ finde ich doof. Ebenso doof wie diese selbst, die wohl gar nicht merken, daß sie mit ihren Aktionsformen nur den Militärfetischisten die Argumente liefern. Meiner Meinung nach sind diese jedoch ebenso wie deren Handlanger - bei denen es sich offensichtlich nur um Hohlköpfe handeln kann - auch nicht ein Steinchen wert.

Wolfgang H.J. Richter

Schwarz- Weiß-Schema Zu Krefeld

Eure Bush-Berichterstattung erinnerte mich fatal an das schwarz-weiß-Schema der schlechteren bürgerlichen Presse.

Die Zwischentöne, für mich einzig hoffnungsvoll und auch typisch für die Ereignisse in Krefeld, fallen dieser vereinfachten Darstellung fast völlig zum Opfer.

Charakteristisch war die, bis zum frühen Nachmittag mindestens, unerwartet geringe Anzahl von Festbesuchern. Ich habe ja nicht nachgezählt, aber eine Stadt, in der sich Hunderttausend rumtreiben, sieht einfach anders aus. Auffallend dagegen der große Anteil von Vereinen, Geschäftsleuten an dem Fest - und die geringe Zahl „gemeinen“ Publikums, was übrigens beispielsweise in der WDR-Berichterstattung auch bemerkt wurde.

Und ihr mit euren „Jubelbürgern“: Ist jeder, der mal gucken geht - so auf ein Bier - was in seiner Stadt so passiert, ein „Jubelbürger“?

Die Resonanz auf unsere Störaktionen im „inneren Kreis“ war längst nicht nur negativ - genauso wenig wie auf die unzähligen Aktionen von Bush-Gegnern im gesamten Bereich des offiziellen Festes.

(Es gab übrigens, soviel wir mitbekommen haben, keine Körperkontrollen, sonst hätten wir und die vielen anderen auch keine Transparente auf dem Platz gehabt.)

Ein beschauliches Pro-NATO-Programm durchzuziehen wurde durch die vielen Demonstranten unmöglich, die vom frühen Morgen an zum Seidenweberhaus sickerten, die sich unübersehbar an jeder Ecke, jedem Stand, in jeder Straße und in den Jubelparaden fanden. Damit hatten die Bullen nicht gerechnet, sondern eher mit einer Situation, wie ihr sie in etwa beschreibt: hierdie heile Welt der Friedensfreunde und dort die „Autonomen“. Diese Unübersichtlichkeit, Unberechenbarkeit, führte bspw. dazu, daß sich die Wege des Bush-Konvois und der Demo kreuzten. Die gesamte Krefelder Innenstadt war ein zäher Sumpf von Schaulustigen, Demonstranten, Festgruppen, Ständen, in dem jede schnelle Polizeiaktion gebremst wurde.

Ihr schreibt salomonisch: „Ein Erfolg der Friedensbewegung... den sie jenen... zu verdanken hat, die sich von legalistischen Protestformen abgewandt haben...“ Was meint ihr damit? Wenn alle, die nicht auf das „offizielle“ Friedensfest wollten, an der „autonomen“ Demo teilgenommen hätten, wäre

die Polizeistrategie mal wieder aufgegangen - die Demonstranten isolieren, provozieren. mit überlegenen Kräften angreifen, auseinanderhauen. kriminalisieren - war es am Nollendorfsplatz nicht genauso, ein glänzender Erfolg für die Bullen?

Und noch was zu „den“ Autonomen: Was meint ihr eigentlich, wer so durch die Innenstadt sickerte - die „Abhängigen“? „Die“ Autonomen waren gar nicht bei der Demo am Bahnhof, sondern ein Teil, der meinte, dies sei sinnvoll, was ich für unüberlegt und unverantwortlich halte.

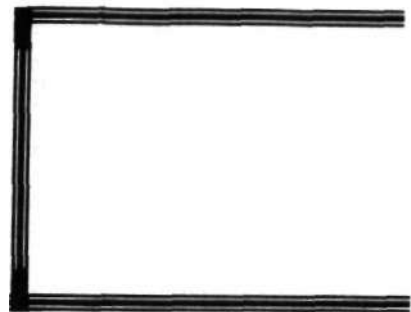
Viele andere waren aber eben nicht dort, weil man den traurigen Ablauf dieser Demo mit einer genauen Straßenkarte von Krefeld wahrscheinlich bis auf die Straßenecke genau, schon vorher nicht schwer erraten konnte, denn so phantasiereich sind Polizeistrategien ja nun nicht.

Kein Mißverständnis hier: Ich distanziere mich von diesen Autonomen in keinem Fall, sie stehen mir immer näher als all die, die sich schon distanzieren, bevor überhaupt etwas geschehen ist (oder als so Leute wie die Kelly, die sich mit ihrem einfachen Gemüt mir nichts dir nichts mit diesen Mördern an einen Tisch setzt). Nur - gebracht hat diese Demo für uns nichts und geschadet, reden wir mal nicht von der offiziellen Propaganda und ihrer Wirkung, geschadet hat sie nicht nur den Verletzten. Festgenommenen und Verhafteten. Dieser Schaden wäre vermeidbar gewesen, ohne daß die Aktionen gegen den Bush-Besuch für uns ein geringerer Erfolg geworden wären.

Und unsere mühsamen Versuche, der großen Masse der Friedenslatscher, die so langsam in ihrem phantasielosen „wir“ müssen immer größere Demos machen“ dem Herbst entgegenschlurfen, auch mal andere (nicht legalistische) Aktionsformen schmackhaft zu machen, wird in Zukunft noch schwieriger sein. Ängste und Vorurteile, die die Leute nunmal leider haben, bekommen jetzt neue Nahrung und die abwiegelnden Cheffriedensapostel haben wieder Oberwasser.

Das einzige Ergebnis solcher super-„autonom“ Augen-zu-und-durch-Aktionen ist, daß sie am Ende autonom von allem sind - von Otto Normalverbraucher sowieso, aber auch von Teilen der „Friedensbewegung“, die durchaus bereit wären, mal was anderes als Massendemos mitzumachen - vielleicht auch bald autonom von sich selbst.

Klaus, Köln - lurdie autonome Friedensgruppe, Taube Nichtse"



Wir entschuldigen uns nicht!

Betr.: Demo am 25.6. in Krefeld

Am 25.6. behinderten mehr als 2000 Menschen erfolgreich die US-Propaganda-Show in Krefeld

Parallel zu dem in einem Menschenwall um die Stadt endenden Friedenszug fand eine Demonstration von ca. 600 Leuten statt, die das Seidenweberhaus zum Ziel hatte. DIG Demo, die ungehindert in den Schutzbereich 2 kam, wurde darauf in den Seitenstraßen brutal von der Polizei au'gemischt. Es gab viele Festnahmen und z.T. Schwerverletzte. Das große Polizeiaufgebot verhinderte nicht, daß in den hitlaßen um das Seidenweberhaus und bei der Parade mit phantasiervollen Störaktionen, lautstarken Sprechchoren und Transparenten gezeigt wurde, was von dieser Art deutsch-amerikanischer Freundschaft zu halten ist. Allerdings gab es auch hier massive Übergriffe von Seiten der Staatsgewalt. Festgenommene, die sich teilweise kaum auf den Beinen halten konnten, weil sie von Greiftrupps übel zusammengeschlagen worden sind, wurden unter Gejohle und dem Beifall von Bürgern in die Wannen verfrachtet. Der Zufall funrte einige Zeit später die sich auf dem Weg zum Essen befindlichen Staatsoberhäupter und eine große Menge von Demonstranten, die von der Polizeiwache am Bahnhof die Freilassung ihrer Freunde forderten, zusammen, wobei die Fahrzeuge der Wagenkolonne mit Farbeiern und diversen Beulen verziert wurden. Insgesamt gab es 134 Festnahmen, sechs Haftbefehle wurden erlassen und 95 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Es sind Leute aus unseren Reihen, und wir distanzieren uns nicht von den gelaufenen Aktionen, sondern begrüßen ganz im Gegenteil die gelungene Behinderung des US-Spektakels. Es bleibt zu hoffen, daß bei Prozeßbeginn eine starke Sohdaritätsarbeit unseren Zusammenhalt zum Ausdruck bringt.

- Freilassung aller Gefangenen und Einstellung der Ermittlungsverfahren
- USA raus aus El Salvador und Nicaragua

- Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen

Schluß mit der menschenfeindlichen militärischen und zivilen Nutzung der Nukleartechnik.

Plenum des Sommercamps Lüchow-Dannenberg

Krefeld, Wuppertal. Allein machen sie dich ein

„Krefeld“ ist noch lange nicht zu Ende. Zwei Wochen nach dem heißen Samstag wurden sämtliche 104 Teilnehmer eines Treffens der Autonomen in Wuppertal von der Polizei festgenommen. Die Auswertung der Krefelder Ereignisse und die Vorbereitung weiterer Aktivitäten sollten dort diskutiert werden. Der kurzfristig Umzug der Versammelten vom „Haus e.V.“ in die „Börse“ konnte die Staatsmacht nicht von ihrer sorgfältig vorbereiteten Razzia — mit Hundestaffeln und Hubschrauberunterstützung — abhalten. Da für den neuen Versammlungsort kein Durchsuchungsbefehl vorlag, berief sich der sozialdemokratische Polizeipräsident kurzerhand auf „Gefahr im Verzuge“; Ziel der Aktion sei, die auf dem Treffen geplante „Vorbereitung von Straftaten“ zu verhindern. Eine halbe Stunde nach Beginn der Versammlung stürmte eine Hundertschaft mit dem Ruf „Hände hoch, Razzia“ das Haus.

Sämtliche 104 Festgenommenen wurden erkenntnisdienlich behandelt. Wer sich dagegen zu wehren versuchte, wurde in Handschellen zur ED geschleppt. Einige der festgenommenen Frauen waren nach dieser Prozedur am ganzen Körper grün und blau. Gegen fünf Uhr morgens wurden die letzten freigelassen — nach 15 Stunden im Wuppertaler Polizeipräsidium, „verpflegt“ mit Leitungswasser und Hamburgern.

Nach Angaben der Polizei ist bei der Aktion umfangreiches schriftliches Material (Flugblätter, Notizen) sichergestellt worden, aus dem eindeutig hervorgehe, das das Treffen dazu gedient habe, „weitere militante Straftaten vorzubereiten“. (So der stellvertretende Wuppertaler Polizeipräsident Schulze, zitiert nach „taz“, 12.7.). Als eindeutig belastend zitiert werden aus den — übrigens im gesamten Bundesgebiet zirkulierenden — Flugblättern Überlegungen zur Behinderung von Munitionstransporten und Passagen, in denen die Krefelder Aktio-

nen als politischer Erfolg gewertet werden: „Wenn unsere Aktionen in Krefeld bewirkt haben, daß es Jubelfeste a la Krefeld in Zukunft nicht mehr geben wird, ist das ein Erfolg, der mit Händchenhalten rund um die Innenstadt und Die-in nicht zu erreichen gewesen wäre“ (zitiert nach „taz“, 13.7.)

Die Version, die Razzia habe der Verhinderung weiterer solcher „Straftaten“ gedient, wurde allerdings schnell fallengelassen. Zugegeben wird inzwischen, daß es sich um nichts Anderes als „Amtshilfe“ für die „zumindest bisher in erheblichen Beweisschwierigkeiten“ (FAZ, 12.7.) befindliche Krefelder Polizei gehandelt habe. Auf die in Wuppertal nunmehr angeblich gefundenen „Beweise“ darf mensch gespannt sein; nur sieben der Festgenommenen waren auch schon in Krefeld festgenommen worden, weitere Haftbefehle konnten auch mit Hilfe des „umfangreichen Materials“ beim besten Willen nicht konstruiert werden. Der Pressereferent der Wuppertaler Staatsanwaltschaft formuliert denn auch Sinn und Zweck der Massenverhaftung noch sehr viel krasser: „Die (Autonomen) haben doch ihre Stützpunkte überall im Bundesgebiet und irgendwo muß man doch mal anfangen“ (nach „taz“, 13.7.). So gesehen, „geht die Wuppertaler Polizeiaktion weiter als die damalige Nürnberger Massenverhaftung“, wie die „taz“ (13.7.) schreibt; denn: „In Nürnberg hatte sich die Staatsanwaltschaft zumindest auf einige zerbrochene Fenster-scheiben berufen können und daraus ihre polizeilichen Maßnahmen abgeleitet.“

Die offenkundige Parallele zur Nürnberger KOMM-Affäre versuchen die westdeutschen Medien mit allerlei argumentativen Verrenkungen wegzudiskutieren. Für die „FAZ“ steht fest: „Die Kritik des Präsidenten des Bundesgerichtshofs, Pfeiffer, an der geplanten Ände-

LESERBRIEFE „taz“, 7.7.83

Einige Gedanken zu Krefeld

Mit großen Zweifeln, wegen unserer Organisation in den Vorbereitungstreffen, sind wir zur Demo gefahren. Es gab für das Ruhrgebiet keine Möglichkeit, eine inhaltliche Diskussion zu führen über unsere gemeinsame Strategie, noch nicht einmal Adressen von Rechtsanwälten und Sani-Gruppen waren vorhanden. So blieb bis zuletzt jedem Einzelnen überlassen, wie er/sie sich dar-

auf einstellt und durchsetzen kann. Viele sind unter diesem Druck noch am Freitagabend abgesprungen, weil sie sich nicht einfach von den (...) einmachen lassen wollten. Übrig blieb bei allen ein schlechtes Gefühl. Nach der Demo war uns, die trotzdem hingefahren sind, klar, es war richtig, nach Krefeld zu fahren, denn wir sind nicht untergegangen in diesem Friede-Freude-Fest. Wir haben das Fest wirksam gestört. Doch der Preis für die Unmöglichkeit dieser Jubelfeier erscheint uns zu hoch. Die Festnahmen zeigen, wie die Polizei darauf vorbereitet war und wie die Spaltung im Moment funktioniert für die Polizei und Staat. 134 Festnahmen sind zuviel für einige Kratzer an den Autos der (...).

Unser Widerstand darf nicht berechenbar bleiben für den Feind. Das bedeutet für uns aber auch mehr inhaltliche Diskussion. Ansonsten wird nicht nur die Form unseres Widerstandes im Herbst zerschlagen sein. Wir dürfen auch die Friedensbewegung nicht in Ruhe lassen, wir sollten sie weiterhin mit unseren Forderungen für eine antimilitaristische Politik belästigen, ganz abgesehen von den vielen spannenden Sachen, die sich nur kleine Gruppen überlegen sollten. Mit solidarischen Grüßen

B0'WG

[Liebe Leser, in die Klammern wahlweise Haus- und Nutztiere aus der Landwirtschaft einsetzen, z.B. Hühner, Kühe usw.! d. S-in]

„Die Regierung des Demonstrationsrechts ist durch das Interesse daran, aus der Wuppertaler Polizeiaktion eine Affäre zu machen, schlicht widerlegt worden. Das Interesse geht dahin, die Demonstrationen ihrer Attraktion nicht zu berauben — der Gewalttäter, die für Lärm sorgen.“ Die regierungsoptionelle „Frankfurter Rundschau“ (12.7.) haut in die selbe Kerbe: „Die Friedensbewegung — Krefeld hatte das bewiesen — hat mit diesen Leuten nichts zu tun. Sie muß das auch in Zukunft sagen und zeigen, wenn sie ihre Glaubwürdigkeit nicht gefährden will. Gewaltfreie Demonstrationen und Aktionen gegen weitere Atomraketen hierzulande sind eine, ‚militante Angriffe‘ gegen ‚Bullensperren‘ und den ‚NATO-Imperialismus‘ eine andere Sache. Die in Wuppertal zeitweilig festgehaltenen Autonomen, die alle wieder zu Hause sind, haben diese Grenze selbst gezogen. Die Szene klärt sich. Das ist nur zu begrüßen.“

Genau dieser hier geforderte „Klärungs-“ sprich: Spaltungsprozeß wäre der Anfang vom Ende der Friedensbewegung. Wer heute noch die Wuppertaler Razzia teilnahmslos oder gar wohlwollend hinnimmt, ist vielleicht morgen als Teilnehmer eines Vorbereitungstreffens für eine strikt gewaltfrei verabredete Blockade den gleichen „vorbeugenden polizeilichen Maßnahmen“ ausgesetzt wie heute die Autonomen. Denn ungesetzlich, „Gewalt“ und Straftat ist in den Augen der Aufrüster alles, was ihr Treiben behindern könnte. Das hat Generalbundesanwalt Rebmann in seinen jüngsten Warnungen vor einem „heißen Herbst“ noch einmal deutlich gemacht.



Pressemitteilung der Grünen

„Die seit Wochen bundesweit geführte Diskussion und letztliche Entscheidung über die Verschärfung des Demonstrationsrechtes hat ganz offensichtlich langst vor Inkrafttreten der neuen Regelung zur politisch-psychologischen Ermunterung polizeilicher Selbstjustiz durch einzelne Polizeipräsidenten geführt.“

Was dem CSU-Staat Bayern bei der Festnahme von 140 Personen im Nürnberger KOMM recht war, scheint nun auch im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen billig zu sein.

Die Wuppertaler Polizeiaktion mit 103 Festnahmen ist skandalös und zeigt die Bereitschaft einzelner Führungskräfte der Polizei, unter Rechtsbeugung die Kriminalisierung der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit voranzutreiben, und mit Präventivübergriffen der Stationierung von Erstschlagwaffen (Pershing 2) einen möglichst widerstandslosen Weg zu ebnen.

Das demokratische System mit dem in der Verfassung garantierten Recht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit droht zusammenzubrechen, wenn das Engagement von Millionen von Menschen in West-Europa, in USA und einzelnen Ostblockstaaten für eine sofortige atomare Abrüstung in West und Ost mangels politischer Überzeugungskraft mit Polizeigewalt in den

Bereich der Illegalität abgedrängt werden soll.“

gez. Lukas Beckmann
Bundesgeschäftsführer

„taz“, 12.7.83

Gemeinsame Solidaritätserklärung vom Hamburger Blockade-Plenum und einem Hamburger Autonomen-Treff

Zu einem Zusammentreffen vom Hamburger Blockade-Plenum, einem Treffen, das sich anlässlich der Vorbereitung der Blockaden zu Ostern gegründet hat, und ca. 50 Gäste, die sich zu den Autonomen zählen, kam es am Montag, den 11. Juli 1983 in der ESG Hamburg.

Ergebnis einer längeren Debatte um die Auftritte der Staatsgewalt in Krefeld und die Festnahmen von Wuppertal war eine Solidaritätsresolution, die von der überwiegenden Mehrheit gegen fünf Stimmen um einen Vertreter der DFG/VK verabschiedet wurde. Die Resolutionsgegner befürchteten, trotz des ausdrücklichen Hinweises auf die unterschiedlichen Bewertungen der Aktionsform einiger Autonomen in Krefeld, würden diese Aktionen durch eine solche Resolution derartige Aktionen nachträglich gerechtfertigt.

Solidaritätserklärung

Jeder, der in der BRD Friedensarbeit leistet, muß nach den Vorfällen in Wuppertal, wo 104 Leute eines Nachbereitungstreffens von Krefeld festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt wurden, damit rechnen, daß die Polizei ihn festnimmt, bei jeder Versammlung, bei der es der Polizei opportun erscheint. Als Vorwand dient die unterstellte „Vorbereitung von Straftaten“. Grund ist die Unterdrückung jeglicher Ansätze von Diskussion und Widerstand.

Wir erklären uns ausdrücklich solidarisch mit den Verhafteten von Krefeld und Wuppertal, weil auch sie die für uns lebensgefährliche Raketenstationierung verhindern wollen. Es gibt zwar unterschiedliche Meinungen zu den Aktionsformen, doch wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen, weil der gemeinsame Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen wichtiger ist.

Verschärfung des Demonstrationsrechts: Warum nicht gleich ganz abschaffen

Kaum zehn Tage nach den Krefelder Ereignissen einigte sich die Bonner Koalition auf die lange angekündigte Verschärfung des Demonstrationsrechts. Nach der von den Medien angeheizten Hysterie über die „brutalen Gewalttäter“ von Krefeld schien der Zeitpunkt günstig, die koalitionsinternen Streitereien — personifiziert in den Kontrahenten Justizminister Engelhard (FDP) und Innenminister Zimmermann (CSU) — zu beenden und der Öffentlichkeit einen „Kompromiß“ zu präsentieren. Über die vereinbarte Gesetzesänderung schreibt der „Spiegel“ (11.7.83): „Demonstrationen, aus denen heraus Gewalttaten verübt werden, sollen nicht, was Zimmermann wollte, als Ganzes kriminalisiert werden; die Polizei soll sich beim Zugriff auf sogenannte Teilmen- gen beschränken, wie es die Liberalen wünschten. Dennoch sollte der Kompromiß zu Lasten der FDP gehen: Die Demonstrationsfreiheit wird empfindlich eingeschränkt, im Falle von Gewalt sollen nur solche Demonstranten straffrei bleiben, die ‚erweislich‘ abgewiegt haben. Wenn ein Angeklagter das nicht zu erweisen vermag, droht ihm Gefängnis bis zu einem Jahr; der Grundsatz, Recht müsse im Zweifel für den Angeklagten gesprochen werden, ist umgekehrt worden.“

Zurück zu Kaisers Zeiten

Die jetzt vereinbarte Regelung knüpft an den fast 100 Jahre gültigen Landfriedensbruchparagrafen (§ 125 StGB) an, der besagte, daß alle, die sich nach Aufforderung nicht aus einer Menschenmenge, aus der heraus Gewalt ausgeübt wurde, entfernen, wegen Landfriedensbruch mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft würden. Rädelsführer und solche, denen eine Gewalttat nachgewiesen werden konnte, bekamen bis zu zehn Jahre Gefängnis.

Dieser Paragraph war 1970 von der neuen sozialliberalen Koalition reformiert worden. Danach konnten künftig nur noch diejenigen verurteilt werden, denen die konkrete Tat nachgewiesen wurde. Motiv für diese Liberalisierung war zum einen eine Entlastung der Gerichte: allein in den der Reform vorausgehenden drei Jahren liefen 1.380 Verfahren wegen Landfriedensbruch, im Zeitraum 1976 bis 1981 (ebenso wie der Abschnitt 1967-69 eine Zeit zahlreicher, teilweise massenhafter militanter Demonstrationen) dagegen „nur“ 402 Verfahren. Zum anderen stellte die Reform „auch ein Integrationsangebot an die zumeist friedfertigen unter den jugendlichen Protestanten“ der APO-Zeit („Der Spiegel“, 11.7.83) dar. Sie hatte allerdings — aus der Sicht übergeordneten staatlichen Interesses — einen wesentlichen Mangel: die Strafverfahren wurden relativ aufwendig in der Beweisführung und -Würdigung und führten häufiger zu Schlappen der Staatsanwaltschaft, wenn z.B. Polizeizeugen der Zeugenabsprache oder der Falschaussage überführt werden konnten. Oder mensch erinnere sich an die Nürnberger KOMM-Affäre, die — hätte die bayrische Justiz den alten § 125 zur Verfügung gehabt — für sie nicht in der Form zum Skandal geworden wäre.

CDU und CSU warteten seit 1974 mit immer neuen Gesetzesvorlagen auf, die eine Wiedereinführung der Rechtslage aus dem Kaiserreich zum Ziel hatten. Zum Teil nahmen sie darin auch „aus der polizeilichen Einsatzverfahren“ abgeleitete Vorschläge auf, wie sie etwa der sozialdemokratische Polizeipräsident von Westberlin, Hübner, zusammengetragen hatte.

Nach ihrem Wahlsieg vom 6.3. konnte die neue Regierung endlich zielstrebig daran gehen, dem „Demonstrationsunwesen“ wirksam zu begegnen. Der von der FDP mehrfach angekündigte „entschlossene Widerstand gegen jede Untergrabung des liberalen Rechtsstaats“ erwies sich erwartungsgemäß als Seifenblase.

„Beschämende Krawalle“ und „blamables Versagen“

„Zu den beschämenden Krawallen“ in Krefeld „und dem blamablen Versagen des nordrhein-westfälischen Innenministers Schnoor“ erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Karl Miltner (CDU):

„Darüberhinaus hat dieser Vorfall (gemeint sind die Ereignisse in Krefeld) wieder bestätigt, daß entgegen anderslautenden Beteuerungen die sog. Friedensbewegung nicht in der Lage ist, einen gewaltlosen Verlauf der Demonstrationen zu garantieren. Der Bundeshauptausschuß der Grünen hat auch am 26. Juni 1983 in Stuttgart beschlossen, sich an Blockadeaktionen und ähnlichen Maßnahmen im Herbst zu beteiligen.

Schließlich hat es sich wieder einmal gezeigt, daß unser Demonstrationsrecht dringend der Neuregelung bedarf. Von den 134 Festgenommenen sind angeblich nur noch 5 in Haft. Das macht deutlich, daß nach dem geltenden Recht die Drahtzieher und Gewalttäter nicht dingfest gemacht werden können. Die gefährlichen Ausschreitungen in Krefeld beweisen erneut, daß für die Sicherheit der Bürger angesichts des gefährlichen Gewaltpotentials bessere rechtliche Voraussetzungen geschaffen werden müssen. Die CDU/CSU wird sich deshalb nach wie vor für eine baldige Neuregelung des Demonstrationsrechts einsetzen, um derartig unwürdige und peinliche Zwischenfälle in Zukunft möglichst zu verhindern.“

Nachzulesen im Pressedienst der CDU/CSU Fraktion im deutschen Bundestag, 27.6.83.



So wird eine „passive Waffe“ zum Festnahmehenkel

Der Koalitions„kompromiß“

Was die jetzt angekündigten Gesetzesänderungen de facto bedeuten, hat Innenminister Zimmermann gegenüber dem „Spiegel“ (11.7.83) in aller Offenheit ausgeplaudert. Das „Zugeständnis“ der CDU/CSU, künftig nicht unbedingt sämtliche Teilnehmer einer „unfriedlichen“ Demonstration strafrechtlich verfolgen zu wollen, sondern ggf. nur deren „gewalttätige Teilmengen“, bezieht sich laut Zimmermann vor allem auf Großdemos. Zimmermann: „Bei einer solchen Demonstration, die 30.000 oder 100.000 oder gar 300.000 Teilnehmer hat, wäre die Polizei nie in der Lage, solche Menschenmengen festzunehmen. Sie muß sich selbstverständlich auf die gewalttätigen Teile beschränken.“

Eine weitere Passage des „Spiegel“-Interviews, die sich auf die vereinbarte Straffreiheit für „Abwiegler“ bezieht, soll hier ohne Kürzungen wiedergegeben werden; sie macht deutlich, welche handfeste Bedrohung jeder oppositionellen Bewegung — ob „militant“ oder bloß „regelverletzend“ — die sich vollziehende „Wende“ bedeutet:

„SPIEGEL: Im übrigen wollen Sie Unbeteiligte nur straffrei laufen lassen, wenn sie erweislich andere von Gewalttätigkeiten abzuhalten suchen...“

ZIMMERMANN: Ich meine, wenn sie ausschließlich zu dem Zwecke dort sind — als Sanitäter etwa oder als Journalist. Das meine ich. Ich lege Wert auf „ausschließlich“ und auf „erweislich“, auf beide Begriffe. Ich möchte nämlich nicht, daß sich die betreffenden Berufsgruppen gegenseitig bestätigen, daß sie alle Abwiegler gewesen sind.

SPIEGEL: Wie kann ein normaler Bürger beweisen, daß er als Abwiegler tätig war?

ZIMMERMANN: Wenn der örtliche Polizeieinsatzleiter sagt: Bitte, entfernen Sie sich, und er entfernt sich nicht, dann ist er schon kein normaler Bürger.

SPIEGEL: Eine kühne Definition

ZIMMERMANN: Er ist jedenfalls kein friedlicher Bürger.

SPIEGEL: Nach den Grundprinzipien des Strafverfahrens muß der Staat dem Täter nachweisen, daß er sich strafbar gemacht hat...

ZIMMERMANN: Richtig. Die Beweislast soll aber hier umgekehrt werden, denn wer nach Aufforderung der Polizei eine gewalttätige Demonstration nicht verläßt, hat sich bereits strafbar gemacht.

SPIEGEL: Das gibt es im ganzen Strafgesetzbuch nicht, außer im Fall der üblen Nachrede.

ZIMMERMANN: Man soll nie vor Neuerungen zurückschrecken, wenn sie notwendig sind.“

Eine weitere, aus der Sicht der CDU/CSU längst überfällige „Neuerung“ ist ein generelles Verbot der „Verummung“ und „passiven Bewaffnung“ (Helme, Brillen etc. zum Schutz gegen Polizeiübergriffe). Damit hätte man dann endlich eine gesetzliche Handhabe, Besitzer von Halstüchern und Motorradhelmen „vorbeugend“ festzunehmen, wenn sie erst einmal in der zentralen „Störerpartei“ erfaßt sind. Zimmermann: „Wir wissen doch aus einer Kartei, die wir haben (...), daß aus allen möglichen Städten der Bundesrepublik Leute zusammengezogen werden mit der Absicht, Gewalttaten zu begehen. Und diese Leute möchte ich, bevor sie überhaupt Gewalttaten begehen können, ohne daß es jetzt darauf anzukommen hat, ob ein örtlicher Einsatzleiter die Verummung verbietet oder nicht, aus strafrechtlichen Gründen festnehmen.“

Auszüge aus dem Bericht über den Polizeieinsatz am 25. Juni 1983 in Krefeld

1. Ausgangslage

1.1 Anlässe

Am Samstag, dem 25.6. 1983, stellten sich dem Polizeipräsidenten Krefeld neben der Bewältigung des Täglichen Dienstes folgende besondere Aufgaben:

- Schutz des Bürgerfestes „Philadelphiade“ mit etwa 100.000 z.T. auswärtigen Besuchern der Krefelder Innenstadt
- Schutz einer Straßenparade unter Beteiligung amerikanischer Musikkapellen (American Street Parade)
- Schutz des Festaktes im Seidenweberhaus, an dem neben dem Bundespräsidenten Dr. Carstens, dem Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten Bush, Bundeskanzler Dr. Kohl und Finanzminister Dr. Posser eine Vielzahl weiterer bedeutender Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnahm
- Schutz der Veranstaltung im „Krefelder Hof“
- Schutz der Anfahrt der Ehrengäste vom Hubschrauberlandeplatz zum Seidenweberhaus sowie der anschließenden Fahrt zum „Krefelder Hof“ und von dort zum Hubschrauberabflugort nach Bottrop bzw. Bonn
- Schutz einer Veranstaltung des Arbeitskreises „Krefelder Friedenswochen“ mit
 - 4 Auftaktkundgebungen
 - 4 Aufzügen, die sich um den Stadtkern Krefeld bewegten
 - zentraler Abschlußkundgebung mit zahlreichen Rednern und anschließendem Volksfest auf dem Sprödenalplatz
- Verhinderung von Ausschreitungen gewalttätiger Störer, deren Feststellung, Bindung und Festnahme.

1.2 Erkenntnislage

Aufgrund der zu den einzelnen Anlässen gewonnenen Erkenntnisse und Hinweise zeichnete sich folgendes Bild ab:

1.2.1

Nach Plakataktionen, ständigen Pressehinweisen und -aufrufen zur Philadelphiade und Straßenparade war mit reger Beteiligung der Bürger aus Krefeld und der Umgebung zu rechnen. Die damit verbundenen Probleme der Verkehrslenkung wurden mit dem Oberstadtdirektor Krefeld erörtert.

1.2.2

Für die Bewältigung der weiteren polizeilichen Aufgaben waren die Aufklärungsergebnisse und Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden, des Bundes und der Länder von zentraler Bedeutung. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen hatte daher die nachgeordneten Behörden angewiesen und die Innenminister/-senatoren der Länder und des Bundes gebeten, für den Einsatz in Krefeld bedeutsame Erkenntnisse dem Polizeipräsidenten Krefeld, dem Regierungspräsidenten Düsseldorf, dem Landeskriminalamt und dem Lagezentrum des Innenministers NW zuzuleiten. Aufgrund des Erkenntnis-

austausches der Sicherheitsbehörden, der auf den Polizeieinsatz in Krefeld bezogen als vorbildlich zu bezeichnen ist, konnten frühzeitig ein sich später bestätigendes Lagebild entwickelt und die Einsatzmaßnahmen entsprechend vorbereitet werden.

1.2.3

Danach zeichnete sich klar ab, daß die Veranstaltungen des Arbeitskreises „Krefelder Friedenswochen“ einen friedlichen Verlauf nehmen würden, und daß militante Störer aus dem gesamten Bundesgebiet und West-Berlin anreisen und unabhängig von der angemeldeten Demonstration die Veranstaltungen in Krefeld zum Anlaß nehmen wollten, um Gewalttätigkeiten zu begehen. Besonderes Ziel ihrer Aktionen sollte das Seidenweberhaus sein, das als Stätte der Unterzeichnung des „Krefelder Appells“ offensichtlich einen außerordentlich hohen Symbolwert besaß.

Daraus ergab sich für die polizeiliche Einsatzkonzeption als vorrangige Aufgabe, beabsichtigte Ausschreitungen gewalttätiger Störer zu verhindern, die Veranstaltungen, insbesondere den Festakt im Seidenweberhaus zu schützen, die Kravallmacher zu binden und festzunehmen.

1.2.4

Aus den Erkenntnismitteilungen der Sicherheitsbehörden ging deutlich hervor, daß die potentiellen gewalttätigen Störer nicht mit Waffen anzureisen beabsichtigten, weil sie mit gründlichen polizeilichen Vorkontrollen rechneten. Stattdessen wurde dazu aufgerufen, sich nach der Ankunft in Krefeld zu bewaffnen.

Die Richtigkeit der Aufklärungsergebnisse bestätigten sich, denn trotz gezielter gründlicher Vorkontrollen an den Abfahrtsorten gingen am Vortag und am Veranstaltungstag keine Hinweise auf bewaffnet anreisende Störer ein.

Umfassende Vorkontrollen aller nach Krefeld anreisenden Besucher und Teilnehmer der vielfältigen Veranstaltungen (mehrere 10.000 auswärtige Besucher der Philadelphiade, 25.000 Teilnehmer der friedlichen Protestveranstaltung der Arbeitsgemeinschaft „Krefelder Friedenswochen“ sowie Kauflustige für den eigens an diesem Tage eingerichteten verkaufsoffenen Samstag) hätten nahezu ausschließlich friedliche Bürger getroffen und verboten sich aus Gründen der Verhältnismäßigkeit.

1.2.5

Durch eine Arbeitsgruppe des Innenministers NW wurde festgestellt, daß sämtliche Erkenntnismeldungen dem Führungsstab des PP Krefeld vorlagen und ausgewertet wurden (...).

2. Vorbereitungs- und Planungsphase

2.1.4 Arbeitskreis Krefelder Friedenswochen

— Friedensdemonstration —

Mit Schreiben vom 14.3. 1983 an den Polizeipräsidenten

hatte der Oberstadtdirektor u.a. den Wunsch ausgedrückt, „im Bereich der vier Wälle für die Zeit vom 16. bis einschließlich 27. Juni 1983 keine Demonstrationen zu gestatten, die den Festablauf beeinträchtigen können“.

Am 12.4. 1983 fand beim Polizeipräsidenten ein Gespräch zwischen Stadt und Polizei über die Sicherheitslage statt. Gegenstand waren u.a. die Meldungen aus der DKP-Zeitung „UZ“ über eine Anti-Bush-Demonstration in Krefeld (SDAJ-Aufruf) und ein Aufruf des Arbeitskreises Krefelder Friedenswochen zu einer Demonstration am 25.6. 1983 in Krefeld.

Dabei wurden die Vertreter der Stadt auf die Möglichkeit von Demonstrationen und von denkbaren Störaktionen anlässlich des Bush-Besuches hingewiesen. Es wurde betont, die Abwendung von Störaktionen könne im Hinblick auf die Vielzahl der Veranstaltungen am 25.6. 1983 polizeilich schwierig werden. Es würden jedenfalls starke Polizeikräfte erforderlich sein.

Am 20.4. 1983 ging bei Oberbürgermeister Pützhofen und Oberstadtdirektor Dr. Steffens die Anmeldung einer Großdemonstration des Arbeitskreises Krefelder Friedenswochen * (AK) vom Vortag für den 25.6. 1983, 10.00 - 16.00 Uhr ein, die zuständigkeitshalber an den Polizeipräsidenten weitergeleitet wurde. Die Veranstaltung sei als Unterstützung des Krefelder Appells aus Anlaß des 300. Jahrestages der Auswanderung der ersten Deutschen nach Nordamerika gedacht und diene schwerpunktmäßig der deutsch-amerikanischen Freundschaft. 20.000 Teilnehmer aus ganz Nordrhein-Westfalen würden erwartet. Ein Demonstrationzug solle vom Hauptbahnhof über Ostwall, Südwall und Westwall zum Nordwall westlich um die Innenstadt herum und ein zweiter über HansasträÙe und Philadelphiastraße zum Nordwall ziehen, wo zwischen Polizeipräsidium und Landgericht eine Großkundgebung als Friedensfest stattfinden solle.

Der Anmeldung ging ein Schriftwechsel zwischen dem AK und dem Liegenschaftsamt voraus, bei dem die Stadt die Bereitstellung des Sprödentalsplatzes (als privater Eigentümer) abgelehnt hatte.

Die angemeldete Kundgebung auf dem Nordwall hätte aus verkehrspolizeilichen Gründen und aus allgemeinen Sicherheitsgründen wegen der Nähe des Seidenweberhauses gemäß § 15 Versammlungsgesetz verboten werden müssen. Der Polizeipräsident setzte sich daraufhin mit dem Oberstadtdirektor in Verbindung und empfahl, einen anderen Veranstaltungsort vorzuschlagen. Nach eingehender Erörterung zwischen Polizei- und Stadtspitze wurde dem Anmelder das Grotenburg-Stadion — und, als er dies begründet ablehnte — am 10.5. 1983 der Sprödentalsplatz als Kundgebungsort zugesagt. Der AK zog daraufhin die Anmeldung für den Nordwall zurück.

Am 11.5. 1983 meldete der AK einen Demonstrationzug vom Hauptbahnhof zum Sprödentalsplatz an, der vom Hauptbahnhof über Südwall, Westwall und Nordwall führen solle. Am 20.5.1983 unterrichtete der Polizeipräsident wunschgemäß den Oberbürgermeister von den angemeldeten Zugwegen und äußerte seine Bedenken insbesondere im Hinblick auf die Nähe des Seidenweberhauses (250 - 300 m). Der Oberbürgermeister trat die Auffassung, daß der Zug in größerer Entfernung vom Seidenweberhaus geführt werden solle. Der Polizeipräsident erklärte, in diesem Sinne mit dem AK verhandeln zu wollen.

Am 24.5.1983 schlug er dem AK vor, auf die Benutzung der Wälle zu verzichten, weil insoweit eine Anmeldebestätigung nicht in Aussicht gestellt werden kön-

ne. Stattdessen wurde zu überlegen gegeben, einen Zug vom Hauptbahnhof in östlicher Richtung direkt zum Sprödentalsplatz zu führen. Für die im Bereich Westparkstraße ankommenden Omnibusse und Pkw-Benutzer wurde eine Nordroute zu überlegen gegeben, die ca. 1 km vom Seidenweberhaus entfernt verläuft.

Am 27.5.1983 meldete der AK in Abänderung der bisherigen Anträge die Großkundgebung für 14.00 - 20.00 Uhr auf dem Sprödentalsplatz an. Die Teilnehmer sollten sich zunächst an 4 Sammelpunkten (am Hansahaus - Nähe Hauptbahnhof -, Parkplatz Eisstadion, am Stadtwald und an der Grotenburg) zu Auftaktkundgebungen sammeln, ab 12.00 bis 14.00 Uhr auf 3 Zugwegen südlich, westlich und nördlich um die Innenstadt, unter Aussparung der vier Wälle herumziehen. Der 4. Zug solle von der Grotenburg nördlich ziehen und dann im Bereich des Nordteils der Philadelphiastraße auf die anderen Züge stoßen.

Am 9.6.1983 fand eine weitere Besprechung mit dem AK, diesmal unter Beteiligung des Stadtdirektors und weiterer städtischer Beamter statt, in der gewisse Abänderungen der Zugwege, insbesondere im Hinblick auf die Streckenführung der Straßenparade vereinbart wurden. Am 14.6.1983 kam es dann zum Abschluß eines Mietvertrages zwischen dem AK und der Stadt.

Die Anmeldebestätigung wurde am 16.6.1983 erteilt, zugestellt und am 23.6.1983 geringfügig abgeändert.

Die Bestätigung enthält u.a. die Auflage des Verbots der Passivbewaffnung und eines Vermummungsverbotes für die angemeldeten Veranstaltungen.

Niederschriften über die erwähnten Besprechungen liegen dem Polizeipräsidenten Krefeld vor (...).

2.2.2 Nachrichtensammi- und Informationsstelle

Am 7. Juni 1983 wurde beim Polizeipräsidenten Krefeld eine Nachrichtensammi- und Informationsstelle eingerichtet. Hierüber wurden alle Polizeibehörden des Bundes und der Länder am 10. Juni 1983 informiert.

Mit Wirkung vom 14. Juni 1983 übernahm der vom Polizeipräsidenten Wuppertal zum Polizeipräsidenten Krefeld abgeordnete Kriminaloberrat Schauer die Leitung dieser Stelle.

KOR Schauer berichtete dem Polizeipräsidenten und den Mitgliedern der Planungsgruppe bei den allmorgendlichen Lagebesprechungen über die zuletzt eingegangenen Aufklärungsergebnisse. Die Abschnittsführer wurden täglich schriftlich über die aktualisierte Lage informiert (...).

2.2.4 Koordinierungsmaßnahmen des Innenministeriums

Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen unterrichtete die Landesregierung über den bevorstehenden Polizeieinsatz in Krefeld in der Kabinettsitzung am 21. Juni 1983.

Am Vormittag des 22. Juni 1983 informierte sich der Innenminister Dr. Schnoor in der Nachrichten- und Führungszentrale der Polizeiabteilung, in der in Abstimmung u.a. mit dem Polizeipräsidenten Krefeld und den Lagezentren des Bundesministers des Innern und der Innenminister/-senatoren der Länder ständiger Informationsaustausch erfolgte, über den neuesten Erkenntnisstand. Dabei schloß er sich einer im Rahmen des Meldesystems zugegangenen Einschätzung einer Bundesbehörde, in der die Gefahren geringer eingeschätzt wurden als von der nordrhein-westfälischen Polizei, nicht an.

Am 22. Juni 1983, um 16.00 Uhr, ließ sich Innenminister Dr. Schnoor vom Polizeipräsidenten Krefeld im Beisein des Oberbürgermeisters Pützhofen eingehend über das Einsatzkonzept und den Stand der Einsatzvorbereitungen berichten.

Er ließ keinen Zweifel daran, daß er die Lage sehr ernst bewerte.

Er führte aus, daß er sich vor den Großeinsätzen in Bonn anlässlich des NATO-Gipfeltreffens und der Demonstration der Kernkraftgegner in Kalar eines positiven Verlaufs sicher gewesen sei; aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse müsse er jedoch in Krefeld mit massiven Störungen rechnen.

Er betonte ausdrücklich, daß erkannte Straftäter, wenn immer möglich, festgenommen werden, die Maßnahmen der Beweissicherung gründlich und die Einleitung von Strafverfahren zügig erfolgen sollten.

Er wies ferner auf den zusätzlichen Schutz amerikanischer Einrichtungen in Krefeld hin.

Das vorgesehene Einsatzkonzept fand seine Zustimmung.

Am gleichen Tag erfolgten gegen 18.00 Uhr Telefongespräche zwischen dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, und gegen 19.00 Uhr zwischen Innenminister Dr. Schnoor und dem Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Dr. Schreckenberger.

Auf Anfrage des Landeskriminalamtes NW, dem der Innenminister zustimmte, gab das Landeskriminalamt vom 24. Juni 1983 bis 26. Juni 1983 den Zugriffsschutz auf die Datei „Landfriedensbruch und artverwandte Straftaten“ frei.

Die nachgeordneten Polizeibehörden wurden entsprechend unterrichtet.

Aufgrund der Ausgangslage unterstellte der Innenminister dem Polizeipräsidenten Krefeld Kräfte der Bereitschaftspolizei und der Kreispolizeibehörden des Landes NW, so daß ihm für den Einsatz insgesamt 2.733 Beamte zur Verfügung standen.

Aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse wurden gezielte Überwachungs-, Aufklärungs- und Schutzmaßnahmen für amerikanische Einrichtungen, Institutionen und Niederlassungen angeordnet (...).

Die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn wurde fernschriftlich gebeten, allen an dem Einsatz beteiligten Polizeibehörden des Landes vorliegende oder zu gewinnende Erkenntnisse, insbesondere Reiseabsichten von Demonstrationsteilnehmern (Sonderzüge, Zielbahnhöfe, Zeiten) und die Anreise von Personen (Anzahl, Sicherheitsrelevante Besonderheiten) mitzuteilen.

Der Polizeipräsident Krefeld und die Nachrichten- und Führungszentrale des Innenministers NW sollten bei zeitlicher Dringlichkeit fernmündliche verständigt werden.

2.3 Führungs- und Einsatzkonzept

2.3.1 Führungskonzeption

Die Führungskonzeption wurde maßgeblich von der Vielzahl der zu bewältigenden Aufgaben bestimmt. Der Einsatzleiter entschied sich zum Einsatz eines Führungsstabes der Kreispolizeibehörde Krefeld und zur Bildung von 8 Einsatzabschnitten.

Die Einsatzabschnitte sollten von bewährten Polizeibeamten des höheren und des gehobenen Dienstes geführt werden. So waren beispielsweise für die Abschnitte „Seidenweberhaus“ und „Krefelder Hof“ Schutzpolizeidirektor Block und Polizeiobererrat Lopacki vorgesehen, die bei vielen Einsätzen aus Anlaß von Demonstra-

tionen in- und außerhalb von Nordrhein-Westfalen Erfahrungen gesammelt hatten. Sie wurden durch Führungsgruppen der Bereitschaftspolizeiabteilungen V und IV unterstützt.

Für die schwierigen Aufgaben des Raumschutzes und des Schutzes der Demonstrationen des „Arbeitskreises Krefelder Friedenswochen“, die umfangreiche Ortskenntnisse erforderten, waren die Schutzbereichsleiter des Polizeipräsidenten Krefeld, vorgesehen.

2.3.2 Einsatzkonzeption

Der erwarteten vorzeitigen Anreise gewalttätiger Störer sollte dadurch entgegengewirkt werden, daß bereits am Vorabend und in der Nacht gründliche Aufklärung und Voraufsicht betrieben wurde.

Eine in den frühen Morgenstunden einsetzende Aufklärung durch Beamte in bürgerlicher Kleidung sollte Reisebrennpunkte, Störergruppen und deren Absichten sowie deren Bewaffnung erkennen.

Auf umfassende Vorkontrollen am Stadtrand von Krefeld wurde aufgrund der in Nr. 1.2.4 dargelegten Gründen verzichtet. Bei dieser Entscheidung wurde berücksichtigt, daß Vorkontrollen an den Grenzübergängen sowie an allen bekannten Abfahrtsorten in den Bundesländern, insbesondere in Nordrhein-Westfalen, vorgesehen waren.

Dem Festakt im Seidenweberhaus wurde auch wegen der Teilnahme zahlreicher Ehrengäste und besonders zu schützender Persönlichkeiten die zentrale Bedeutung des Einsatzes beigemessen, insbesondere deshalb weil

— Aufklärungsergebnisse die Absicht von gewalttätigen Störern offenlegten, die Veranstaltung zu stören und das Seidenweberhaus zu beschädigen,

— die polizeilichen Maßnahmen durch das in unmittelbarer Nähe stattfindende Bürgerfest und die amerikanische Straßenparade erschwert wurden.

Diese Aufgabe sollte mit starken Kräften, die dem Einsatzanlaß angepaßt ausgerüstet und bewaffnet waren, bewältigt werden.

Mit technischen Sperren sollten die St.-Anton-Straße und die Königstraße (Zufahrt zum Seidenweberhaus) freigehalten werden. Auch auf dem Theaterplatz sollte mit technischen Sperren erreicht werden, daß ein bestimmter Raum vor dem Seidenweberhaus freigehalten und im übrigen Bereich der Besucherstrom überwacht werden konnte. Hierzu war im übrigen vorgesehen, auf dem Theatervorplatz zahlreiche Beamte im täglichen Dienstanzug zu zeigen, um einerseits Störungen zu verhindern und andererseits nicht den Eindruck eines überzogenen Polizeieinsatzes zu erwecken (...).

Für den Schutz der Auftaktkundgebungen an den vier Sammelpunkten, der Aufzüge, der Abschlußkundgebung und dem anschließenden Volksfest auf dem Spröndentalplatz waren schwache Polizeikräfte in normaler Dienstkleidung vorgesehen. Hierbei konnte davon ausgegangen werden, daß nach allen vorliegenden Erkenntnissen mit einem gewaltfreien Verlauf der Veranstaltungen des „Arbeitskreises Krefelder Friedenswochen“ gerechnet werden konnte.

Auch für den Schutz der amerikanischen Straßenparade sollten schwache Kräfte in normaler Dienstkleidung eingesetzt werden.

Zur erforderlich werdenden Unterstützung aller eingesetzten Kräfte und zum Einsatz gegen gewalttätige Störer sollten mit dem Auftrag „Raumschutz“ starke bewegliche Kräfte im Einsatzanzug und mit entsprechender Ausrüstung bereitgehalten werden.

Alle eingesetzten Kräfte, insbesondere aber die des Raumschutzes, hatten den Auftrag, gegen gewalttätige Störer konsequent vorzugehen. Mit einer Einzelanordnung hatte der Einsatzleiter dem Führer des Abschnitts „Raumschutz“ aufgegeben, den Raum zwischen Nordwall/Ostwall/Südwall/Westwall von größeren Gruppen gewalttätiger Störer freizuhalten. Außerdem sollten diese Gruppen eingeschlossen und festgenommen



Ja, wo laufen sie denn? ...



... da, oder da? ...



Oh je, jetzt nur noch von hinten!

BUs Seite 46

werden. Mitgeführte Waffen oder gefährliche Gegenstände waren sicherzustellen oder zu beschlagnahmen.

Von einem weiteren Abschnitt waren verkehrspolizeiliche Maßnahmen, insbesondere auf den Anfahrtsstrecken durchzuführen. Zum Auftrag dieser Kräfte gehörte auch das Freimachen von Rettungswegen nach spezieller Weisung des Führungsstabes.

Zwei bewegliche Reserven in der Nähe der erwarteten Brennpunkte Seidenweberhaus und Hauptbahnhof vervollständigten das taktische Konzept.

Zur Verhinderung von Anschlußaktionen waren für die Nacht vom 25. zum 26. Juni 1983 starke Kräfte zur Nachtaufsicht bereitzuhalten.

3. Einsatzverlauf

3.1 Aufklärung, Voraufsicht

Mit Wirkung vom 10. Juni 1983 wurden alle Polizeidienststellen des PP Krefeld angewiesen, lagebezogene Aufklärung — auch durch Fuß- und Fahrradstreifen — zu betreiben. Dazu wurden Diensthundführer und Kräfte des Einsatzzuges den Schutzbereichen unterstellt.

Dieser Aufklärungsbefehl wurde am 23. Juni 1983 dahingehend konkretisiert, daß alle Fahrzeuge mit auswärtigen Kennzeichen zu überprüfen und im Verdachtsfall auf Waffen und gefährliche Gegenstände zu durchsuchen seien.

Am 24. Juni 1983 wurde ab 21.00 Uhr mit der Voraufsicht begonnen. Neben eigenen Kräften standen zwei Einsatzzüge zur Verfügung.

Zwei einschlägig bekannte Objekte wurden observiert. Es ergaben sich jedoch keine Anhaltspunkte, die eine Durchsuchung gerechtfertigt hätten.

Am 25. Juni 1983 wurden aufgrund eines Hinweises in der Zeit von 1.00 Uhr bis 3.00 Uhr alle Schließfächer des Hauptbahnhofes Krefeld überprüft, hierbei konnten ebenfalls keine Erkenntnisse gewonnen werden.

In den frühen Morgenstunden des 25. Juni 1983 durchsuchten Kräfte der Voraufsicht aufgrund eines Hinweises ein Haus, dort abgestellte Kraftfahrzeuge und den Hofraum. Dabei wurden neben einer Vielzahl von Holzknüppeln und Eisenrohren u. a. Knallkörper sichergestellt. Daraus ergaben sich Anhaltspunkte, daß 24 Personen in unfriedlicher Absicht an den Veranstaltungen teilnehmen wollten. Von ihnen wurden 22 Personen aus rein polizeirechtlichen Gründen in Gewahrsam genommen, 2 Personen konnten darüberhinaus aus strafprozessualen Gründen (Widerstand, Verstoß gegen BTM-Gesetz) festgenommen werden.

Vorkontrollen gab es auf Ersuchen des Innenministers NW an den Grenzübergängen sowie an allen Abfahrtsorten in den Bundesländern, so auch in NW; diese sind an besonders kritischen Orten sehr gründlich durchgeführt worden. Dabei wurden Personen überprüft und Sachen durchsucht.

Erkenntnisse, ob dem Ersuchen um Zurückweisung potentieller gewalttätiger Störer in Einzelfällen entsprochen worden ist, sind bisher aus den Bundesländern nicht übermittelt worden.

Konkrete Hinweise auf bewaffnet anreisende Störer gingen am Vortage und Veranstaltungstage nicht ein. Daraus ist zu schließen, daß die gewalttätigen Störer verdeckt angereist sind. Insoweit hat sich die Annahme bestätigt, daß gewalttätige Störer ohne besondere Ausrüstung in den Einsatzraum anreisen würden. Dies zeigt auch die geringe Zahl an besonderer Ausrüstung gegenüber vergleichbaren Veranstaltungen (...).

3.2.2 Aufklärung

Bereits bei Beginn der verstärkten Aufklärung wurden Fahrzeuge überprüft, in denen verdächtige Personen nächtigten.

Lagerorte von Gegenständen, die als Waffen hätten benutzt werden können, wurden nicht festgestellt.

Die Aufklärungskräfte haben — je nach Einsatzort — ihre Ergebnisse über Funk oder Telefon an den Führungsstab weitergegeben (...).

3.2.8 Raumschutz

Aufgrund der eingegangenen Erkenntnisse war die Absicht gewalttätiger Kräfte bekannt, die Philadelphiade, insbesondere den Festakt zu stören und sich davon auch durch die Polizei nicht abhalten zu lassen.

Weniger eindeutig war das Konzept des Vorgehens. Nach den Erkenntnissen mußten schwerpunktmäßig drei Vorgehensweisen militanter Kräfte taktisch abgedeckt werden:

- Treffen am Bahnhof und geschlossener Marsch zum Seidenweberhaus;
- Anschließend Gewalttätigkeiten aus dem „Schutz“ der friedlichen Demonstrantenzüge heraus;
- Aktionen in Kleingruppen im Bereich des Bürgerfestes.

Schließlich war eine Mischung dieser Vorgehensweisen möglich.

Auftrag des Abschnittes Raumschutz war es, den Einsatzraum zu überwachen, Störer fest- bzw. in Gewahrksam zu nehmen, das Bilden neuer Störergruppen zu verhindern und besonders gefährdete Objekte zu schützen. Eine enge Verbindung zur Aufklärung war erforderlich.

Ab 9.46 Uhr gingen Aufklärungshinweise auf militante Störergruppen am Hauptbahnhof ein. Kräfte des Raumschutzes standen hier zwar seit 9.34 Uhr bereit, schritten jedoch nicht ein, um u.a. ein Untertauchen der Störer in der Menschenmenge und einen Solidarisierungseffekt bei friedlichen Demonstranten zu vermeiden.

Die erkennbar unfriedlichen Störer formierten sich unter ständigem Zulauf gegen 10.00 Uhr zu einem Block, der vom Hauptbahnhof über den Ostwall in Richtung Seidenweberhaus zog. Die Teilnehmerzahl lag bis zum Südwall bei ca. 1.000, wobei in dieser Phase nur schwer auszumachen war, ob sich in der Menschenmenge auch Personen befanden, die sich zu den Festveranstaltungen der Philadelphiade begeben wollten. Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine Sperre der Polizei in Höhe Südwall eingerichtet, um ein weiteres Vordringen der Störer in Richtung Seidenweberhaus zu verhindern (...).

Die Störer bogen daraufhin nach links ab und marschierten über den Südwall in Richtung Westen. Es befanden sich drei Hundertschaften und ein Spezialeinsatzkommando in diesem Einsatzraum. In Höhe Breite Straße wurden die Störer durch eine dreifache Polizeikette aufgehalten.

Um 10.27 Uhr griffen die gewalttätigen Störer die Polizeibeamten mit Steinen, Farbbeuteln und Knallkörpern an.

Gleichzeitig attackierten ca. 50 — 60 behelmte Störer die Absperrkräfte mit Eisenrohren, Holzknüppeln, Spaten und anderen Waffen. Dabei gingen sie mit äußerster Brutalität vor.

Um 10.35 Uhr war der Block der Störer auf dem Südwall und in dessen Umgebung aufgelöst. Vom Südwall lief eine abgesprengte Gruppe über die Lewerentzstraße in Richtung Gladbacher Straße, wo sie auf sechs Beamte traf, die zum Schutz der Aufzüge und Kundgebungen eingepplant waren. Diese Beamten wurden sofort massiv angegriffen und mußten sich zurückziehen (...).

Die Kräfte des Raumschutzes hatten zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vielzahl von Festnahmen auf dem Südwall und den angrenzenden Nebenstraßen durchgeführt.

Um 10.52 Uhr war die Lage auf dem Südwall weitgehend beruhigt.

Um 11.08 Uhr meldete die Aufklärung, daß sich am Südwall in Höhe des Ostwalls erneut gewalttätige Störer sammelten, um zum Seidenweberhaus zu ziehen. Eine Reserve-Hundertschaft wurde eingesetzt und konnte ein Vordringen auf das Seidenweberhaus verhindern.

Aufgrund des starken Einsatzes von Raumschutzkräften gelang es den Störern in der Folgezeit nicht mehr, sich zusammenzurotten.

Um 11.22 Uhr waren die Gewalttätigen zerstreut und mischten sich unter friedliche Aufzugsteilnehmer und Besucher des Bürgerfestes.

Um 11.36 Uhr griffen gewalttätige Störer die amerikanische Straßenparade mit Stein- und Knallkörperwürfe an. Sie wurden dabei in Schlägereien mit Zuschauern verwickelt. Sofort eingesetzte Kräfte des Raumschutzes drängten die Störer ab und gewährleisteten den weiteren Schutz der Straßenparade (...).

Um 13.11 Uhr meldete die Aufklärung, daß ca. 200 bis 300 Störer vom Seidenweberhaus ungeordnet in Richtung Ostwall zögen. Diese Gruppen erreichten um 13.15 Uhr die Kreuzung Ostwall/Stephanstraße. Zugleich befanden sich starke Raumschutzkräfte im Einsatzraum. Zum Einsatz kam es nicht, da keine Störungen mehr erkennbar waren.

Um 13.15 Uhr meldete der Schutzbereich West auf der Hansastraße, daß sich Personen vor dem Gebäude sammelten, die sich aber friedlich verhielten. Gleichwohl wurden Kräfte des Raumschutzes dahin entsandt.

Ab 9.46 Uhr gingen Aufklärungshinweise auf militante Störergruppen am Hauptbahnhof ein. Kräfte des Raumschutzes standen hier zwar seit 9.34 Uhr bereit, schritten jedoch nicht ein, um u.a. ein Untertauchen der Störer in der Menschenmenge und einen Solidarisierungseffekt bei friedlichen Demonstranten zu vermeiden.

Die erkennbar unfriedlichen Störer formierten sich unter ständigem Zulauf gegen 10.00 Uhr zu einem Block, der vom Hauptbahnhof über den Ostwall in Richtung Seidenweberhaus zog. Die Teilnehmerzahl lag bis zum Südwall bei ca. 1.000, wobei in dieser Phase nur schwer auszumachen war, ob sich in der Menschenmenge auch Personen befanden, die sich zu den Festveranstaltungen der Philadelphiade begeben wollten. Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine Sperre der Polizei in Höhe Südwall eingerichtet, um ein weiteres Vordringen der Störer in Richtung Seidenweberhaus zu verhindern.

Die Störer bogen daraufhin nach links ab und marschierten über den Südwall in Richtung Westen. Es befanden sich drei Hundertschaften und ein Spezialeinsatzkommando in diesem Einsatzraum. In Höhe Breite Straße wurden die Störer durch eine dreifache Polizeikette aufgehalten.

Um 10.27 Uhr griffen die gewalttätigen Störer die Polizeibeamten mit Steinen, Farbbeuteln und Knallkörpern an.

Gleichzeitig attackierten ca. 50 — 60 behelmte Störer die Absperrkräfte mit Eisenrohren, Holzknüppeln, Spaten und anderen Waffen. Dabei gingen sie mit äußerster Brutalität vor.

Um 10.35 Uhr war der Block der Störer auf dem Südwall und in dessen Umgebung aufgelöst. Vom Südwall lief eine abgesprengte Gruppe über die Lewerentzstraße in Richtung Gladbacher Straße, wo sie auf sechs Beamte

traf, die zum Schutz der Aufzüge und Kundgebungen eingeplant waren. Diese Beamten wurden sofort massiv angegriffen und mußten sich zurückziehen (...).

Die Kräfte des Raumschutzes hatten zu diesem Zeitpunkt bereits eine Vielzahl von Festnahmen auf dem Südwall und den angrenzenden Nebenstraßen durchgeführt.

Um 10.52 Uhr war die Lage auf dem Südwall weitgehend beruhigt.

Um 11.08 Uhr meldete die Aufklärung, daß sich am Südwall in Höhe des Ostwalls erneut gewalttätige Störer sammelten, um zum Seidenweberhaus zu ziehen. Eine Reserve-Hundertschaft wurde eingesetzt und konnte ein Vordringen auf das Seidenweberhaus verhindern.

Aufgrund des starken Einsatzes von Raumschutzkräften gelang es den Störern in der Folgezeit nicht mehr, sich zusammenzurotten.

Um 11.22 Uhr waren die Gewalttätigen zerstreut und mischten sich unter friedliche Aufzugsteilnehmer und Besucher des Bürgerfestes.

Um 11.36 Uhr griffen gewalttätige Störer die amerikanische Straßenparade durch Stein- und Knallkörperwürfe an. Sie wurden dabei in Schlägereien mit Zuschauern verwickelt. Sofort eingesetzte Kräfte des Raumschutzes drängten die Störer ab und gewährleisteten den weiteren Schutz der Straßenparade (...).

Um 13.11 Uhr meldete die Aufklärung, daß ca. 200 bis 300 Störer vom Seidenweberhaus ungeordnet in Richtung Ostwall zögen. Diese Gruppen erreichten um 13.15 Uhr die Kreuzung Ostwall/Stephanstraße. Zugleich befanden sich starke Raumschutzkräfte im Einsatzraum. Zum Einsatz kam es nicht, da keine Störungen mehr erkennbar waren.

Um 13.15 Uhr meldete der Schutzbereich West auf der Hansastrasse, daß sich Personen vor dem Gebäude sammelten, die sich aber friedlich verhielten. Gleichwohl wurden Kräfte des Raumschutzes dahin entsandt.

Sie hatten die Hansastrasse noch nicht erreicht, als dort um 13.15 Uhr die Kolonne des Bundespräsidenten und um 13.19 Uhr die des amerikanischen Vizepräsidenten angegriffen wurden.

Als Störer um 13.24 Uhr versuchten, in die Räume der Polizeidienststelle einzudringen, wurden sie von inzwischen eingetroffenen Raumschutzkräften daran gehindert.

Um 13.26 Uhr war die Lage am Schutzbereich West und am Hauptbahnhof beruhigt.

Um 14.15 Uhr wurde noch einmal eine Ansammlung von 200 Störern an der Cracauer Straße/Philadelphiasstraße gemeldet. Durch den Einsatz von Raumschutzkräften konnten Störungen verhindert werden.

Danach kam es nicht mehr zu nennenswerten Zwischenfällen.

4. Vorläufige Erkenntnisse

Der Großeinsatz 25.6.1983 ist noch nicht abschließend ausgewertet. Folgende vorläufige Erkenntnisse liegen vor:

4.1 Verletzte Polizeibeamte

43 Polizeibeamte wurden verletzt.

34 der Beamten waren im Abschnitt Raumschutz eingesetzt.

Die gegenüber ersten Darstellungen erhöhte Zahl Verletzter ist darauf zurückzuführen, daß einige Beamte ih-

re Verletzungen erst nach Einsatzende in ihren Standorten angaben.

4.2 Verletzte Störer oder Unbeteiligte

Über verletzte Störer oder Unbeteiligte liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor.

Es war bekannt, daß die Störer eigene Sanitätsdienste einrichten wollten, um sich Personenfeststellungen zu entziehen.

Die Berufsfeuerwehr transportierte am Einsatztag von 7.30 bis 19.30 Uhr außer 12 Polizeibeamten 61 weitere Personen in Krankenhäuser.

Die Anlässe für die Transporte wurden nicht genannt.

4.3 Sachschäden

Der Polizei ist bekannt, daß durch Steinwürfe einige Schaufensterscheiben beschädigt wurden.

Außerdem müssen Kraftfahrzeuge beschädigt worden sein. Bisher wurden jedoch beim Polizeipräsidenten in Krefeld keine Schäden an Privateigentum gemeldet.

4.4 Festnahmen/Ingewahrsamnahmen

Insgesamt wurden 138 Personen fest- bzw. in Gewahrsam genommen. 24 Festnahmen/Ingewahrsamnahmen erfolgten gegen 5.00 Uhr, 114 zwischen 8.30 Uhr und 16.00 Uhr.

11 Personen wurden am 26.6.1983 dem Haftrichter vorgeführt. Gegen 6 Personen wurde Haftbefehl erlassen. 1 Haftbefehl wurde später unter Auflagen für den Betroffenen außer Vollzug gesetzt.

4.4.1 Herkunft der Störer

Die Herkunft der Fest- bzw. Ingewahrsamgenommenen gliedert sich wie folgt auf:

aus Nordrhein-Westfalen 62 (davon 5 aus Krefeld),
48 aus dem norddeutschen Raum,
21 aus dem süddeutschen Raum,
5 aus Berlin und
2 aus dem Ausland (Niederlande, Schweiz).

4.4.2 Zugehörigkeit zu bestimmten Gruppen

Die aus dem ganzen Bundesgebiet eingegangenen Erkenntnismitteilungen über die vorläufig Fest- oder Ingewahrsamgenommenen ist noch nicht abgeschlossen. Ermittelt wurde jedoch bereits, daß sich unter diesen Personen

6 Personen aus dem terroristischen Umfeld und zahlreiche bekannte Sympathisanten befanden.

4.4.3 Ermittlungsverfahren

118 Strafermittlungsverfahren wurden bisher eingeleitet. Mit Stand 2.7.1983 stellt sich die Beweissituation so dar, daß

— bei 39 Verfahren Aussicht auf Erfolg besteht,
— bei 44 Verfahren ein Erfolg möglich erscheint und
— 35 Verfahren keine Aussicht auf Erfolg haben.

Die Kriminalpolizei des Polizeipräsidenten Krefeld wurde durch erfahrene Beamte anderer Behörden verstärkt, um die Ermittlungstätigkeit zu intensivieren und damit die Verfahren zu beschleunigen.

Solidarität mit den Gefangenen der Anti-Bush-Demonstration

Im Zusammenhang mit den Krefelder Ereignissen sitzen immer noch einige Leute in Untersuchungshaft (Es sieht nicht so aus, als wenn diese bald wieder freigelassen werden). Nach weiteren sucht die Polizei per Haftbefehl.

Solidaritätsarbeit und Prozeßvorbereitung kostet viel Geld, spendet deshalb auf die Konten der Solidaritätsgruppen, über diese bekommt ihr auch weitere Informationen.

Die Gefangenen freuen sich über jede Post (Pakete sind leider nicht erlaubt). Schreibt über folgende Anschrift:
Ri.AG. Frau Volkmann

Betr.: (die betreffende Person)

AZ.: (auf keinen Fall das Aktenzeichen vergessen)

**Nordwall 129
4150 Krefeld**

Beate Wolter
AZ.: 9 JS 771/83
aus Hamburg
verhaftet am 25.6.83

Kontaktadresse:
Soli-Gruppe Bea
c/o BUU Hamburg
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
Konto:
Kto. Nr.: 1228/461321
Haspa BLZ: 200 505 50
Inh.: Ingrid Jahnke

Jörn Ahlborn
AZ: 9 JS 772/83
aus Köln
verhaftet am 25.6.83

Kontaktadresse:
Der andere Buchladen
Glasstr. 80
5000 Köln 30
Konto: Kto.Nr.: 42365203
Kölner Bank BLZ: 371 600 87
Inh.: Simone Hatebor
Stichwort: Spendenkonto

Holger Deike
AZ.: 9 JS 773/83
aus Detmold
verhaftet am 25.6.83

Kontaktadresse:
Buchladen Diestel
Postfach 204
4930 Detmold
Konto:
Kto.Nr.: 284966/303
Postscheck Hannover
BLZ: 250 100 30
Sonder-Kto. T. Rissiek

Dorothee Peters
AZ: 9 JS 842/83
aus Düsseldorf
verhaftet am 7.7.83

Konto: Rechtshilfekto. Nr.
228882/432
Postscheck Essen
Inh.: U. Ernitz
Stichwort: 25.6.

Annette Heitmann
AZ.: 9 JS 774/83
aus Köln
verhaftet am 25.6.83

Kontaktadresse:
Der andere Buchladen
Glasstr. 80
5000 Köln 30
Konto:
Kto.Nr.: 42365203
Kölner Bank (BLZ 371 600 87)
Inh.: Simone Hatebor
Stichwort: Spendenkonto

Tamara Staudt
AZ: 9 JS 777/83
aus Tübingen
verhaftet am 8.7.83

Kontaktadresse:
Knastgruppe
Richard Epple Haus
Karlsstr. 13
7400 Tübingen
Konto Nr.: 1585005
Volksbank Tübingen
BLZ: 641 901 10
Inh.: Hans-Heinrich Hoffmann
Stichwort: Tamara

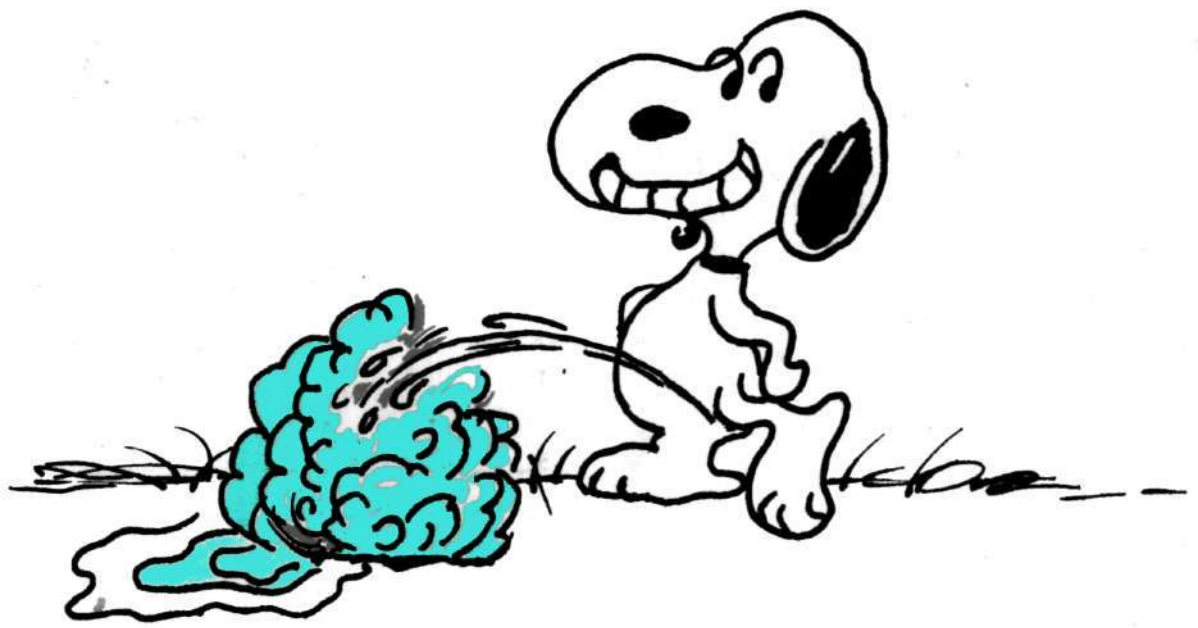
Uwe Wiesler
AZ: 9 JS 770/83
aus Wuppertal
verhaftet am 25.6.83

Kontaktadresse:
Silvia Lemke
Reitbahnstr. 24
5600 Wuppertal 1
Konto: Kto.Nr.: 94135/439
Postscheck Essen
Inh.: Silvia Lemke
Stichwort: Uwe

Karin Bekaam
AZ: 9 JS 824/83
aus Oldenburg
verhaftet am 15.7.83

Kontaktadresse:
Rechtshilfe Oldenburg
c/o Alhambra
Hermannstr. 83
2900 Oldenburg
Tel.: 0441/14402
Konto Nr.: 1948787700
BfG Oldenburg
BLZ: 280 101 11
Inh: Rechtshilfe Oldenburg

Gegen einen neunten besteht Haftbefehl. Der Haftbefehl ist gegen Meldepflicht ausgesetzt.



5 Mark